



ZUKUNFT OP LËTZEBUERGESH WAHLPROGRAMM

Inhalt

Inhalt	2
Zukunft op Lëtzebuergesch	13
Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern	15
Steuererleichterungen für die Bürger einführen und das Steuersystem gerechter gestalten	15
Keine Erbschaftsteuer in direkter Linie und weitere Anpassungen in indirekter Linie	16
Mit einer Grundsteuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen	16
Superreduzierten TVA-Satz auf Renovierungen nach 10 Jahren anwenden	16
Reparaturarbeiten und elektrische Fahrzeuge steuerlich begünstigen	16
Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen	16
Steuerwettbewerb auf EU-Ebene zulassen	16
Keine Digital- oder Finanztransaktionssteuer einführen	16
Eine Steuerpolitik, die Innovationen fördert und Arbeitsplätze schafft	17
Kleine und mittlere Unternehmen steuerlich entlasten	17
Besteuerung geldwerter Leistungen („ <i>avantages en nature</i> “) vereinfachen	17
Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen	17
Steuerverwaltung weiter modernisieren	17
Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder	19
Kinderbetreuung und Kleinkindbereich	20
Wissenschaftlichen Beirat institutionalisieren	20
Abteilung für Innovation und Qualitätsentwicklung in der non-formalen Bildung schaffen	20
Akkreditierte Weiterbildungsagenturen schaffen	20
Neue und spezialisierte Ausbildungen für den Bereich der Kinderbetreuung entwickeln	20
„Chèque-Service“ reformieren	21
Maisons Relais zu Familienzentren ausbauen	21
Den Bau von Bildungshäusern fördern	21
Projekt „Stadtteilertern“ in Vierteln mit hohem Immigrationsanteil initiieren	21
Kindervereinsbus einführen	21
Nationale Elternvertretungen für non-formale Bildung schaffen	21
Gesunde Ernährung unterstützen	21
Austausch zwischen Eltern und Betreuern in allen Crèches und Maisons Relais ausbauen	22
Staarkanner.lu ausbauen	22
Gratis Kinderbücher zur Verfügung stellen	22
Überblick über die Kinderbetreuungsangebote schaffen	22
Jugend	22
Angebot an betreutem Wohnen und Jugendwohnungen ausbauen	22
Jugendtreffs in den Sekundarschulen entwickeln	22
Jugendliche mittels Jugendarbeit und Workshop-Programmen aktivieren	22
Internate ausbauen und Qualitätsgesetz verabschieden	23
Jugendhilfe	23
Qualitätsrahmen für Jugendhilfe entwickeln	23
Nationale Verantwortung übernehmen	23
Gouvernance der Bildungspolitik	23
„Lëtzebuurger Modell“ für unser Bildungswesen stärken	23
Grundschule	23

Regionale Direktionen entwickeln	23
„ <i>Guichets Uniques</i> “ der Bildung schaffen	23
Weitergehende berufliche Perspektiven für Lehrer schaffen	23
Master-Studiengänge im Bereich Bildung mit Uni.lu zusammen ausarbeiten	24
Spezialisierte Lehrkräfte für „ <i>Compétences Numériques</i> “ (I-CM) einstellen	24
Weiterbildung ECTS-trächtig gestalten	24
„ <i>Coding</i> “ spielerisch in der Grundschule einführen.....	24
Digitales Lernangebot für den Sprachenunterricht entwickeln	24
Digitale Übungsplattform für Schüler aufbauen	24
Flächendeckende Hausaufgabenhilfe durch Lehrer ermöglichen	24
Funktionsweise in Schulzyklen bewerten	24
Kontingent-Berechnung evaluieren und gegebenenfalls überdenken	25
Anstrengungen in Richtung Inklusion in der Grundschule fortsetzen	25
Therapeutische Zentren für schwer verhaltensauffällige Kinder schaffen.....	25
Elternbereiche in den Grundschulen einführen	25
Mit Bewegung lernen: Projekt „ <i>Bewegte Schule</i> “ ausweiten.....	25
Administrativen Aufwand vermindern.....	25
Evaluationsmethoden bewerten und harmonisieren.....	25
Sekundarschule und Berufsausbildung	26
Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit der Schulen garantieren	26
„ <i>Ënnerschiddlech Schoule fir ënnerschiddlech Schüler</i> “ garantieren	26
Angebot an Klassen mit europäischem Lehrplan ausweiten	26
Thematische Lehrschwerpunkte der Schulen fördern	26
Problemlösungskompetenzen in den Mittelpunkt stellen.....	26
Modellschule im Süden etablieren	27
Fokus auf die Unterrichtsentwicklung legen.....	27
Didaktische Ausbildungen fördern.....	27
Schulische Defizite gezielt angehen.....	27
Sprachkolonien für Sekundarschüler organisieren.....	27
„ <i>Equipes socio-éducatives</i> “ und außerschulische Angebote weiter ausbauen	27
Fehlstunden abschaffen	28
Inklusion auch in der Sekundarschule ermöglichen.....	28
Medienkompetenz der Schüler stärken	28
Ein Tablet für jeden Schüler einführen	28
Informatik-Sektion ausbauen	28
„ <i>Coding</i> “ - Die Sprache der Zukunft lernen.....	29
MINT-Fächer fördern, Innovationsstandort festigen	29
Luxembourg Science Center ausbauen	29
Berufsausbildung aufwerten.....	29
Teilzertifizierung und Berufsbildungswerk schaffen	30
Kostenloser Zugang zur Meisterprüfung einführen	30
Erwachsenenbildung und Hochschulen.....	30
Angebot an BTS-Studiengängen erweitern und Partnerschaften schließen	30
„ <i>Digital Learning Centers</i> “ schaffen und einen Bildungsscheck in der Erwachsenenbildung einführen.....	30
„ <i>Digital Learning Hub</i> “ – ein digitales Kompetenzzentrum für Luxemburg schaffen.....	30
Qualität der beruflichen Weiterbildung sicherstellen.....	30
Erwachsenenbildung stärken	30
Zentrum für politische Bildung ausbauen	31
Luxemburgische Sprache: Gezielt fördern und Stellenwert stärken.....	32

Strategie für die Förderung der luxemburgischen Sprache umsetzen	32
Die luxemburgische Sprache auf EU-Ebene stärken	32
Online- und Bürgerforen nutzen.....	32
Obligatorische Luxemburgisch-Kurse in Privatschulen einführen	33
Luxemburgische Sprache im virtuellen Raum stärken.....	33
Luxemburgisch-Kurse im Gesundheitswesen fördern und ausbauen	33
„Toten“ Wortschatz dokumentieren	33
Luxemburg-Haus als zentrale Begegnungsstätte schaffen	33
Hochschule und Forschung: den Innovationsstandort Luxemburg ausbauen	34
Universität Luxemburg stärken, Exzellenz fördern	34
Uni.lu und staatliche Forschungszentren extern begutachten	35
Bedürfnisse der Gesellschaft und Wirtschaft in der Forschung berücksichtigen.....	35
Öffentliche Finanzierung an Leistungsverträge knüpfen	35
Qualitative Forschungsergebnisse belohnen	35
Zusammenarbeit von Forschungsinstitutionen unterstützen	35
Öffentlich-Private Partnerschaften in der Forschung fördern	35
„Matching-Fund-Prinzip“ einführen	36
Angebot an BTS-Studiengängen erweitern und Partnerschaften schließen	36
Master-Studiengänge im Bereich Bildung mit Uni.lu zusammen ausarbeiten	36
Ausbau der Medizinstudien hierzulande bewerten	36
Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen.....	36
Infrastruktur der Entwicklungs- und Forschungsstandorte ausbauen	36
„Open Access“ zu staatlich finanzierten Forschungsprojekten garantieren	36
Virtuellen Hörsaal Realität werden lassen	36
Wohnraum für Studenten schaffen.....	36
Familienpolitik: Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie	37
Congé parental PLUS einführen.....	37
Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten	38
Arbeitskonten generell einführen	38
Stärkere Inanspruchnahme von „Télétravail“ fördern	38
Vaterschaftsurlaub für Selbstständige einführen.....	38
Kindervereinsbus schaffen	38
Aufnahme von Pflegekindern in Pflegefamilien weiter fördern	38
Gesetz über die Beziehungen zwischen dem Staat und Organisationen in den Bereichen Soziales, Familie und Therapie reformieren	38
Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv	39
Gesellschaftspolitik	40
Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken	40
Bei Blut- und Blutplättchenspenden individuelle Risikobewertung durchführen.....	40
Benevolat stärken	40
Auswirkungen des Scheidungsgesetzes prüfen	41
Kampf gegen häusliche Gewalt ausbauen.....	41
Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten.....	41
Rechte für Transgender und intersexuelle Menschen stärken.....	41
Gesetzlichen Rahmen für Leihmutter schaffen	41
Cannabis kontrolliert freigeben	41
Straßenprostitution vermeiden	42
Verjährungsfrist für Vergewaltigungen abschaffen	42

Das Prinzip der Mediation ausbauen	42
See- und Flussbestattungen erlauben	42
Senioren	42
Eine moderne Seniorenpolitik: Aktives Altern unterstützen.....	42
Senioren- und Pflegeheim jedem Bürger ermöglichen	43
Anpassung der Pflegeversicherung im Sinne der Patienten vornehmen	43
Gratis Nutzung des öffentlichen Transports einführen	43
Inklusion	43
Barrierefreiheit weiter fördern.....	43
Selbstbestimmte Lebensführung aktiv unterstützen.....	43
Anstrengungen in Richtung Inklusion in der Grundschule fortsetzen	43
Inklusion auch in der Sekundarschule ermöglichen.....	43
Inklusion am Arbeitsplatz fördern.....	44
Kapazitäten der „Centres de propédeutique“ ausbauen	44
Gebärdensprache als offizielle Sprache: Praktische Umsetzung gewährleisten	44
Barrierefrei kommunizieren mittels einfacher Sprache.....	44
Solidarität	44
Obdachlosigkeit bekämpfen	44
Verwaltung von sozialen Mietwohnungen („ <i>gestion locative sociale</i> “) weiter ausbauen ...	44
Aufnahme und Integration	45
Asylbewerber menschenwürdig aufnehmen	45
Kompetenzen für Flüchtlinge bündeln	45
Schnelle, aber gerechte Asylprozeduren garantieren	45
Ausländische Mitbürger integrieren	45
Kulturpolitik: Gezielte Förderung der Künstler und kulturelle Teilhabe für alle	46
Neues Gebäude für das Nationalarchiv schaffen	46
Ein modernes Denkmalschutzgesetz umsetzen	46
Wertschätzung des kulturellen Erbes absichern	47
Luxemburg-Haus als zentrale Begegnungsstätte schaffen	47
Galerie für zeitgenössische luxemburgische Kunst und Luxemburger Künstlerlexikon umsetzen	47
Offene Kreativstätte schaffen	47
Digitalisierung zur Kulturvermittlung nutzen	47
Integration und soziale Kohäsion durch Kultur fördern.....	47
Kooperation zwischen Bibliotheken vertiefen	48
„Bicherbus“ ausbauen	48
Kostenlosen Musikunterricht einführen	48
Luxemburgische Kunst im Ausland fördern	48
Ateliers für Künstler und Akteure der Kreativwirtschaft schaffen	49
Leerstehende Flächen für kulturelle Aktivitäten mobilisieren	49
Europäische Kulturhauptstadt Esch/Alzette 2022 als Chance für die Kultur- und Kreativwirtschaft nutzen	49
Regional ausgeglichene Kulturförderung sicherstellen.....	49
Mindestens 1% des Staatshaushaltes in die Kultur investieren.....	49
Kulturentwicklungsplan umsetzen und „Assises culturelles“ weiterführen.....	50
Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren	51
Digitalisierung	51

Koordinationsstelle für Digitalisierung im Staatsministerium schaffen	51
Strengen Datenschutz gewährleisten	51
Digitale Verwaltung umsetzen	52
„Digital Learning Centers“ schaffen und einen Bildungsscheck in der Erwachsenenbildung einführen	52
„Coding“ - Die Sprache der Zukunft lernen	52
Spezialisierte Lehrkräfte für „ <i>Compétences Numériques</i> “ (I-CM) einstellen	52
Digitales Lernangebot für den Sprachenunterricht entwickeln	52
Digitale Übungsplattform für Schüler aufbauen	52
Medienkompetenz der Schüler stärken	52
Ein Tablet für jeden Schüler einführen	52
Informatik-Sektion ausbauen	52
„ <i>Digital Learning Hub</i> “ – ein digitales Kompetenzzentrum für Luxemburg schaffen	52
Qualitatives Wachstum durch digitale Wirtschaft sichern	52
Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen	52
Startup-Nation Luxemburg ausbauen	53
Schnelleres Internet durch Glasfaserleitungen und 5G-Technologie anbieten	53
Luxemburg zum Vorreiter für neue Technologien machen	53
„Cyber-Security“ verstärken	53
Bargeldlose Zahlungsmethoden fördern	53
Einen digitalen Binnenmarkt für Europa schaffen	53
Intelligente, digitalisierte Verkehrsleitsysteme einführen	53
Gesetzlichen Rahmen für autonomes Fahren schaffen	53
Unsere Ortschaften zu „ <i>Smart Cities</i> “ entwickeln	54
Netzneutralität sicherstellen	54
<i>eSanté</i> im Interesse der Patienten nutzen	54
Die Digitalisierung der Landwirtschaft zu Nutze machen	54
Justiz digitalisieren	54
Digitalisierung zur Kulturvermittlung nutzen	54
Medien und Medienstandort	54
Unabhängigkeit und Vielfalt der Presse garantieren	54
Filmstandort Luxemburg absichern	54
Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden	56
Bestehendes Arbeitsrecht auf negative Auswirkungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber überprüfen	56
Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten	56
Arbeitszeitkonten generell einführen	57
Stärkere Inanspruchnahme von „ <i>Télétravail</i> “ fördern	57
Dezentrale Arbeitsplätze schaffen und „ <i>Télétravail</i> “ in der Großregion fördern	57
„Congé parental PLUS“ einführen	58
Am Indexsystem festhalten	58
Überstunden von Sozialbeiträgen befreien	58
Mindestlohnempfänger gezielt unterstützen ohne Arbeitsplätze zu gefährden	58
Qualität der beruflichen Weiterbildung sicherstellen	58
Weiterbildungsoffensive für schwer vermittelbare Arbeitslose starten	58
Perspektiven für motivierte Arbeitsuchende schaffen	58
Arbeitslosengeld für Arbeitnehmer öffnen, die gekündigt haben	59
Ladenöffnungszeiten liberalisieren	59
Klare Regeln für die Sozial- und Solidarwirtschaft ausarbeiten	59
Sozialdumping konsequent bekämpfen	59

Europäische Entsenderichtlinie reformieren	59
Teilzeitkrankschreibung einführen	59
Sozialdialog in den Betrieben stärken	60
Gesunde Staatsfinanzen: das Fundament des Erfolgsmodells Luxemburg	61
Verantwortungsvolle Haushaltspolitik fortführen	61
Ein ambitioniertes Investitionsprogramm für Luxemburg umsetzen	61
Jährliche Dotation in den Zukunftsfonds erhöhen	62
Öffentlich-Private Partnerschaften fördern	62
AAA-Bonität sichern	62
Die nationale Haushaltsmethode an das europäische Berechnungssystem (SEC) anpassen	62
Wirtschaftspolitik: Standort stärken und Mittelstand fördern.....	63
Wirtschaftspolitik	63
Aktive Standortpolitik und wirtschaftliche Diversifikation konsequent fortführen	63
Sozialdialog in den Betrieben stärken	64
Dezentrale Arbeitsplätze schaffen	64
„Zones franches“ jenseits der Grenze errichten	64
Forschung und Innovation als Standortfaktor betrachten	64
Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten	64
Verfahren für Arbeitsgenehmigungen und Visas beschleunigen	64
Konsequenten Bürokratieabbau vorantreiben	65
Europäische Entsenderichtlinie reformieren	65
Modernen Rechtsrahmen für moderne Geschäftsmodelle gewährleisten	65
Ateliers für Künstler und Akteure der Kreativwirtschaft schaffen	65
Branchenspezifische Aktivitätszonen schaffen	65
Energieversorgung sicherstellen	65
Schnelleres Internet durch Glasfaserleitungen und 5G-Technologie anbieten	65
Wirtschaft von morgen aktiv gestalten	65
Kreislaufwirtschaft in Gang setzen	66
Ladenöffnungszeiten liberalisieren	66
Freie Zuliefererwahl für den Handel durchsetzen	66
Sammelklagen ermöglichen	66
Finanzplatz weiter stärken	66
Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen	66
Mittelstand	66
Kleine und mittlere Unternehmen steuerlich entlasten	66
Mittelstand bürokratisch entlasten	67
Platz für mittelständische Unternehmen schaffen	67
Kleine und mittlere Betriebe auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz begleiten	67
Nationalen Aktionsplan für kleine und mittlere Unternehmen umsetzen	67
Finanzielle Fördermittel regelmäßig anpassen	67
Neue Märkte für kleine und mittlere Unternehmen erschließen	67
Startup-Unternehmen	68
Gründerkultur stärken	68
Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen	68
Digitale Verwaltung umsetzen	68
Tourismus	68
Tourismusvermarktung professionalisieren	68
Tourismus an Bedürfnisse der Gäste anpassen	68
Investitionsprogramme in touristische Infrastrukturen optimieren	68

Standort für Aktivurlaub stärken	69
Weinbau fördern	69
Klaren Rechtsrahmen für Airbnb schaffen	69
Finanzplatz: gut reglementiert und international wettbewerbsfähig	70
„Haut Comité de la Place financière“ stärken	70
Identische Reglementierung für alle Finanzdienstleister	70
Reglementierung einführen für neue Dienstleistungen und Produkte	70
„Cyber-Security“ verstärken	70
Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen	70
Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzen und „green finance“ stärken	71
Europäische Regelwerke und internationale Abkommen zeitnah umsetzen	71
Luxemburg als Brückenkopf für den europäischen Markt ausbauen	71
Keine Digital- oder Finanztransaktionssteuer einführen	71
Gerichtsabteilung für Wirtschaftsstrafsachen schaffen	71
Personal der Finanzbehörden aufstocken	72
Diversifikation vorantreiben	72
Rahmenbedingungen für <i>Blockchain</i> -Technologie schaffen	72
Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt	73
Luxemburgische Landwirtschaft langfristig sichern	73
Junglandwirte weiter prioritär fördern	73
Landwirtschaftstisch fortführen	74
Die Digitalisierung der Landwirtschaft zu Nutze machen	74
Pflanzenschutz neugestalten	74
Forschung und Innovation vorantreiben	74
Kooperativen Wasserschutz gewährleisten	74
Entbürokratisierung vorantreiben	75
Flexibilität in Krisenjahren beibehalten	75
Landwirtschaftlichen Boden der Nahrungsmittelproduktion vorbehalten	75
Ländliche Flächen nachhaltig nutzen	75
Lokale Nischenprodukte fördern	75
Regionale Produkte fördern	76
Labeldschungel entwirren	76
Bei Lebensmittelskandalen konsequent vorgehen	76
Bewusstsein in der Bevölkerung für regionale Lebensmittel schärfen	76
Biolandwirtschaft fördern	76
Ministerium für Ernährung, Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Weinbau schaffen ...	77
Ländlichen Raum entwickeln	77
Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 gestalten	77
Weinbau fördern	78
Weiterhin für einen starken Tierschutz einsetzen	78
Lebensmittelverschwendung weiter bekämpfen	78
Natur- und Umweltschutz: Nachhaltigkeit als Leitfaden	79
Grünflächen in Ortschaften erhalten und ausbauen	79
Effizienz der Flächenpools bewerten	79
Biologische Stationen ausweiten	80
Ländliche Flächen nachhaltig nutzen	80
Schonenden Umgang mit unseren Ressourcen sicherstellen	80

Abfall vermeiden	80
Nachhaltige Abfallwirtschaft fördern	80
Kooperativen Wasserschutz gewährleisten	80
Pflanzenschutz neugestalten	80
Aktive Rolle der Jagd im Bereich des Naturschutzes stärken	81
Wald schützen und nachhaltig bewirtschaften	81
Ländlichen Raum entwickeln	81
Reparaturarbeiten und elektrische Fahrzeuge steuerlich begünstigen	81
Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen	81
Der Vorbildfunktion des Staates in Sachen Nachhaltigkeit gerecht werden.....	81
Lastenheft für umweltschonende Beschaffung ausarbeiten	81
Regionale Produkte fördern.....	82
Biolandwirtschaft fördern.....	82
Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzen und „green finance“ stärken	82

Klima- und Energiepolitik: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Fokus.....83

Nachhaltigen Energietechnologien den Vorrang geben	83
Dialog mit Frankreich weiterführen, um die Atomzentrale Cattenom zu schließen	84
Windkraftanlagen im Dialog mit den Anwohnern fördern	84
Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen	84
Energieverbrauch reduzieren.....	84
Der Vorbildfunktion des Staates in Sachen Nachhaltigkeit gerecht werden.....	84
Lastenheft für umweltschonende Beschaffung ausarbeiten	84
Klimabank ausbauen	84
Kreislaufwirtschaft in der Bau- und Immobilienbranche fördern	84

Wohnungsbau und Landesplanung: Wohnraum schaffen und Luxemburg kohärent weiterentwickeln.....85

Wohnungsbau	85
Bauperimeter mithilfe von Baulandverträgen erweitern	85
Baudichte erhöhen	85
Analyse zum Wohnbedarf erstellen	86
Mit einer Grundsteuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen	86
Staatliche und kommunale Grundstücke sofort mobilisieren.....	86
Gemeinden stärker beim Wohnungsbau unterstützen	86
Genehmigungsprozeduren beschleunigen	86
Alle Kompetenzen für Wohnungsbau in einem Ministerium verankern	86
Keine neuen Enteignungsinstrumente schaffen	87
Nationalen Bürgerfonds für Finanzierung staatlicher Immobilienprojekte schaffen	87
Investitionen des Pensionsfonds in erschwinglichen Wohnraum unterstützen	87
Brachliegendes Bauland mieten	87
Wohnraum für Studenten schaffen.....	87
Wohngemeinschaften und Wohnbaugenossenschaften fördern.....	87
Verwaltung von sozialen Mietwohnungen („ <i>gestion locative sociale</i> “) weiter ausbauen ..	88
Klimabank ausbauen	88
Wohnungsbeihilfen überarbeiten	88
Öffentliche Bauträger besser aufstellen	88
„ <i>Guichet unique</i> “ für Anwärter auf eine Sozialwohnung schaffen	88
Soziale Mixität in Wohnvierteln garantieren	88
Superreduzierten TVA-Satz auf Renovierungen nach 10 Jahren anwenden	88

Zusammenarbeit mit den privaten Akteuren ausbauen	88
Landesplanung	89
Unser Land nachhaltig planen	89
„Zones franches“ jenseits der Grenze errichten	89
Gemeindefusionen nur auf freiwilliger Basis	89
Gemeindeautonomie stärken und Gemeinden finanziell besser ausstatten	89
Mobilität: moderne Verkehrsinfrastrukturen für heute und morgen	90
Verkehrsinfrastrukturprojekte schneller umsetzen und Investitionen deutlich erhöhen	91
Neue Finanzierungsmodelle für Verkehrsinfrastrukturen erschließen	91
Mobilitätsberater für Gemeinden einführen	91
Betriebliche Mobilitätskonzepte fördern	91
Neue innovative Verkehrsmittel studieren	91
Qualität des Straßennetzes und Lebensqualität für Einwohner erhöhen	91
Kapazität von Straßen durch flexible Nutzung von Fahrbahnen und des Seitenstreifens ausbauen	91
Intelligente, digitalisierte Verkehrsleitsysteme einführen	92
Gratis Nutzung des öffentlichen Transports einführen	92
Grenzüberschreitende Mobilität mitdenken	92
Tram ausbauen	92
Expressbuslinien und Verbindungen zwischen Ortschaften stärken.....	92
Veraltete Züge konsequent ersetzen	93
Fahrpläne von Bus und Zug besser abstimmen	93
Sanfte Mobilität fördern	93
Verkehrs- und Fußgängersicherheit verbessern	93
Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sicherstellen	93
Radschnellwege einführen und Radwegenetz konsequent ausbauen.....	93
Elektromobilität fördern	93
Mitfahrzentralen fördern	94
Car-Sharing-Angebot miteinander vernetzen.....	94
Günstigere Taxifahrten durch komplette Öffnung des Marktes erzielen	94
Gesetzlichen Rahmen für autonomes Fahren schaffen	94
Sport und Bewegung: Ein gesundes Leben fördern	95
Sportsbudget langfristig auf 1% des Staatshaushaltes erhöhen.....	95
Dem Bewegungsmangel im Kleinkindalter entgegenwirken	95
Mit Bewegung lernen: Projekt „ <i>Bewegte Schule</i> “ ausweiten.....	95
Bei der Trainerausbildung auf Qualität setzen	95
Sportverbände administrativ entlasten und Professionalisierung vorantreiben	96
Leistungs- und Spitzensport fördern	96
Sportförderkonzept des COSL umsetzen	96
„ <i>Congé sportif</i> “ bilanzieren	96
Sport hat eine gesellschaftliche Vorbildfunktion	96
Gesundheit und Sozialversicherung: schnellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Medizin und Systeme langfristig sichern	97
Gesundheit	97
Digitale Gesundheitskarte einführen	97
Prävention und Früherkennung fördern	98
Luxemburgisch-Kurse im Gesundheitswesen fördern und ausbauen	98
Wartezeit für eine IRM-Untersuchung verkürzen	98

Telemedizin ausbauen	98
Medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken.....	98
Gesundheitsversorgung zuhause fördern.....	99
Rückerstattungen im Fall von Lebensmittelallergien überprüfen	99
Klarheit bei Patientenverfügungen und Organspenden schaffen	99
Fonds zur Entschädigung des „ <i>aléa thérapeutique</i> “ einführen	99
Ausbau der Medizinstudien hierzulande bewerten	99
Ausbildung und Beruf des Krankenpflegepersonals aufwerten	99
Ärzte und Pflegepersonal fortbilden.....	99
Zeitaufwand für bürokratische Aufgaben reduzieren.....	100
„ <i>Programme de recherche en nursing</i> “ (PRN) abschaffen.....	100
Konzept des Referenzarztes bewerten.....	100
Budgetierung nach Qualität anstatt nach Quantität einführen.....	100
Zentrales Informatik- und Informationssystem einführen.....	100
Qualitäts- und Kosteneffizienz der Krankenhäuser durch Synergien fördern	101
Spezialisierung vorantreiben	101
Allen Fachärzten Zugang zur Infrastruktur der nationalen Kompetenzzentren ermöglichen	101
Standorte der regionalen Notfall-Kliniken absichern und ausbauen.....	101
Notfall- und Bereitschaftsdienste reformieren	101
SAMU-Rettungsdienst auf den Prüfstand stellen.....	102
Altersmedizin (Geriatric) stärken	102
Aufnahme von Menschen mit mehreren Krankheiten gleichzeitig verbessern.....	102
Freiheitsentziehungen bei Demenzkranken strikt reglementieren	102
Schmerzambulanz eröffnen	102
Cannabis für medizinische Zwecke nutzen	102
Palliative Strukturen für Kinder schaffen.....	103
Transparente Kontrollkriterien und klare Qualitätsnormen einführen	103
Effizienz der Gesundheitskasse verbessern.....	103
Nomenklatur grundlegend überarbeiten	103
Anpassung der Pflegeversicherung im Sinne der Patienten vornehmen	103
Freiberufliche Krankenpfleger unterstützen.....	103
„ <i>Tiers payant</i> “ überdenken und flexibler gestalten	104
Zusammenarbeit der Forschungsinstitute im Gesundheitsbereich fördern	104
Rahmenbedingungen für bioethische Forschung schaffen.....	104
Soziale Sicherheit	104
Rentensituation im Drei-Jahres-Rhythmus überprüfen	104
Generationengerechtigkeit aufrechterhalten.....	104
Flexibleres Arbeiten im Alter ermöglichen.....	104
Betriebs- und Privatrente fördern	105
Rechtliche Hürden für das Rentensplitting beseitigen	105
Staat und öffentlicher Dienst: modern und effizient	106
Eine Offensive im öffentlichen Dienst starten	106
Überstunden von Sozialbeiträgen befreien.....	106
Sozialdialog im öffentlichen Dienst pflegen	106
Wechsel zwischen Privatsektor und öffentlichem Dienst attraktiver gestalten	106
Mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst schaffen	106
Verwaltungsprozeduren vereinfachen	107
Digitale Verwaltung umsetzen	107
Barrierefrei kommunizieren mittels leichter Sprache	107

Verfassung, Justiz und Sicherheit: Friedliches gesellschaftliches Miteinander fördern	108
Verfassung	108
Referendum über Verfassung durchführen	108
Vollzeitbürgermeister einführen.....	108
Justiz	109
Straftaten konsequent verfolgen und bestrafen	109
„Comparution immédiate“ einführen	109
Verjährungsfrist für Vergewaltigungen abschaffen	109
Alternative Strafformen einführen	109
Mediation in zivilrechtlichen Fragen fördern.....	109
Vormundschaftsgesetz reformieren.....	109
Personal der Justiz massiv aufstocken.....	109
Justiz digitalisieren	110
Kompetenzen der „Agents municipaux“ ausweiten.....	110
Straßenprostitution vermeiden	110
Polizei	110
Polizeireform: territoriale Organisation evaluieren.....	110
Polizisten entlasten	110
Mehr Mittel für die Polizei bereitstellen	110
Platzverweis einführen	110
Einführung von Körperkameras („Body-Cams“) und „Dashcams“ in Polizeifahrzeugen überprüfen	111
Cannabis kontrolliert freigeben	111
Rettungswesen	111
Reform des Rettungswesens in der Praxis begleiten und das Ehrenamt fördern	111
SAMU-Rettungsdienst auf den Prüfstand stellen.....	111
Armee	111
Modernisierung der Armee vorantreiben	111
Sicherheit und Verteidigung der EU gewährleisten	111
Armeelaufbahn attraktiv gestalten.....	111
Europa und internationale Politik: Luxemburg als verlässlicher Partner	112
Europäischen Nachrichtendienst schaffen.....	112
Kohärente außenpolitische Vertretung der EU sicherstellen	113
Sicherheit und Verteidigung der EU gewährleisten	113
Reguläre Migrationskanäle ausbauen.....	113
Eine gemeinsame europäische Entwicklungszusammenarbeit und eine europäische Entwicklungshilfe stärken	113
Die internationalen Strukturen stärken.....	114
Neue Mechanismen einführen bei der Verletzung europäischer Werte durch ein EU-Mitglied	114
Beziehungen mit EU-Partnern regeln.....	114
Nationale Interessen in Europa vertreten	114
Europäischen Binnenmarkt stärken.....	114
Kohäsions- und Solidaritätspolitik unterstützen	115
Transatlantische Beziehungen pflegen	115
Mobilität von Studenten fördern	115
Europa als Wertegemeinschaft stärken	115

Zukunft op Lëtzebuergesch

Luxemburg hat sich in den letzten Jahren spürbar zum Positiven entwickelt. Nach einer langen Zeit des gesellschaftlichen Stillstands und der finanziellen Unsicherheit ist das Land heute viel besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Die DP hat seit 2013 maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen: Wir haben dringend notwendige Reformen angepackt und in die Zukunft der Menschen investiert.

Unserem Land geht es heute spürbar besser: 2012 wies der Staatshaushalt ein Defizit von 350 Millionen Euro auf. 2017 wurde ein Überschuss von 850 Millionen Euro verzeichnet. Und dies bei gleichzeitigen Rekordinvestitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro während dieser Legislaturperiode. 2013 lag die Arbeitslosigkeit bei 7,1%. Heute liegt der Prozentsatz bei 5,5%.

Die DP ist bereit und fest entschlossen, weiter Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen allen Alters ein gutes Leben führen können. Grundlage unserer Demokratie ist eine starke Verfassung und gut funktionierende Institutionen: sie sind die Eckpfeiler unserer Demokratie.

Die verantwortliche und zukunftsorientierte Politik der DP kann durch 5 Kernthemen verdeutlicht werden:

AARBECHT & LIEWEN

Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen ihren privaten Alltag und ihr Berufsleben noch besser miteinander vereinbaren können. Zentrale Punkte sind hier der Ausbau des Elternurlaubs und die Neuorganisation der Arbeitszeit im Sinne der Arbeitnehmer. Auch die Chancen der Digitalisierung gilt es für ein ortsunabhängigeres Arbeiten zu nutzen. Wir wollen, dass die Menschen mehr Zeit für Familie, Freunde und Freizeit haben – und trotzdem erfolgreich im Beruf sein können. Zum guten Leben gehört auch erschwinglicher Wohnraum. Wir werden in den nächsten Jahren mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch das Wohlergehen der älteren Mitbürger liegt uns weiterhin am Herzen.

KANNER & ZUKUNFTSCHANCEN

Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Der Zugang zu guter, universeller Bildung ist ein Menschenrecht und nicht nur unerlässlich für die Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit Luxemburgs, sondern vor allem für die persönliche Entwicklung eines jeden Einzelnen. Wir setzen in unserem Programm einen besonderen Fokus auf die kommenden Generationen. Wir sind davon überzeugt, dass Bildung der Schlüssel für bessere Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land ist. Bildungsqualität hat daher für uns höchste Priorität, sowohl in der Schule, als auch außerhalb. Dabei ist es wichtig, das Bildungs- und Betreuungsangebot zu erweitern, da wir nur so den vielfältigen Talenten und Interessen unserer Kinder gerecht werden können. Denn unterschiedliche Schüler brauchen unterschiedliche Schulen.

IDENTITÉIT & KULTUR

Luxemburg hat eine reiche und vielfältige Kultur. Im Laufe der Geschichte haben stets neue Kulturen und Menschen verschiedenster Herkunft unsere Gesellschaft bereichert. Es ist diese Mischung aus nationaler Verbundenheit und gelassener Weltoffenheit, die uns ausmacht und die die besondere Identität unseres Landes prägt. Ein wichtiges Fundament dieses Erfolgsmodells ist unsere Sprachkompetenz: Wir sind vielsprachig – und gleichzeitig spielt

Lëtzebuergesch eine immer wichtigere Rolle in unserem Alltag und bei der Integration neuer Mitbürger. Die DP wird weiterhin sowohl auf die Luxemburger Sprache als auch auf unsere Mehrsprachigkeit setzen. Wir wollen die vielfältige Identität unseres Landes pflegen und ausbauen. Denn diese kommt allen Menschen, die in Luxemburg wohnen und arbeiten zugute.

MOBILITÉIT & INFRASTRUKTUREN

Die DP ist davon überzeugt, dass die Mobilität in Luxemburg noch deutlich optimiert werden muss. Zu groß war der Nachholbedarf, den uns die vorigen Regierungen hinterlassen haben. Dies gilt sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Transport. Wir lassen uns bei der Verbesserung der Mobilität nicht von Dogmen leiten, denn es geht nicht um Tram oder Auto. Die besten Lösungen liegen – neben dem zügigen Ausbau der Infrastrukturen allgemein – vielmehr in der intelligenten Vernetzung der Mobilitätsangebote und in der Vermeidung von unnötigem Verkehrsaufkommen. Uns ist besonders wichtig, dass der Ausbau der Infrastrukturen mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet und somit spürbar schneller umgesetzt werden muss. Denn Luxemburg kann es sich nicht leisten, weiterhin jahrelang im Stau zu stehen.

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Die DP steht für gesunde Staatsfinanzen und eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik. Gleichzeitig liegen die Investitionen mittlerweile auf Rekordhöhe. Die DP ist der Überzeugung, dass Luxemburg eine starke Wirtschaft als Garant für ein umfangreiches Sozialsystem braucht. Für die DP ist der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft, der nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern auch fest in unserem Land verwurzelt ist. In der Wirtschaftspolitik setzen wir auf innovative und kreative Modelle, mit denen wir junge Unternehmen, den klassischen Mittelstand und Investoren in zukunftsfähigen Bereichen unterstützen. Dabei sehen wir die Digitalisierung als Chance, die wir verantwortlich im Sinne der Menschen nutzen wollen.

Es wird deutlich: Unsere Politik wird davon geleitet, unterschiedliche Bedürfnisse im Leben der Menschen miteinander zu vereinen. Familie oder Beruf? Diese Frage stellt sich für uns nicht: Wir wollen, dass Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen und gleichzeitig Erfolg im Beruf haben können. Wir haben auch bewiesen, dass es kein Widerspruch ist, vermehrt in Bereiche wie Bildung, Mobilität und Wohnen zu investieren – und gleichzeitig die Staatsfinanzen im Griff zu behalten. Und wir werden nicht Ökonomie und Ökologie gegeneinander ausspielen. Denn wir sind davon überzeugt, dass wir beides klug miteinander verbinden müssen, um unser Land nachhaltig und verantwortlich weiterzuentwickeln.

Nicht „entweder ... oder“, sondern „sowohl als auch“. Diese lösungsorientierte Haltung ist seit jeher Teil der Identität unseres Landes, etwa bei der Berücksichtigung der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern oder beim Umgang mit unserer Sprachenvielfalt. Das ist die Basis des Erfolgsmodells Luxemburg, mit dem wir unser Land weiter in eine sichere Zukunft führen werden.

Denn das ist: Zukunft op Lëtzebuergesch.

Corinne Cahen
Parteipräsidentin

Xavier Bettel
Nationaler Spitzenkandidat

Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Die steuerpolitische Entlastung der Mittelschichten bleibt ein zentrales Anliegen der DP. Die DP-geführte Regierung hat die Staatsfinanzen in der laufenden Legislaturperiode Schritt für Schritt saniert und so den nötigen Spielraum für steuerpolitische Entlastungen geschaffen. Somit konnte eine umfassende Steuerreform vorgenommen werden, die für mehr Steuergerechtigkeit und eine Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen gesorgt hat. Die Bürger wurden in Höhe von über 300 Millionen Euro jährlich entlastet.

Um auf ein verändertes internationales Umfeld zu reagieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, wurde der Körperschaftsteuersatz von 21% auf 18% gesenkt. Kleine Unternehmen profitierten gar von einer Steuersenkung von 20% auf 15%. Ein wettbewerbsfähiges Steuerumfeld für Unternehmen stärkt den Wirtschaftsstandort, schafft Arbeitsplätze und sorgt für Einnahmen, die im Endeffekt im Sinne der Bürger unseres Landes eingesetzt werden können. Die DP steht für eine angemessene Besteuerung der Unternehmen, so dass diese einerseits ihren Beitrag zum Staatshaushalt leisten, andererseits aber über genügend Mittel verfügen, um in Innovationen und in die Weiterentwicklung ihres Unternehmens investieren zu können.

Die DP wird auch in Zukunft die Bürger und die Unternehmen über Steuererleichterungen am Erfolg unseres Landes beteiligen. In der Tat ermöglicht die verantwortungsvolle Haushaltspolitik der DP-geführten Regierung es uns, in Zukunft weitere Entlastungen im Sinne der Bürger vorzunehmen. Auch die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe, sollen zusätzlich steuerlich entlastet werden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Steuererleichterungen für die Bürger einführen und das Steuersystem gerechter gestalten

Die DP ist der Ansicht, dass die Bürger über Steuererleichterungen am Erfolg unseres Landes beteiligt werden müssen. Aufgrund der vorsichtigen Finanzpolitik der DP-geführten Regierung wurden neue budgetäre Spielräume für eine neue Einkommenssteuerreform geschaffen, die Mittelschichten und Familien zusätzlich entlasten wird.

Die DP wird zudem das Steuersystem auf den Prüfstand stellen, das gegenwärtig die Alleinverdienerehe privilegiert. Das Ehegattensplitting stammt aus Zeiten, in denen die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau anders geregelt war. Während der Ehemann für das Einkommen zuständig war, konzentrierte sich die Ehefrau meistens auf den Haushalt und die Kinder und verfügte häufig nicht einmal über ein eigenes Einkommen.

Dieses traditionelle Ehebild entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen Gegebenheiten von heute. Die DP setzt sich für ein neutrales Steuersystem ein, unabhängig davon wie die Menschen zusammenleben möchten. Die DP wird Steuervorteile daher schrittweise unabhängig von einem Trau- oder einem Paccschein machen und stattdessen an das Vorhandensein von Kindern koppeln. Die 2017 eingeführte optionale Individualisierung ist ein erster Schritt zu einem System, in dem die individuelle Besteuerung auch bei verheirateten oder gepacsten Paaren schrittweise verallgemeinert wird. Die DP wird den Weg einer individuellen Besteuerung konsequent weiterverfolgen und dabei sicherstellen, dass niemand etwas gegenüber seiner aktuellen Situation verliert. Dies wird auch dazu führen, dass es mittelfristig zu keiner Umklassifizierung im Todesfall eines Partners mehr kommen wird.

Keine Erbschaftsteuer in direkter Linie und weitere Anpassungen in indirekter Linie

Die Erbschaftsteuer hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert, während die Lohnsteuersätze regelmäßig nach unten angepasst wurden. 2018 hat die DP bereits Ehen und eingetragene Partnerschaften, auch ohne direkte Nachkommen, von der Erbschaftsteuer befreit. Die DP wird zudem die Erbschaftsteuer in indirekter Linie entsprechend der Inflationsentwicklung in der Vergangenheit nach unten anpassen. Darüber hinaus lehnt die DP eine Erbschaftsteuer in direkter Linie strikt ab.

Mit einer Grundsteuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen

Die DP wird zusammen mit den Gemeinden eine Reform des veralteten Grundsteuersystems umsetzen. Die DP wird einen Grundsteuerfreibetrag einführen, wenn der Eigentümer seine Wohnung oder sein Haus selbst bewohnt.

Superreduzierten TVA-Satz auf Renovierungen nach 10 Jahren anwenden

Die Altbausanierung ist ein wesentlicher Aspekt, um die nationalen Klimaziele zu erreichen. Zudem erlaubt gerade die energetische Wohnraumsanierung es den Bewohnern mittelfristig Kosten zu sparen. Die DP wird daher den superreduzierten TVA-Satz von 3% auf Sanierungen von Wohnhäusern und Gebäuden ab 10 Jahren anwenden, anstatt wie bisher ab 20 Jahren.

Reparaturarbeiten und elektrische Fahrzeuge steuerlich begünstigen

Auf europäischer Ebene wird momentan die Mehrwertsteuerregelung überarbeitet, um den Mitgliedsstaaten mehr Freiraum zu gewähren. Nach dem Motto „Reparieren statt Wegwerfen“ wird die DP den superreduzierten TVA-Steuersatz von 3% auf sämtlichen Reparaturarbeiten anwenden. Damit sollen Gebrauchsgegenstände länger im Gebrauch bleiben und die Kreislaufwirtschaft somit gefördert werden.

Elektrotriebene Fortbewegungsmittel sind ein wichtiger Baustein der emissionsarmen Mobilität der Zukunft. Um die Elektromobilität stärker zu fördern, wird die DP zudem den superreduzierten TVA-Steuersatz von 3% für elektrische Fortbewegungsmittel (E-Auto, E-Bike, Pedelec, elektrische Tretroller etc.) einführen.

Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen

Der langsame Ausstieg aus dem Tanktourismus wurde von der DP-geführten Regierung bereits eingeleitet. Die DP wird auch in Zukunft keine überstürzten Maßnahmen ergreifen, die zu einem rapiden Absenken der Akziseneinnahmen führen würden, sondern den Weg eines kontinuierlichen und langsamen Ausstiegs weiterführen.

Steuerwettbewerb auf EU-Ebene zulassen

Die DP setzt sich für einen fairen Steuerwettbewerb auf EU-Ebene ein. Unserer Ansicht nach sollten sich die Harmonisierungspläne der EU jedoch auf die Steuerbemessungsgrundlage beschränken und keineswegs die Gestaltungshoheit der Mitgliedstaaten hinsichtlich der einzelnen Steuersätze schmälern.

Eine gerechtere Besteuerung der Internetkonzerne findet ebenfalls unsere Zustimmung. Eine voreilige Lösung auf EU-Ebene birgt in unseren Augen jedoch die Gefahr, innovative Unternehmen abzuschrecken. Wir streben indessen einen internationalen Kompromiss auf OECD-Ebene an.

Keine Digital- oder Finanztransaktionssteuer einführen

Die Idee einer Finanztransaktionssteuer gilt manchen als Wundermittel gegen übermäßige Spekulationsgeschäfte. Diese Steuer würde allerdings vornehmlich Kleinanleger treffen, da

die Finanzinstitute die Kosten an ihre Kunden weiterleiten würden. In jedem Fall ist eine Besteuerung von Finanzgeschäften nur vorstellbar, wenn alle Staaten mitmachen, um ein „*Level Playing Field*“ zu erreichen.

Im Bereich der Digitalbesteuerung hat die europäische Kommission einen Vorstoß für eine digitale Dienstleistungssteuer gemacht. Die DP steht dieser Initiative kritisch gegenüber, da ein derartiger europäischer Alleingang der Wettbewerbsfähigkeit Europas im internationalen Umfeld schaden würde.

Eine Steuerpolitik, die Innovationen fördert und Arbeitsplätze schafft

Die internationalen Regeln zur Unternehmensbesteuerung werden voraussichtlich weitere Anpassungen der Steuerlandschaft nach sich ziehen. Die DP wird die Verhandlungen auf europäischer Ebene intensiv begleiten und sich für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber Drittländern einsetzen.

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass der Wirtschaftsstandort Luxemburg steuerlich attraktiv bleibt, um den Unternehmen das Schaffen von Arbeitsplätzen und Innovationen zu ermöglichen. Weil die Steuerberechnungsbasis für Unternehmen im Zuge internationaler Regelungen erweitert wird, wird die DP dementsprechend den Unternehmenssteuersatz sowie die Besteuerung von Dividendenerträgen nach unten anpassen. Die DP wird den globalen Steuersatz von heute 26,01% an die Durchschnittsätze in Europa und in den OECD-Ländern heranführen.

Kleine und mittlere Unternehmen steuerlich entlasten

Die Steuerreform in dieser Legislaturperiode hat die Steuerlast von kleinen Unternehmen mit begrenzten Umsatzzahlen deutlich nach unten angepasst, dies besonders um innovative und junge Unternehmen zu fördern. Ähnlich diesem Modell, wird die DP mittelständische Unternehmen mit einer begrenzten Zahl an Beschäftigten und einem begrenzten Umsatz stärker unter die Arme greifen und den IRC („*taux impôt sur le revenu des collectivités*“) für kleine und mittlere Unternehmen weiter abbauen.

Besteuerung geldwerter Leistungen („*avantages en nature*“) vereinfachen

Viele Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern zusätzliche Sachleistungen an. Die DP wird die steuerlichen Regeln für Privatleute weiter vereinfachen, insbesondere in Bezug auf die Besteuerung von geldwerten Leistungen („*avantages en nature*“).

Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen

Um jungen Startup-Unternehmen, auch im Handel und Handwerk, den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern und die luxemburgische Wirtschaft zu stimulieren, wird die DP Steuererleichterungen für Privatpersonen einführen, die in junge, innovative Unternehmen investieren. Diese Maßnahme wird es jungen luxemburgischen Startups erlauben, auf Investitionen von Privatpersonen zurückzugreifen. Im Falle einer durchgehenden dreijährigen Beteiligung erhält die Privatperson einen Steuerkredit in Höhe eines festgelegten Teils ihrer Investition. Die Investition muss einen Mindestbetrag pro Unternehmen erreichen und der Steuerkredit wird pro Person und Jahr nach oben gedeckelt. In Luxemburg existiert zudem bereits ein erster Mikrofinanzfonds für die lokale Wirtschaft. Die DP wird die Mikrokreditvergabe an lokale Unternehmen verstärkt unterstützen.

Steuerverwaltung weiter modernisieren

Die DP wird die bereits eingeleitete Modernisierung der Steuerverwaltung weiterverfolgen. Die Vorteile moderner Technologien (z.B. die Schaffung einer Smartphoneapp) sollen

genutzt werden, um die Dienstleistungen der Steuerverwaltung noch benutzerfreundlicher zu gestalten.

Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Sie befähigt gerade junge Menschen ihren eigenen Weg zu finden. Der Zugang zu guter, universeller Bildung ist ein Menschenrecht und nicht nur unerlässlich für die Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit Luxemburgs, sondern vor allem für die persönliche Entwicklung eines jeden Einzelnen. Bildung ist nicht zuletzt die Voraussetzung für die aktive Teilnahme von mündigen und verantwortungsvollen Bürgern am beruflichen sowie am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Bildung steht somit im Dienst der Menschen, wie der Gesellschaft und muss sich dieser immer wieder anpassen. In den vergangenen Jahren hat sich das Bildungssystem zur Gesellschaft hin geöffnet. Neue Bildungsangebote wurden den unterschiedlichen Talenten und Sprachenbiographien, aber auch den neuen Ansprüchen von Wirtschaft und Gesellschaft angepasst. Jeder Schüler soll eine faire Chance auf eine gute Qualifikation und einen guten Abschluss haben.

Eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung, 20 Stunden pro Woche gratis frühkindliche Sprachförderung für jedes Kind, das Schaffen regionaler Direktionen in den Grundschulen, eine überfällige Reform der „*Education Différenciée*“, eine schrittweise Anpassung der Berufsausbildung, die *Lycée*-Reform, das neue Schulfach „*Leben und Gesellschaft*“, der neue Übergang zwischen der Grund- und der Sekundarschule und noch vieles mehr. Nie zuvor wurden in einer einzigen Legislaturperiode derart tiefgreifende Bildungsreformen entschieden und umgesetzt, um unser Bildungssystem zu modernisieren und sozial durchlässiger zu gestalten.

Die Politik der DP im Bildungsbereich baut auf fünf Prinzipien, die in den kommenden Jahren bessere Zukunftschancen für alle Kinder garantieren werden:

1. Kontinuität und Qualität der Reformen

Die DP wird sich die kommenden Jahre auf die Umsetzung, Evaluation und Weiterentwicklung dieser Reformen konzentrieren. Es ist wichtig, dass die Reformen genügend Zeit bekommen um zu wirken. Überhastete Anpassungen oder sogar Abschaffungen der Reformen würden unser Bildungswesen um Jahre zurückwerfen und wären gegenüber den Schülern, den Eltern und den professionellen Akteuren nicht zu verantworten.

2. Das Kind im Mittelpunkt

Mit der Schaffung eines Ministeriums für Bildung, Kindheit und Jugend hat die DP alle Bereiche, die sich mit der Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen beschäftigen, unter einem Dach versammelt. Dadurch konnte eine Politik umgesetzt werden, in der das Kind im Mittelpunkt steht und die nicht durch administrative Hürden behindert wurde. In vielen Bereichen haben der konzeptuelle Austausch zwischen formaler und non-formaler Bildung zu gegenseitigen Bereicherungen und Fortschritten geführt. Die DP wird unser Bildungssystem auch weiterhin auf den Säulen der formalen und non-formalen Bildung entwickeln.

3. Unterschiedliche Bildungsangebote für unterschiedliche Talente

In den Bildungsdebatten der vergangenen Jahrzehnte wurde viel über das einzig richtige Schulmodell gestritten. Die DP hat sich dafür eingesetzt, dass die Bildungslandschaft in Luxemburg so vielfältig wird, wie die Talente und Interessen der Kinder und Jugendlichen. Wenn wir die unproduktiven Bildungsdebatten der vergangenen Jahrzehnte hinter uns lassen und das Luxemburger Bildungswesen weiter entwickeln wollen, muss die Vielfalt der Bildungsangebote weiter ausgebaut werden.

4. Vertrauen und Autonomie

Reformen von oben herab haben noch kein Bildungswesen nachhaltig verbessert. Die Politik muss Qualitätsziele vorgeben, doch der Weg dorthin ist von Region zu Region, von Institution zu Institution unterschiedlich. Die Vielfalt der Ansätze und Konzepte ist eine Bereicherung für unser Bildungswesen. Die DP setzt auf eine Partnerschaft mit den Direktionen, Lehrern und Erziehern, um unser Bildungswesen weiter zu entwickeln. Diese Vertrauensbasis muss in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

5. Innovation und Modernisierung

Die DP hat in den vergangenen fünf Jahren viel in die Innovationskraft unseres Bildungswesens investiert. Zum Beispiel in den neuen Medien und der Digitalisierung aber auch im Bereich des *Entrepreneurships* oder der nachhaltigen Entwicklung. Neue Technologien und Medien werden heute sowohl als Lernstoff, wie auch als Lernmittel verstärkt eingesetzt. Die DP arbeitet mit diesen und anderen Reformen einen langjährigen Rückstand in unserem Bildungswesen auf. Diese Anstrengungen müssen weitergeführt werden, um mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten zu können.

Kinderbetreuung und Kleinkindbereich

Wissenschaftlichen Beirat institutionalisieren

Bei der Einführung der mehrsprachigen Frühförderung hat die DP einen wissenschaftlichen Beirat aus renommierten Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zusammengesetzt, um das Projekt wissenschaftlich zu begleiten. Dieses Gremium soll institutionalisiert werden und das Ministerium bei der weiteren Qualitätsentwicklung im Bereich der Kinderbetreuung begleiten.

Abteilung für Innovation und Qualitätsentwicklung in der non-formalen Bildung schaffen

Die DP wird, in Anlehnung an das SCRIPT im Bereich der formalen Bildung, das SNJ („*Service National de la Jeunesse*“) in Richtung einer Abteilung für Innovation und Qualitätsentwicklung in der non-formalen Bildung ausbauen. Beide Abteilungen sollen in Zukunft eng zusammenarbeiten.

Akkreditierte Weiterbildungsagenturen schaffen

Die DP wird als weiteres Element der Qualitätsentwicklung im non-formalen Bildungsbereich, die Qualität der gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungsangebote garantieren. Dazu sollen akkreditierte Weiterbildungsagenturen geschaffen werden, die qualitativ hochwertige Angebote garantieren.

Neue und spezialisierte Ausbildungen für den Bereich der Kinderbetreuung entwickeln

Die DP wird neue Ausbildungen auf der Ebene des DAP („*Diplôme d’Aptitude Professionnelle*“) entwickeln und dadurch die Anzahl an geschultem Personal in den

Strukturen verbessern. Die Ausbildung der Erzieher soll bewertet und gegebenenfalls angepasst werden.

„Chèque-Service“ reformieren

Das System zur finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuung erweist sich als schwerfällig und intransparent. Die DP wird das System abschaffen und durch ein Neues ersetzen. Eine Auditstelle des Ministeriums wird darüber hinaus in den kommenden Jahren garantieren, dass die finanziellen Unterstützungen des Staates auch wirklich bei den Eltern ankommen.

Maisons Relais zu Familienzentren ausbauen

Die Aktivitäten der Maisons Relais konzentrieren sich aktuell vor allem auf außerschulische Angebote in den Stunden vor und nach dem Unterricht. Die DP will die Maisons Relais zu Begegnungsstätten für Eltern ausbauen, in denen generell ein Austausch zwischen Professionellen und Eltern möglich wird. Neben dem Kulturzentrum soll das Familienzentrum eine stärkere Rolle im Leben einer Gemeinde spielen, indem Aktivitäten rund um die Erziehung, die Kinder und die Rolle der Eltern angeboten werden.

Den Bau von Bildungshäusern fördern

Die DP wird das integrierte Bauen von Schulen und Maisons Relais fördern, in denen die Funktionsräume gemeinsam gestaltet und genutzt werden können. Dies erlaubt eine großzügigere Gestaltung der Räume und eine Funktionsweise der beiden Institutionen, in der die Kinder im Mittelpunkt stehen können.

Projekt „Stadtteileltern“ in Vierteln mit hohem Immigrationsanteil initiieren

Die DP wird das Konzept der Stadtteilmütter und -väter, wie es in einer Reihe von deutschen Bundesländern, aber auch in Dänemark, den Niederlanden und in der Schweiz existiert, in einem Pilotprojekt auf die Probe stellen. Stadtteileltern haben zumeist einen eigenen Migrationshintergrund und sind Multiplikatoren, die anderen Eltern mit demselben Hintergrund bei Hausbesuchen Informationen zu den Themen Erziehung, Bildung und Gesundheit vermitteln.

Kindervereinsbus einführen

Die DP wird gemeinsam mit den Gemeinden, einen Busdienst für Vereine einrichten, um Grundschüler zwischen der Schule/Maisons Relais und außerschulischen Aktivitäten in Sport- und Kulturvereinen zu transportieren. Durch diesen neuen Fahrdienst, der den Gemeinden vom Staat finanziell erstattet wird, werden einerseits die Eltern in ihrer Alltagsorganisation entlastet, andererseits wird aber auch das lokale Vereinsleben unterstützt, das eine tragende Rolle für den sozialen Zusammenhalt in den Dörfern und Städten des Landes spielt.

Nationale Elternvertretungen für non-formale Bildung schaffen

Um den Eltern, deren Kinder von staatlich anerkannten Betreuungsangeboten profitieren, eine Stimme zu geben, wird die DP ebenfalls eine nationale Elternvertretung schaffen. Einerseits sollen die Eltern dadurch systematischer in den Prozess der Qualitätsentwicklung eingebunden werden können. Andererseits soll die Elternvertretung die Eltern in ihrer Rolle stärken und eine Anlaufstelle für Eltern sein, die Probleme mit den Anbietern haben. Des Weiteren wird die DP die Zusammenarbeit der Maison Relais mit den lokalen Sport- und Kulturvereinen fördern.

Gesunde Ernährung unterstützen

Die DP wird sich weiterhin für eine gesunde Ernährung in den Kindertageseinrichtungen einsetzen. Eine kindergerechte und ausgewogene Ernährung so wie auch die diesbezügliche Bildung der Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen muss weiterhin garantiert sein.

Austausch zwischen Eltern und Betreuern in allen Crèches und Maisons Relais ausbauen

Die DP wird den Austausch zwischen den Betreuern und den Eltern weiter fördern. Die Crèches und Maisons Relais sollen auch mit entsprechendem Infomaterial ausgestattet sein, die es den Eltern ermöglichen, sich besser über die Erziehung ihres Kindes zu informieren.

***Staarkanner.lu* ausbauen**

Als virtuelle Elternecke wird die Internetplattform *staarkanner.lu* weiter ausgebaut werden. Dort können die Eltern gratis Info- und pädagogisches Material bestellen.

Gratis Kinderbücher zur Verfügung stellen

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass intensive Kommunikationssituationen, wie das gemeinsame Lesen von Kinderbüchern, eine enorm wichtige Rolle bei der Sprachentwicklung und kognitiven Entwicklung der Kinder spielt. Aus diesem Grund wird die DP allen Kindern im Vorschulalter ein Kinderbuch pro Jahr gratis zur Verfügung stellen. Dies soll einhergehen mit einer Sensibilisierung der Eltern. Zudem wird die DP Mini-Kinderbibliotheken in den Wohnvierteln fördern, beispielsweise durch das Errichten von Mini-Bibliotheksschränken auf Spielplätzen. Dies unterstützt einen frühzeitigen Umgang von Kindern mit Büchern und fördert ihre Lesefähigkeit.

Überblick über die Kinderbetreuungsangebote schaffen

In einer Schullandschaft, in der sich das Angebot in den letzten Jahren stark vervielfältigt hat, wird es immer schwieriger den für eine Entscheidung erforderlichen Überblick zu behalten. Vor kurzem stellte das Bildungsministerium deswegen die Internetseite *menschoul.lu* vor. Es handelt sich hierbei um eine Art Orientierungsinstrument, das den Schülern und ihren Eltern bei der Suche nach einem auf sie zugeschnittenen Schulangebot hilft. Die DP wird ein ähnliches Portal für die unterschiedlichen Kinderbetreuungsstrukturen schaffen. Diese Plattform soll Auskunft über die in der Nähe liegenden Maison Relais, Crèches und Mini Crèches geben und zudem nützliche Informationen über die Einrichtungen aufbereiten.

Jugend

Angebot an betreutem Wohnen und Jugendwohnungen ausbauen

Um Jugendliche und junge Erwachsene beim Übergang in das Erwachsenenleben punktuell zu unterstützen, wird die DP das Angebot der Jugendwohnungen und des betreuten Wohnens national ausbauen.

Jugendtreffs in den Sekundarschulen entwickeln

Die Schule kann von den Erfahrungen aus der offenen Jugendarbeit lernen. Damit die Schule sich öffnet und auch zu einem Lebensort der Jugendlichen wird, sollen in allen Sekundarschulen sogenannte Jugendtreffs eingerichtet werden, in denen die Jugendlichen selbstbestimmt ihre Freizeit verbringen können.

Jugendliche mittels Jugendarbeit und Workshop-Programmen aktivieren

Das Pilotprojekt „*Outreach Youth Work*“ hat neue Impulse gesetzt, um die sogenannten NEETs („*Not in Education, Employment or Training*“) zu aktivieren. Die DP wird diesen Ansatz weiterentwickeln und eine enge Vernetzung aller in der Jugendgarantie existierenden Maßnahmen anstreben. Die Aktivierungsprogramme des SNJ werden ebenfalls ausgebaut. Die DP wird darüber hinaus eine Koordinationsstelle identifizieren, um sämtliche Angebote im Rahmen der Jugendgarantie abzustimmen.

Internate ausbauen und Qualitätsgesetz verabschieden

Die DP wird das Angebot an Internaten weiter ausbauen und einen Qualitätsrahmen entwickeln. Die Rolle der Internate hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ebenso verändert wie ihr Zielpublikum. Der Rahmen soll diesen Entwicklungen Rechnung tragen.

Jugendhilfe

Qualitätsrahmen für Jugendhilfe entwickeln

Die DP wird nach dem Vorbild der Rahmenpläne in den Bereichen der Kinderbetreuung und Jugendarbeit einen Qualitätsrahmen entwickeln, der die Basis für die Qualitätsentwicklung im Bereich der Jugendhilfe darstellt.

Nationale Verantwortung übernehmen

Die DP wird die Angebote der Jugendhilfe ausbauen und die Zahl der Jugendlichen reduzieren, die im Ausland untergebracht werden. Nur so kann eine spätere Integration in die Luxemburger Gesellschaft garantiert werden.

Gouvernance der Bildungspolitik

„Lëtzebuenger Modell“ für unser Bildungswesen stärken

Die DP wird einen „Lëtzebuenger Bildungsdësch“ einsetzen. Dieses unabhängige Gremium soll dazu beitragen, die Bildungsdebatten zu versachlichen, einen gesellschaftlichen Konsens in den wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben zu erarbeiten und somit die notwendige Kontinuität in der Bildungspolitik, auch über mehrere Legislaturperioden hinweg, sicher zu stellen. Um den größtmöglichen Konsens anzustreben, sollen an diesem „Bildungsdësch“ alle betroffenen Akteure Platz nehmen: Lehrer, Schüler, Schuldirektoren, Eltern, aber auch Vertreter der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, welche durch das kürzlich geschaffene „*Observatoire national de la qualité scolaire*“ und durch den „*Conseil national des Programmes*“ vertreten werden. Auch das Parlament wird am „Lëtzebuenger Bildungsdësch“ mit eingebunden, um somit die Überparteilichkeit der Vorschläge zu garantieren. Erst ein Konsens in den wichtigsten bildungspolitischen Fragen, ermöglicht eine Entwicklung des gesamten Systems in Ruhe und Kontinuität. Immerhin den wichtigsten Voraussetzungen für Schulqualität.

Grundschule

Regionale Direktionen entwickeln

Die 2017 geschaffenen regionalen Direktionen in der Grundschule werden weiter ausgebaut und durch administratives Personal verstärkt. Ihre Kompetenzen in Personalfragen gegenüber den Gemeinden werden geklärt. Ein Fokus der Direktionen in den kommenden 5 Jahren soll im Bereich der Unterrichtsentwicklung liegen.

„Guichets Uniques“ der Bildung schaffen

In allen Landesteilen wird eine regionale Direktion alle Informationen und Anfragen, die die Bildung betreffen, aus einer Hand liefern und behandeln, dies in Form eines „*Guichet Unique*“ der Bildung.

Weitergehende berufliche Perspektiven für Lehrer schaffen

Die DP wird konkrete Perspektiven schaffen für Lehrer, die sich weiter spezialisieren wollen, vor allem in den Bereichen Inklusion, Digitalisierung und Schulmanagement.

Master-Studiengänge im Bereich Bildung mit Uni.lu zusammen ausarbeiten

Die Universität Luxemburg soll berufsbegleitende Master-Studiengänge in den Bereichen Sonderpädagogik, Schulmanagement und „*Educational Technologies*“ anbieten.

Spezialisierte Lehrkräfte für „*Compétences Numériques*“ (I-CM) einstellen

Neben den bestehenden Lehrkräften für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen (I-EBS), werden spezialisierte Lehrkräfte für den Bereich neue Medien und „*Digital Skills*“ in den Grundschulen eingeführt, um den Schulen dabei zu helfen, Strategien zum Einsatz von neuen Technologien im Unterricht zu entwickeln. Die I-CM werden weiterhin als Klassenlehrer berufstätig sein und lediglich von der bestehenden Freistellung als Verantwortlicher für ICT-Fragen profitieren.

Weiterbildung ECTS-trächtig gestalten

Um den Lehrern zu erlauben, Kompetenzen in spezifischen Bereichen aufzubauen, die von großer Wichtigkeit für die Schulen sind, werden in Zusammenarbeit mit der Uni.lu Weiterbildungskurse des IFEN („*Institut de formation de l'Éducation nationale*“) angeboten, die ECTS-trächtig („*europaen credit transfer system*“) sind und für einen Masterstudiengang angerechnet werden können. Auf diese Weise soll es möglich sein, über mehrere Jahre hinweg, ECTS-Punkte zu sammeln und über diesen Weg einen Master zu erlangen.

„*Coding*“ spielerisch in der Grundschule einführen

Die DP wird in der Grundschule auf eine spielerische Art und Weise, die Kinder an die Logik des Programmierens heranführen. Entsprechende Module werden für den Naturkunde-Unterricht entwickelt und in den Mathematik-Unterricht integriert.

Digitales Lernangebot für den Sprachenunterricht entwickeln

Das computergestützte Lernen im Bereich der Mathematik, wurde in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg in den Luxemburger Schulen eingeführt. Die DP wird ein entsprechendes Angebot für den Sprachenunterricht in Deutsch und Französisch entwickeln. Besonders im Sprachenunterricht können digitale Lehrmaterialien die Differenzierung des Unterrichts fördern.

Digitale Übungsplattform für Schüler aufbauen

Schüler mit einem schulischen Defizit sind aktuell darauf angewiesen, Materialien von unterschiedlicher Qualität auf dem freien Markt zu kaufen. Die DP wird - zusammen mit den Herstellern von Unterrichtsmaterialien - eine digitale Plattform aufbauen, die eine qualitativ hochwertige Unterstützung der Schüler garantiert und frei zugänglich ist.

Flächendeckende Hausaufgabenhilfe durch Lehrer ermöglichen

Die Frage der Hausaufgabenhilfe zwischen den Grundschulen und den Maisons Relais bleibt weiter offen. Die DP wird die Vergütung der Hausaufgabenhilfen durch qualifiziertes Personal attraktiver gestalten und gemeinsam mit allen Schulen ein flächendeckendes Angebot sicherstellen.

Funktionsweise in Schulzyklen bewerten

Die Organisation in Schulzyklen sollte die Schulen dazu anregen den Unterricht stärker zu differenzieren. Diese Idee scheint jedoch vielerorts in den Kinderschuhen stecken geblieben zu sein. Die DP wird eine Evaluation des Konzepts vornehmen und dieses an die Realitäten in den Schulen anpassen.

Kontingent-Berechnung evaluieren und gegebenenfalls überdenken

Mit der Berücksichtigung eines sozio-ökonomischen Index sollte die Verteilung der Ressourcen innerhalb des Luxemburger Schulsystems gerechter werden und damit zu einer größeren Chancengerechtigkeit für die Schüler beitragen. Die Praxis zeigt jedoch, dass es Regionen und Schulen in Luxemburg gibt, die vor größeren Herausforderungen stehen als andere. Die Zahl derjenigen Schüler, die nicht die im Lehrplan vorgesehenen Kompetenzen entwickelt haben, zeugen von diesen Herausforderungen. Die DP wird die Kontingent-Berechnung evaluieren und ein System einsetzen, das es erlaubt stärker auf die Probleme und Herausforderungen einzelner Schulen einzugehen.

Anstrengungen in Richtung Inklusion in der Grundschule fortsetzen

Die DP hat mit der Reform der „*Education Différenciée*“ eine Reform umgesetzt, die einen wahren Paradigmenwechsel im Bereich der Inklusion bedeutet und Luxemburg um Jahrzehnte nach vorne bringt. In der Grundschule wird die DP die Unterstützungen weitertreiben, um in jeder Schule mindestens einen spezialisierten Lehrer für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen (I-EBS) einzustellen. Die „*Équipes de Soutien pour Enfants à Besoin*“ (ESEB) werden bei Bedarf weiter personell gestärkt, wie auch die ambulante Unterstützung durch die nationalen Kompetenzzentren.

Therapeutische Zentren für schwer verhaltensauffällige Kinder schaffen

Für absolute Ausnahmefälle, in denen die Lebenssorgen der Kinder so groß sind, dass an eine reguläre Beschulung nicht zu denken ist, wird die DP sozio-therapeutische Zentren aufbauen.

Elternbereiche in den Grundschulen einführen

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass die Grundschulen im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten, Bereiche einrichten, in denen die Eltern mit den Lehrern in Kontakt treten und sich austauschen können. Dieser Bereich soll gleichzeitig eine Vitrine nach außen sein, in der die Schule ihre Arbeit mit den Kindern darstellt und die Eltern über wichtige Themen informiert.

Mit Bewegung lernen: Projekt „*Bewegte Schule*“ ausweiten

Um dem Bewegungsmangel vieler Kinder entgegenzuwirken, will die DP das Projekt „*Bewegte Schule*“ weiter fördern und in den Grundschulen und Maisons Relais ausweiten. Das Ziel des Projekts besteht darin, sowohl in der regulären Schulzeit, als auch in der Maison Relais, 15 bis 20 Minuten zusätzliche Bewegungszeit zu integrieren. Durch Auflockerungsphasen, bewegte Pausen, Bewegungsstationen im Klassenzimmer, aber auch durch bewegten Unterricht, bekommen die Kinder Lust und Freude an Bewegung vermittelt und gleichzeitig wird ihre Konzentrations- und Lernfähigkeit gesteigert.

Administrativen Aufwand vermindern

Die DP wird den administrativen Aufwand für Lehrer, Eltern und Direktionen schrittweise reduzieren. Zunächst wird die Digitalisierung aller Verwaltungsabläufe den Informationsfluss und die Antragstellung gegenüber der Direktion oder des Ministeriums vereinfachen. Des Weiteren wird die DP eine Taskforce aus Vertretern der Lehrerschaft, der Schuldirektionen und des Ministeriums schaffen, die konkrete Vorschläge zum Abbau des administrativen Aufwands ausarbeiten sollen.

Evaluationsmethoden bewerten und harmonisieren

Durch die Reformen der vergangenen Legislaturperiode bestehen heute, je nach Schulstufe, unterschiedliche Evaluationsmethoden. Die DP wird eine externe Evaluation der verschiedenen Methoden in Auftrag geben und versuchen die Grundprinzipien der Evaluation zu harmonisieren. Erstes Ziel der Evaluation soll es sein, die Entwicklung des Schülers auf

eine für alle Partner verständliche Art und Weise zu dokumentieren, um über die Promotion entscheiden zu können. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die Schüler durch eine negative Fehlerkultur demotiviert werden.

Sekundarschule und Berufsausbildung

Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit der Schulen garantieren

In der letzten Legislaturperiode wurde den Grund- und Sekundarschulen deutlich mehr Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit gewährt. Die Autonomie der Schulen wurde maßgeblich gestärkt und damit das Vertrauen in die Lehrkräfte untermauert. Die DP bekennt sich weiterhin zur Entscheidungshoheit der Schulen in Sachen Profilbildung, Finanzen, Personal und pädagogischen Inhalten. Die Politik soll ihrerseits weiterhin klare, national einheitliche, Zielsetzungen vorgeben, die die Schulen im Rahmen ihres zugestandenen Handlungsspielraums erreichen müssen.

„Ënnerschiddlech Schoule fir ënnerschiddlech Schüler“ garantieren

Die DP will keine Einheitslösung für unsere Kinder. Die von der DP eingeleitete Diversifizierung des öffentlichen Schulangebots soll auch in der kommenden Legislaturperiode weitergeführt werden. Wir brauchen Schulen, die so vielfältig sind wie die Talente und Bedürfnisse unserer Schüler. Angesichts der zunehmenden Heterogenität unserer Schüler, sollen die Schulen auch in Zukunft unterstützt werden, um ein eigenes Profil auszuarbeiten und sich den lokalen, soziokulturellen und sprachlichen Gegebenheiten ihrer Schüler anzupassen.

Die Luxemburger Schullandschaft soll deshalb weiter in der Breite wachsen, um jedem Schüler die Möglichkeit zu bieten, die Schule auszuwählen, die am besten zu seinem Profil und Berufswunsch passt. Nur so hat jeder Schüler eine faire Chance auf eine gute Qualifikation und einen guten Abschluss. Nur wenn die öffentliche Schule diese unterschiedlichen Profile der Schüler wahrnimmt und passende Angebote entwickelt, kann sie ihrem Anspruch gerecht werden, jedem Kind faire Bildungschancen zu gewährleisten. Die Diversifizierung der öffentlichen Schule stärkt die öffentliche Schule.

Angebot an Klassen mit europäischem Lehrplan ausweiten

Die Eröffnung der ersten öffentlichen internationalen Schule in Differdingen 2016, war ein großer Erfolg. Erstmals wurde damit hierzulande allen Schülern, ein kostenfreier Zugang zu den Lehrplänen der Europaschule ermöglicht. Mittlerweile werden ebenfalls Europäische Klassen in Mondorf, Junglinster und Klerf angeboten. Die DP wird das Angebot an Europäischen Klassen entsprechend der Nachfrage weiter ausbauen. Die DP wird zudem eine weitere öffentliche Europäische Schule im Einzugsgebiet der Stadt Luxemburg eröffnen, um somit in allen Landesteilen ein entsprechendes Angebot zu garantieren.

Thematische Lehrschwerpunkte der Schulen fördern

Die DP hat in der vergangenen Legislaturperiode Schulen dabei unterstützt, Profile in den Bereichen: ICT, Nachhaltige Entwicklung und Entrepreneurship zu entwickeln. Die Schulen werden auch weiterhin darin unterstützt, eigene thematische Profile und Schwerpunkte zu entwickeln. Dies erhöht die Diversifikation des Schulangebots und die Auswahl für die Schüler. Denn wir brauchen Schulangebote, die so vielfältig sind, wie die Interessen und Talente der Schüler.

Problemlösungskompetenzen in den Mittelpunkt stellen

Das Luxemburger Schulsystem muss sich damit auseinandersetzen, dass die Kompetenzen des 21. Jahrhunderts weniger im Wiedergeben von Wissen bestehen werden - denn „Google

weiß alles“ - sondern vielmehr im kollaborativen Lösen von komplexen Fragestellungen. Die Kompetenzen, die in diesem Zusammenhang gefordert werden, sind Sozial- und Teamkompetenzen, Kreativität, Selbstbewusstsein und eine positive Feedback- und Fehlerkultur. Die DP wird Schulen, die in ihrer Profilentwicklung Ansätze des kollaborativen Lernens oder des „*Design Thinking*“ verfolgen, aktiv unterstützen.

Modellschule im Süden etablieren

Mit dem Lycée Ermesinde hat die Zentrumsregion eine Schule, die als Pilotprojekt gegründet wurde und alternative Lehrmethoden anbietet. Die DP wird im Süden des Landes ein ähnliches Projekt in Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg entwickeln. Diese Schule soll im Rahmen der Grundausbildung der Lehrer und der Weiterbildung am IFEN die Möglichkeit bieten, „*Best-Practices*“ zu illustrieren.

Fokus auf die Unterrichtsentwicklung legen

Die DP wird die Schulen dazu anregen, schulinterne Weiterbildungen und „*Journées Pédagogiques*“ rund um das Thema Unterrichtsentwicklung zu organisieren. Deshalb wird die DP den Schulen auf Wunsch, Experten zur Seite stellen, die sie dabei unterstützen. Denn die Schulqualität entscheidet sich im Klassensaal. Der wichtigste Faktor ist und bleibt der Lehrer und sein Unterricht.

Didaktische Ausbildungen fördern

Lehrer sind Experten des Lehrens und des Lernens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, brauchen die Lehrer eine solide Ausbildung in den Bereichen der Didaktik und Pädagogik. Diese wird im Moment in weiten Teilen über den berufseinführenden Stage garantiert. Die DP wird im Rahmen der Reform des Stages, Absolventen mit fachdidaktischen Ausbildungen stärker als bisher die Möglichkeit einer Reduktion des Stages anbieten. Damit würde der Parallelismus zur Grundschule hergestellt werden.

Schulische Defizite gezielt angehen

Schwache Schüler und ihre Familien sind im Luxemburger Schulsystem noch viel zu oft auf sich alleine gestellt bei der Suche nach adäquaten Hilfestellungen. Die DP ist der Ansicht, dass jeder motivierte Schüler, freien Zugang zu „*Appuis*“-Stunden und qualitativ hochwertigen Materialien in seiner Schule haben sollte, mit denen er einem individualisierten Plan zur Behebung seiner Schwächen folgen sollte. Die DP wird, zusammen mit den Schulen, entsprechende Angebote ausarbeiten.

Sprachkolonien für Sekundarschüler organisieren

Die DP wird in Kooperation mit den jeweiligen Ländern und ihren Vertretungen ein Netzwerk an Standorten im Ausland schaffen, an denen Sekundarschüler einen Sprachurlaub in Französisch, Deutsch oder Englisch absolvieren können. Das Vermitteln von Fremdsprachen geschieht am besten praxisnah und lebendig. Derartige Sprachaufenthalte helfen den Schülern nicht nur eventuelle Hemmschwellen abzubauen und in einer anderen Sprache zu interagieren, sondern fördern auch ein natürliches und intuitives Lernen von Fremdsprachen. Solche Sprachkolonien könnten sich auch als äußerst sinnvolle Alternative zu einem „*Travail de Vacances*“ anbieten oder zur Aufarbeitung von sprachlichen Defiziten in den Sommerferien erweisen.

„*Equipes socio-éducatives*“ und außerschulische Angebote weiter ausbauen

Neben den SEPAS („*Service Psycho-social et d'accompagnement scolaire*“) wird die DP in allen Gymnasien „*Equipes socio-éducatives*“ aufbauen, die verstärkt im Bereich der Prävention und der freien Jugendarbeit tätig sind und eine ganze Reihe von pädagogischen Angeboten entwickeln werden.

Fehlstunden abschaffen

Im Luxemburger Schulsystem fallen im Durchschnitt knapp 7% aller Unterrichtsstunden dadurch aus, dass der Klassenlehrer fehlt. In wenigen Fällen werden diese Stunden von anderen Klassenlehrern übernommen, die den Unterricht garantieren. Für alle anderen Fälle wird die DP das aktuelle System der „*Surveillance-Stunden*“ so abändern, dass die „*Équipes Socio-Educatives*“ während diesen Stunden interessante Aktivitäten aus pädagogischen Programmen (z.B. politische Bildung, nachhaltige Entwicklung, Orientierung) mit den Schülern unternehmen.

Inklusion auch in der Sekundarschule ermöglichen

Nur wenn wir dauerhaft international anerkannte Personalstandards erreichen, nähern wir uns einem inklusiven Schulsystem. Deshalb wird die DP, gemäß dem Modell der Grundschulen, ein kohärentes Inklusionskonzept für die Sekundarschulen ausarbeiten, in denen die nationalen Kompetenzzentren, die CAR („*Commission des Aménagements Raisonables*“), der CEPAS sowie die SEPAS eingebunden sein werden. Die DP wird auch den Sekundarschulen verstärkt sonderpädagogisch geschultes Fachpersonal zur Verfügung stellen, um die Inklusion aller Schüler zu ermöglichen. Auch wird die DP die neugeschaffenen sonderpädagogischen Kompetenzzentren für Lernschwächen, für hochbegabte Schüler und für die sozio-emotionelle Entwicklung weiter ausbauen, damit diese, wie auch die bereits bestehenden Kompetenzzentren, die Schulen beim Umgang von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterstützen können.

Medienkompetenz der Schüler stärken

Die digitale Revolution bietet nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Angesichts der sich ausweitenden Nutzung der neuen Medien und des Internets, gewinnen die Fragen eines effektiven Schutzes von Grundschulern und Heranwachsenden zunehmend an Bedeutung. Die DP wird deshalb die Förderung der Medienkompetenz in den Schulen fächerübergreifend vorantreiben. Die Schüler sollen inmitten der digitalen Lernumgebung und der Informationsflut, einen kritischen Blick bewahren und lernen, Quellen bewusst zu hinterfragen.

Ein Tablet für jeden Schüler einführen

„*Tablet Computing*“ ist in vielen Berufsfeldern zu einer Schlüsselkompetenz geworden und sollte daher auch im schulischen Alltag stärker integriert werden. Wir werden daher nicht nur die bestehenden „*iPad-Klassen*“ ausbauen, sondern mittelfristig eine „*One-to-One*“-Ausstattung in den Schulen anstreben. Wir möchten somit sicherstellen, dass alle Schüler von den gleichen Unterrichtsvoraussetzungen profitieren können. Neben grundlegenden Medienkompetenzen sollen die Schüler das digitale Werkzeug auch für die Herstellung kreativer Produkte kennenlernen. Die DP wird zudem das Weiterbildungsangebot für Lehrer im digitalen Bereich ausbauen.

Informatik-Sektion ausbauen

Im Zuge der Modernisierung des *Enseignement secondaire classique* (ESC) wurde eine neue Sektion für Informatik und Kommunikation (Sektion I) geschaffen. Angesichts der großen Nachfrage bei den Schülern, wie auch der luxemburgischen Wirtschaft, werden wir die Sektion I verallgemeinern. Im Rahmen ihrer eigenen Profilbildung werden wir weitere Sekundarschulen dazu ermutigen, das Angebot im Bereich von solchen digitalen Kompetenzpolen weiter auszubauen.

„Coding“ - Die Sprache der Zukunft lernen

Das „Coding“ wird in den kommenden Jahren zu einer wichtigen Kernkompetenz der digitalisierten Berufswelt. Obwohl Computer und Smartphones tagtäglich benutzt werden, fehlt vielen Menschen das grundlegende Knowhow über die Funktionsweise und die Programmiersprachen von Computern.

Um das Verständnis für die digitale Welt und die Funktionalität von Computern zu fördern, will die DP das „Coding“ in den Lehrplan aufnehmen. Wir wollen Kinder schon im Grundschulalter spielerisch erste Programmiererfahrungen sammeln lassen und ihnen erste Gehversuche in Logik und Algorithmen ermöglichen. Im Sekundarunterricht sollen „Digital Skills“ und ein Verständnis für verschiedene Programmiersprachen als transversales Thema in die Programme aufgenommen werden. Vor allem in der Mathematik und den Naturwissenschaften soll dies angesteuert werden.

MINT-Fächer fördern, Innovationsstandort festigen

Die DP wird ein übergreifendes Konzept zur Förderung von Technik und Naturwissenschaften im gesamten Bildungswesen umsetzen. Von der Kindertagesstätte, über die Grundschule, bis hin zur Sekundarschule wird so das Interesse an den sogenannten Mint-Fächern (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Technik) stimuliert. Nur so können wir junge Menschen in den Schulen in die entsprechenden Ausbildungsstränge orientieren. Durch die voranschreitende Digitalisierung, die Förderung neuer Bereiche wie der Zirkularwirtschaft, aber auch durch den Ausbau des Wissenschaftsstandortes Luxemburg, wird eine Vielzahl an Arbeitsplätzen im technologischen und naturwissenschaftlichem Bereich geschaffen. In diesem Zusammenhang setzt die DP sich auch für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Studierenden- und Berufsorganisationen ein.

Luxembourg Science Center ausbauen

Das *Luxembourg Science Center* in Differdingen ist ein echter Publikumsmagnet, sowohl bei Schulen und Betreuungseinrichtungen, wie auch bei Familien, Gruppen und Touristen. An Experimentalstationen oder in Workshops können die Besucher erfahren, wie spannend und aufregend Naturwissenschaft und Technik sein können. Die DP wird diese wissenschaftliche Erlebniswelt weiter ausbauen, um somit die Orientierung der Jugendlichen in Richtung von Technik und naturwissenschaftlichen Ausbildungen zu fördern.

Berufsausbildung aufwerten

Die DP wird in enger Zusammenarbeit mit den Berufskammern die duale Ausbildung weiter fördern, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Dazu gehört die Schaffung eines dualen BTS, wie auch die Möglichkeit die *Première* und ein DAP im selben Abschlussjahr zu erhalten. Auch soll für jede Ausbildung eine passende Anschlussausbildung angeboten werden, damit sich die Lehrlinge vom CCP über den DAP, hin zum Technikerabschluss und dann über den BTS in eine Hochschulausbildung hocharbeiten können. Dies eröffnet jedem Lehrling in der Berufsausbildung die gleichen Perspektiven, wie den Schülern im klassischen oder generellen Sekundarunterricht, bietet aber den Vorteil, dass nach jedem abgeschlossenen Diplom der Wechsel in den Arbeitsmarkt einwandfrei möglich ist.

Die DP wird in enger Zusammenarbeit mit den Berufskammern, die Weiterbildung in der Berufsausbildung ausbauen. Staatliche und private Weiterbildungszentren sollen vergleichbare aber komplementäre Angebote unterbreiten, die gegebenenfalls ein Anrecht auf ein staatliches Diplom ermöglichen.

Teilzertifizierung und Berufsbildungswerk schaffen

Die DP wird für Schüler mit Leistungsbeeinträchtigung die Möglichkeit einer Teilzertifizierung schaffen. Dies soll ihnen erlauben, wenn schon keine vollständige CCP-Ausbildung, so doch einzelne Module zu absolvieren und zu zertifizieren. Die DP wird mehrere Projekte starten, in denen diese Teilzertifizierung angewandt werden soll.

Kostenloser Zugang zur Meisterprüfung einführen

Um den Weg in die Selbstständigkeit und das Unternehmertum zu fördern, wird die DP einen kostenlosen Zugang zur Meisterprüfung einführen.

Erwachsenenbildung und Hochschulen

Angebot an BTS-Studiengängen erweitern und Partnerschaften schließen

Die DP wird das Angebot an BTS-Studiengängen („*Brevet de Technicien Supérieur*“) erweitern, um die hohe Nachfrage an ausgebildeten Fachkräften abzudecken. Das „Höhere Fachdiplom“ bescheinigt den Erwerb einer hochwertigen beruflichen Qualifikation und bietet somit eine ideale Vorbereitung für den Eintritt in die Berufswelt. Dies gilt besonders für zukunftsorientierte Branchen mit großen Entwicklungsperspektiven. Die DP will das Schulangebot, gerade in solchen Zukunftsbranchen, ausbauen.

Darüber hinaus sollen die Sekundarschulen zunehmend Partnerschaften mit Universitäten und Fachhochschulen abschließen, um den BTS-Studenten einen Bachelorabschluss innerhalb von 3 Jahren zu ermöglichen. Dies ist eine weitere Möglichkeit mehr Schülern den Weg zur Hochschule zu ermöglichen.

„Digital Learning Centers“ schaffen und einen Bildungsscheck in der Erwachsenenbildung einführen

Der voranschreitende technologische Wandel stellt Unternehmen und ihre Beschäftigten vor neue Herausforderungen. Deshalb wird die DP „*Digital Learning Centers*“ mit einer digitalen Bildungsplattform schaffen, über die ein frei verfügbarer Zugriff auf Lerninhalte, beispielsweise von der Universität, Erwachsenenbildung, IFEN und INAP ermöglicht wird. In diesen Zentren sollen zudem technische Ressourcen, wie Ton- und Videostudios genutzt werden können, um eigenständig digitale Inhalte zu schaffen.

Der Schwerpunkt in diesen Zentren wird auf die digitale Aus- und Weiterbildung gelegt. Mittels Einführung eines Bildungsschecks wird die DP jedem Arbeitnehmer einen kostenfreien Einführungskurs in die Grundlagen der digitalisierten Berufswelt anbieten.

„Digital Learning Hub“ – ein digitales Kompetenzzentrum für Luxemburg schaffen

s. Kapitel Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Qualität der beruflichen Weiterbildung sicherstellen

Die DP wird in Zusammenarbeit mit den Berufskammern eine Akkreditierungsagentur schaffen, um die Qualität der beruflichen Weiterbildung zu fördern und um Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt sicherzustellen. Nur noch akkreditierte Anbieter und akkreditierte Ausbildungen können dann von staatlichen Subventionen profitieren.

Erwachsenenbildung stärken

Der Weg zu einer wissensbasierten Gesellschaft führt über Weiterbildung und *Lifelong Learning*. Die DP wird die Erwachsenenbildung in Luxemburg deshalb ausbauen. Dabei soll stärker als bisher von den Räumlichkeiten der Sekundarschulen profitiert werden. Die

zuständige Abteilung des Ministeriums wird diese Angebote koordinieren. Über eine Validierung der früheren Lernergebnisse, die Berufserfahrung und Weiterbildungen sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit zu einer höheren Qualifizierung erhalten. Die dafür notwendigen Strukturen und Kontrollorgane müssen geschaffen werden. Diese Funktion darf der Staat nicht aus der Hand geben.

Zentrum für politische Bildung ausbauen

Unter der aktuellen Regierung wurde das Zentrum für politische Bildung geschaffen. Die positiven Akzente, die bisher von dieser Institution gesetzt wurden, müssen in Zukunft weitergeführt und ausgebaut werden. Für die DP sollte politische Bildung einen höheren Stellenwert in allen Bildungseinrichtungen bekommen.

Luxemburgische Sprache: Gezielt fördern und Stellenwert stärken

Die luxemburgische Sprache ist Teil unserer Identität und unseres kulturellen Erbes. Als Integrations- und Alltagssprache trägt sie einen wesentlichen Teil zur sozialen Kohäsion in unserem Land bei. Die DP setzt sich für eine Stärkung der luxemburgischen Sprache ein und betrachtet die Mehrsprachigkeit als wesentliche Besonderheit und wertvollen Trumpf unseres Landes. Die DP ist ebenso davon überzeugt, dass die unterschiedlichen Sprachen in unserem Land – insbesondere Luxemburgisch, Deutsch und Französisch – im öffentlichen und im alltäglichen Leben Hand in Hand gehen sollen.

Die DP-geführten Ministerien für Bildung und Kultur haben die Förderung der luxemburgischen Sprache in dieser Legislaturperiode entschieden ausgebaut. In einer umfassenden Strategie wurden vier übergreifende Zielvorstellungen festgelegt: 1. den Stellenwert der luxemburgischen Sprache zu stärken, 2. die Normierung, den Alltagsgebrauch und die Forschung diesbezüglich auszubauen, 3. das Erlernen von Sprache und Kultur zu unterstützen, sowie 4. die Kultur in Luxemburger Sprache zu fördern. Zudem wurde das Angebot an luxemburgischen Sprachkursen deutlich erweitert. Durch die multilinguale Sprachförderung wurde sichergestellt, dass in allen staatlich unterstützten Kinderbetreuungsstätten mittlerweile auch Luxemburgisch gesprochen wird. Gleichzeitig werden die Kinder auf spielerische Art und Weise an die natürliche Mehrsprachigkeit unseres Landes herangeführt.

Die DP wird auch in Zukunft den gesellschaftlichen Stellenwert der luxemburgischen Sprache stärken und ihr eine hohe Bedeutung als Kommunikations-, Integrations- und Literatur-Sprache beimessen.

Strategie für die Förderung der luxemburgischen Sprache umsetzen

Unter Federführung der DP-Regierungsmitglieder wurde eine Strategie ausgearbeitet, die die Rolle der luxemburgischen Sprache auf nationaler Ebene stärkt. Unter anderem wird ein Kommissar für die luxemburgische Sprache benannt, sowie ein Zentrum für die Förderung der Sprache gegründet. Das Zentrum soll sich mit der Entwicklung und der Normierung der luxemburgischen Sprache auseinandersetzen. Die DP wird die Strategie für die Förderung der luxemburgischen Sprache und den daran anknüpfenden 20-Jahresplan, der in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren ausgearbeitet wird, vorantreiben.

Die luxemburgische Sprache auf EU-Ebene stärken

Die DP will den Stellenwert der luxemburgischen Sprache auch auf EU-Ebene stärken. In einer ersten Phase werden wir Verhandlungen mit der EU aufnehmen, um eine administrative Regelung über den Gebrauch des Luxemburgischen zu finden. Jeder Bürger soll das Recht haben, sich auf Luxemburgisch an die europäischen Institutionen zu wenden und so weit wie möglich eine Antwort auf Luxemburgisch zu erhalten.

Online- und Bürgerforen nutzen

Die Bürger sollen in der Förderung der luxemburgischen Sprache ein regelrechtes Mitspracherecht erhalten und sich regelmäßig in Bürgerforen einbringen. Die kürzlich ins Leben gerufene Online-Plattform „*sproocheronn.lu*“ erlaubt den Bürgern, Vorschläge einzubringen und gemeinsam über den luxemburgischen Sprachgebrauch zu diskutieren. Die DP wird die direkte Bürgerbeteiligung weiter ausbauen. Die DP wird zudem die bestehenden

Onlineinitiativen im Bereich der luxemburgischen Sprache auf einer Webseite zusammenzufassen.

Obligatorische Luxemburgisch-Kurse in Privatschulen einführen

Die DP wird Privatschulen, die durch öffentliche Gelder mitfinanziert werden, dazu verpflichten, den Schülern obligatorische Luxemburgisch-Kurse anzubieten. Dies wird allen Schülern einen Zugang zur luxemburgischen Sprache ermöglichen und gleichzeitig die Integration über eine gemeinsame Sprache fördern.

Luxemburgische Sprache im virtuellen Raum stärken

Computer, Smartphone und Internet gehören längst zu unserem Alltag. Die DP will der luxemburgischen Sprache auch einen Eintritt in die virtuelle Welt von Alexa, Siri & Co verschaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die unterschiedlichen Betriebssysteme, Korrekturprogramme, Sprachsteuerungen, Spracherkennung usw., auch in der luxemburgischen Sprache verfügbar sind.

Luxemburgisch-Kurse im Gesundheitswesen fördern und ausbauen

s. Kapitel Gesundheit und Sozialversicherung: schnellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Medizin und Systeme langfristig sichern

„Toten“ Wortschatz dokumentieren

So wie neue Wörter sich verbreiten und irgendwann zum geläufigen Wortschatz gehören, verschwinden andere Wörter aus unserem Sprachgebrauch. Die DP wird in einem Wörterbuch schon fast vergessene luxemburgische Wörter und Redewendungen, die von jüngeren Generationen kaum noch verwendet werden, aufbauend auf bestehenden Initiativen, zusammenstellen und diese so dokumentieren. So können wir den reichhaltigen Wortschatz unserer Sprache als Teil unserer Kultur erhalten. Die Öffentlichkeitsarbeit wird dementsprechend ausgebaut werden.

Luxemburg-Haus als zentrale Begegnungsstätte schaffen

Luxemburg hat eine besondere Identität, die viele fasziniert, aber nicht für jeden sofort zu greifen ist. Die Luxemburger Sprache ist für viele Menschen das markanteste Merkmal des Landes. Aber die Identität ist deutlich vielfältiger: Luxemburg ist regional und weltoffen, ist traditionell und multikulturell, spricht luxemburgisch und gleichzeitig zahlreiche andere Sprachen. Diese vermeintlichen Gegensätze bereichern die Gesellschaft des Landes und sind schon seit Generationen tief verwurzelt im Großherzogtum. Bisher gibt es aber keinen zentralen Ort, an dem die Vielfalt des Landes und der Menschen, die hier wohnen und arbeiten, hautnah erlebbar wird.

Wir wollen ein Luxemburg-Haus als zentrale Begegnungsstätte schaffen, um der besonderen Zusammensetzung unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Es soll gewissermaßen der „Flagship-Store“ Luxemburgs werden, in dem Einheimische, Zugezogene und Gäste die besondere Landesidentität sehen, hören, anfassen und schmecken können. Also kein Museum, sondern ein agiler Ort, an dem die Sprachen, die Musik, der Sport, die Natur, die Historie, die Literatur, die Gesellschaft und die Küche, erlebbar werden. Das Haus ist ein Spiegelbild der luxemburgischen Identität – mit all ihrer Vielfalt, ihrer Tradition, ihrer Innovation und den dazu gehörigen kontroversen Diskussionen.

Hochschule und Forschung: den Innovationsstandort Luxemburg ausbauen

Luxemburg ist ein Land der Talente, der Wissbegierde und der Innovation. Dieses Potenzial gilt es in Zukunft noch stärker auszuschöpfen. Erkenntnisfortschritt und Wissensvermittlung werden in den kommenden Jahren nicht nur maßgeblich zu der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beitragen, sondern vor allem unentbehrlich für die Festigung unseres sozialen Wohlstands sein. Die DP wird deshalb das enorme Potenzial unserer Studierenden, Lehrenden und Forscher gezielter fördern, um uns diesen zukünftigen Herausforderungen zu stellen und unser Land als erstklassigen Hochschul- und Forschungsstandort besser zu positionieren.

Das kürzlich verabschiedete Universitätsgesetz wird den Weg dorthin ebnen. Der Universität Luxemburg wurde eine größere finanzielle und organisatorische Entscheidungsfreiheit eingeräumt. Dies erlaubt der Universität sich in Zukunft noch unabhängiger und zielorientierter entfalten zu können. Zudem wurden die Leitung sowie die Entscheidungsprozesse der Verwaltung partizipativer gestaltet. Die Präsidenten der Studenten- und der Personalvertretung verfügen somit seit der Reform über ein Stimmrecht im Beirat, dem höchsten Organ der Universität.

Unter einem DP-geführten Ministerium für Hochschulwesen und Forschung sind die staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Auch in Zukunft sind hohe finanzielle Mittel vorgesehen. Letztes Jahr hat sich die Regierung dazu verpflichtet bis 2021 1,5 Milliarden - das sind rund 205 Millionen Euro zusätzlich - in den Hochschul- und Forschungsbereich zu investieren. Dies wird den Innovationsstandort Luxemburg beträchtlich stärken und der Innovationsförderung einen weiteren Auftrieb verleihen. Durch den Einsatz der DP konnte zudem der Campus Belval endlich bezogen werden. Auch in Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, dass die Hochschul- und Forschungsinstitute die nötigen Infrastrukturen und Ressourcen zur Verfügung haben.

Die DP wird den Innovationsstandort Luxemburg ausbauen. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, um wissenschaftliches Arbeiten stärker zu fördern und die Umsetzung dieser Erkenntnisse in innovative Produkte zu verbessern. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für ein hochwertiges Studienangebot an der Universität Luxemburg ein und werden dafür die notwendigen finanziellen und organisatorischen Mittel bereitstellen. Die DP hält an diesem kohärenten, differenzierten und sozial gerechten Studienbeihilfegesetz fest.

Die DP wird weiterhin die Mobilität der Studenten unterstützen und allen jungen Leuten ein Studium ermöglichen. Zum Studieren gehören in unseren Augen aber auch Wohnen und ein erfülltes Studentenleben abseits vom Hörsaal. Die DP wird mehr Studentenwohnungen schaffen, ein aktives Campusleben fördern und weitere Kultur- und Freizeitangebote für Studierende unterstützen.

Universität Luxemburg stärken, Exzellenz fördern

Die Universität Luxemburg hat ambitionierte Ziele und exzellente Perspektiven. Sie hat sich in den letzten Jahren einen Namen über unsere Grenzen hinaus gemacht und braucht den internationalen Vergleich in manchen Forschungsgebieten keineswegs zu scheuen. Im Rahmen der jüngsten Universitätsreform wurde der Uni.lu mehr Autonomie gewährt, um ihr Potenzial bestens zu entfalten und ihren Stellenwert zu stärken. Die DP wird diese

Entwicklung weiter mit den nötigen finanziellen und organisatorischen Mitteln unterstützen. Qualität und Exzellenz sollen dabei als richtungsweisende Leitmotive der Wissensvermittlung und Forschung gelten. Die DP spricht sich zudem dafür aus, dass die Universität sich verstärkt mit national relevanten Forschungsthemen befasst, beispielsweise im Bereich der Forschung über unser Bildungswesen oder bei der Ausbildung von Lehrkräften. Weitere Schwerpunkte sollte man in Zukunft beispielsweise auch in den Bereichen Materialwissenschaften, Biomedizin, Finanzen, digitale Technologien und Zeitgeschichte setzen.

Uni.lu und staatliche Forschungszentren extern begutachten

Die Universität und die staatlichen Forschungszentren sollen weiterhin extern begutachtet werden. Eine regelmäßige Evaluation schafft nicht nur Transparenz, sondern sie dient auch der Qualitätssicherung und –entwicklung.

Bedürfnisse der Gesellschaft und Wirtschaft in der Forschung berücksichtigen

Gesellschaft und Wirtschaft sind ständig im Wandel. Die DP ist der Ansicht, dass Universität und Forschungsinstitute sich diesem dynamischen Umfeld anpassen, und sich verstärkt auf zukunftssträchtige Forschungsfelder konzentrieren sollten. Dies wird zu einem unmittelbaren sozioökonomischen Mehrwert führen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken. Diese gezielte Förderung soll keineswegs die Autonomie der Universität beeinträchtigen.

Öffentliche Finanzierung an Leistungsverträge knüpfen

Die Universität Luxemburg und die Forschungsinstitute sollen weiter maßgeblich durch die öffentliche Hand finanziert werden. Die mehrjährigen Budgetzusagen bieten Planungssicherheit und ermöglichen das Anpeilen von langfristigen Zielsetzungen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein leistungs- und ergebnisbezogenes Finanzierungssystem ein, welches die öffentlichen Mittel nach klaren Qualitätskriterien zuteilt. Solche Leistungsverträge zwischen dem Staat und den Instituten ermöglichen es, Qualität gezielter zu fördern und den Forschungs- und Hochschulbereich an die Bedürfnisse der Luxemburger Wirtschaft anzupassen.

Qualitative Forschungsergebnisse belohnen

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass qualitativ hochwertige Forschungsergebnisse von Instituten und Forschungsteams durch transparente und leistungsbezogene Kriterien finanziell belohnt werden. Dies soll ein weiterer Anreiz sein, um eine ergebnisorientierte und hochwertige Forschung zu betreiben. Darüber hinaus sollen auch europäisch und international geförderte Forschungsprojekte in Zukunft stärker durch die öffentliche Hand bezuschusst werden.

Zusammenarbeit von Forschungsinstitutionen unterstützen

In der luxemburgischen Forschungslandschaft gibt es noch Raum für sinnvolle Synergien. Wir werden den Wissens- und Erkenntnisaustausch zwischen den unterschiedlichen Instituten der Luxemburger Forschungslandschaft weiter fördern. Dies ermöglicht nicht nur ein effizienteres Nutzen der öffentlichen Gelder, sondern erhöht auch die Qualität und den Austausch von Wissen.

Öffentlich-Private Partnerschaften in der Forschung fördern

Die DP wird Unternehmen die Möglichkeit bieten, über Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP) zusammen mit der Universität und den öffentlichen Forschungsinstituten schnelle und effiziente Lösungen, beispielsweise bei der Produktentwicklung oder bei

forschungsintensiven Aufträgen ihrer Kunden, zu erarbeiten. Diese Zusammenarbeit soll transparent geregelt werden.

„Matching-Fund-Prinzip“ einführen

Die DP wird das Prinzip des „*Matching-Fund*“ einführen. Der Staat wird bei privaten Spenden an die Universität oder öffentliche Forschungsinstituten ab einer gewissen Höhe einen zusätzlichen staatlichen Beitrag leisten. Damit soll die komplementäre Finanzierung aus privaten Quellen unterstützt werden.

Angebot an BTS-Studiengängen erweitern und Partnerschaften schließen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Master-Studiengänge im Bereich Bildung mit Uni.lu zusammen ausarbeiten

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Ausbau der Medizinstudien hierzulande bewerten

Die Mediziner Ausbildung in Luxemburg wird ausgebaut. Die Universität Luxemburg wird in den kommenden Jahren einen Bachelor-Studiengang in Medizin anbieten, so dass Studenten drei Jahre, anstatt bislang nur ein Jahr, in Luxemburg studieren können. Zudem sollen weitere Facharztausbildungen ermöglicht werden. Die DP steht diesem Ausbau grundsätzlich positiv gegenüber. Etwaige weitere Schritte sollten in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren ausgearbeitet und anschließend auf ihre Nützlichkeit hin geprüft werden.

Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Infrastruktur der Entwicklungs- und Forschungsstandorte ausbauen

Die DP wird in den kommenden Jahren massiv in die Infrastruktur der Entwicklungs- und Forschungsstandorte Luxemburg-Stadt und Belval investieren. Dies wird der Universität und den Forschungszentren optimale Entwicklungsvoraussetzungen bieten.

„Open Access“ zu staatlich finanzierten Forschungsprojekten garantieren

Die DP ist der Ansicht, dass Erkenntnisse, Publikationen und Forschungsdaten aus staatlich finanzierten Projekten, unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts, kostenlos für die Öffentlichkeit im Netz verfügbar sein sollten („*Open-Access*“-Politik). Dies wird der Allgemeinheit Zugang zu den neuesten und erkenntnisreichen Forschungsergebnissen erlauben.

Virtuellen Hörsaal Realität werden lassen

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass universitäre Vorlesungen online zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Ansicht, dass Studierende die technischen Mittel des 21. Jahrhunderts nutzen können, um flexibel und selbstbestimmend auf die Lerninhalte zurückzugreifen.

Wohnraum für Studenten schaffen

Mit der Anzahl der Studenten wächst auch die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum für die Studierenden. Die DP ist sich dieser Sachlage bewusst und wird das Angebot an bezahlbaren und campusnahen Studentenwohnungen erhöhen und private Initiativen zum Bau von Studentenwohnungen ermutigen.

Familienpolitik: Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Während der Regierungsperiode 2013-2018 hat die DP eine Modernisierung der Familienpolitik eingeläutet. Die Politik entsprach nicht mehr den Anforderungen der heutigen Gesellschaft und untermauerte teils sogar unsichere Situationen. Das Armutsrisiko – zumal von Alleinerziehenden mit Kindern – verlangte einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik, der es Eltern ermöglicht, Beruf und Familienleben besser zu vereinbaren. Zumal Kinder aus armutsbedrohten Familien Nachteile oder Misserfolge in der Schule riskieren und deshalb berufliche Misserfolge drohen.

Ein wesentlicher Faktor für das Wohlergehen der Kinder ist die Zeit, die Eltern mit ihrem Nachwuchs verbringen können. Aus diesem Grund hat die DP konkrete Maßnahmen getroffen, um Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern zu ermöglichen. Die Flexibilisierung und finanziell bessere Ausstattung des Elternurlaubs führte bereits dazu, dass 70% mehr Eltern den neuen Elternurlaub in Anspruch nehmen. Dabei ist insbesondere der Anteil der Väter, die den neuen Elternurlaub beziehen, sprunghaft gestiegen. Weitere Verbesserungen betreffen die außergewöhnlichen Urlaubstage: Der Vaterschaftsurlaub wurde bei der Geburt eines Kindes von 2 auf 10 Tage erhöht, der postnatale Mutterschaftsurlaub wurde generell von 8 auf 12 Wochen verlängert und der Urlaub für Eltern von kranken Kindern wurde flexibler gestaltet. Für die DP waren dies erste wichtige Schritte, um Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern zu erlauben.

Die DP steht für eine nachhaltige und verantwortliche Familienpolitik, in der die Kinder im Mittelpunkt stehen. Eines der vorrangigen Ziele unserer Politik ist die Chancengleichheit. Dabei beschränkt die DP sich nicht auf finanzielle Leistungen für die Familien. Die DP setzt verstärkt auf Sachleistungen und ein qualitativ hochwertiges öffentliches Angebot, beispielsweise in der Kinderbetreuung. In den nächsten Jahren wird die DP weitere Maßnahmen umsetzen, damit Eltern ihr Privat- und ihr Berufsleben besser in Einklang miteinander bringen können.

Congé parental PLUS einführen

Die von der DP initiierte Reform des Elternurlaubs war ein riesiger Erfolg. Die DP wird die Auswirkungen dieser Maßnahmen drei Jahre nach ihrer Einführung überprüfen und gegebenenfalls vertiefen. Außerdem wird die DP, im Sinne einer fairen Verantwortungsverteilung in der Kindererziehung, die Familien belohnen, in denen beide Elternteile den Elternurlaub beantragt haben.

Die DP wird zudem die Möglichkeit schaffen, im Anschluss an den Elternurlaub, einen Elternurlaub PLUS mit einer Maximallänge von bis zu 18 Monaten Vollzeit oder bis zu 36 Monaten halbtags in Anspruch zu nehmen. In diesem Zeitraum wird der Staat für keine finanzielle Entschädigung aufkommen, er wird allerdings die Kosten der Sozialbeiträge des Arbeitgebers und Arbeitnehmers in die Rentenkasse auf Basis des Durchschnittsgehalts der letzten 12 Monaten vor der Geburt übernehmen. Der Elternurlaub PLUS kann entweder von einem Elternteil in Anspruch genommen werden oder unter beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Das Recht auf Rückkehr an den Arbeitsplatz wird auch beim Elternurlaub PLUS gewährt.

Um den Arbeitgebern entgegen zu kommen, wird der Staat für den Zeitraum des in Anspruch genommenen Elternurlaub PLUS die Sozialbeiträge der Beschäftigten übernehmen, die als

Vertretung eingestellt werden. Zudem wird die DP in diesem spezifischen Fall, befristete Verträge zulassen, die über die Gesamtdauer der Vertretungszeit reichen.

Die genauen Modalitäten des neuen Elternurlaub PLUS werden wir im Dialog mit den Sozialpartnern verhandeln.

Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Arbeitskonten generell einführen

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Stärkere Inanspruchnahme von „Télétravail“ fördern

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Vaterschaftsurlaub für Selbstständige einführen

Die DP hat dafür gesorgt, dass frischgebackene Väter das Recht auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub bekommen, um Zeit mit dem jungen Nachwuchs zu verbringen. Die DP wird den Anspruch auf den Vaterschaftsurlaub auf Selbstständige ausweiten, damit alle Väter – unabhängig von ihrem Beschäftigungsverhältnis – gleichbehandelt werden.

Kindervereinsbus schaffen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Aufnahme von Pflegekindern in Pflegefamilien weiter fördern

Zahlreiche Kinder warten in Kinderheimen auf eine Pflegefamilie. Nach einer Sensibilisierungskampagne des Bildungsministeriums („Gitt Fleegefamill!“), sind zahlreiche Kinder in einer Pflegefamilie aufgenommen worden. Die DP verpflichtet sich dazu, für ein bestmögliches Umfeld in den Kinder- oder Jugendheimen zu sorgen. Gleichzeitig gilt es die Aufnahme von Pflegekindern durch Familien weiter zu fördern.

Gesetz über die Beziehungen zwischen dem Staat und Organisationen in den Bereichen Soziales, Familie und Therapie reformieren

Die zahlreichen Organisationen, die in den Bereichen Soziales, Familie und Therapie tätig sind, bilden zentrale Pfeiler im sozialen Gefüge unseres Landes. Damit diese Organisationen ihrer Aufgabe gerecht werden können, hat der Staat eine Reihe von Konventionen mit ihnen abgeschlossen. Das aktuelle Gesetz über die Beziehungen zwischen dem Staat und den betroffenen Organisationen wird den Realitäten in der Praxis nicht mehr gerecht. Die DP wird daher den gesetzlichen Rahmen mit dem Ziel anpassen, die Transparenz zu erhöhen, Qualitätsansätze zu entwickeln, die Rechte der Nutzer und Pflichten der Organisationen klarer zu definieren sowie die Kohärenz zwischen bestehenden Gesetzen und Verordnungen zu sichern.

Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv

Die DP steht für eine freie, offene und tolerante Gesellschaft, die nicht nur solidarisch mit den Schwächeren ist, sondern sich bemüht alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Gesellschaftspolitisch hat die DP-geführte Regierung bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen. Die Prozedur zum Erlangen der luxemburgischen Nationalität wurde vereinfacht. Das Beherrschen der luxemburgischen Sprache bleibt jedoch weiterhin ein entscheidendes Kriterium. Gleichgeschlechtliche Paare dürfen endlich heiraten und Kinder adoptieren. Die zweite obligatorische Beratung für Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, wurde abgeschafft. Ein Meilenstein war zudem die Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, die gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften hierzulande ausgearbeitet wurde.

Für die DP ist Inklusion ein Menschenrecht. Es ist zentral, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Jeder Bürger soll überdies ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Das DP-geführte Familienministerium hat den Inklusionsgedanken in der vergangenen Legislaturperiode weiter vorangetrieben und die im Jahr 2011 ratifizierte UNO-Behindertenrechtskonvention konsequent umgesetzt. So wurde eine Bilanz der Umsetzung des Aktionsplans für behinderte Menschen mit den unterschiedlichen Vertretern der Zivilgesellschaft und den zuständigen ministeriellen Abteilungen gezogen. Um Menschen mit Einschränkungen und ältere Mitmenschen ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, hat die DP die Umsetzung neuer Maßnahmen zur Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Orte vorangetrieben. Zudem wurde ein Gesetz zur Schaffung einer Assistenz zur Inklusion am Arbeitsplatz auf den Instanzenweg gebracht. Unternehmen werden demnach anerkannte Experten zur Verfügung gestellt, die die Eingliederung von Personen mit Behindertenstatut oder Personen, die sich in einer Wiedereingliederungsprozedur befinden, im beruflichen Umfeld unterstützen. Die DP hat schließlich die Anerkennung der deutschen Gebärdensprache als offizielle Sprache in Luxemburg in die Wege geleitet. Die DP geht übrigens als Partei mit gutem Beispiel voran: Jeder Parteikongress wird vor Ort in die Gebärdensprache übersetzt und das Kurzwahlprogramm erscheint zusätzlich in leichter Sprache und das Wahlprogramm als Hörfassung.

Ein weiterer Schwerpunkt für die DP ist die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Wir haben in der laufenden Legislaturperiode viele Maßnahmen getroffen, um die Lage der Menschen mit geringem Einkommen deutlich zu verbessern. Die Teuerungszulage wurde derart umgestaltet, dass nunmehr knapp 2.200 Haushalte zusätzlich hierauf Anspruch haben. Die Einführung des Mietzuschusses („*Subvention Loyer*“) trägt dazu bei, dass mittlerweile rund 35.000 Haushalte Anrecht auf Wohngeld haben. Die DP-geführte Regierung hat zudem erfolgreich das Angebot an Sozialwohnungen gesteigert. Der öffentliche Bauträger SNHBM (*Société nationale des habitations à bon marché*) hat beispielsweise seine Produktion, von rund 80 Wohnungen jährlich im Zeitraum 2005 bis 2014 auf rund 270 Wohnungen im Jahr 2017, mehr als verdreifacht. Einen deutlichen Zuwachs an sozialen Mietwohnungen brachte zudem die neu eingeführte Steuerfreiheit für 50% der Nettomieteinkünfte aus der Immobilienvermietung an zugelassene Organisationen zur Verwaltung von Sozialwohnungen, wie an die *Agence Immobilière Sociale* (AIS). Dazu kommen Maßnahmen, wie die Erhöhung des Steuerkredites für Alleinerziehende und

kostenlose Schulbücher im Sekundarunterricht. Die DP setzt zudem konsequent auf die Förderung und Unterstützung von Menschen, die weit vom ersten Arbeitsmarkt entfernt sind. Das neue Revis-Gesetz („*revenu d'inclusion sociale*“) – ehemals RMG – wird den Wiedereinstieg ins Berufsleben oder alternativ die Wiedereingliederung ins gesellschaftliche Leben deutlich stärker fördern.

Die Flüchtlingskrise war eine große Herausforderung für die europäische und luxemburgische Politik. Im Laufe des Jahres 2015 hatten sich in Luxemburg die Anfragen auf internationalen Schutz, von circa 1000 im vorangegangenen Jahr auf fast 2500, mehr als verdoppelt. Unser Land musste die Aufnahme und die Integration dieser Menschen gewährleisten. Die DP-geführte Regierung hat in dieser Krisenzeit Verantwortung übernommen. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden hat das Familien- und Integrationsministerium eine kohärente Empfangs- und Integrationspolitik sichergestellt. Die substanzielle personelle Aufstockung des OLAI (*Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration*) schaffte die Voraussetzung für einen menschenwürdigen Empfang und eine kompetente Betreuung der zahlreichen, neuen Asylbewerber. Um die Integration von Flüchtlingen zu fördern, hat das Familienministerium, in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium, den „*parcours d'intégration accompagné*“ (PIA) auferlegt. Dieser führte obligatorische Sprach- und Gemeinschaftskundekurse für Flüchtlinge ein. Das neu geschaffene „*Lëtzebuurger Integratiouns- a Sozialkohäsiounscenter*“ (LISKO) dient zudem als Bindeglied zu Sozialämtern und Vereinigungen und unterstützt die Integration in den Gemeinden.

Die DP wird sich auch in Zukunft für ein respektvolles, tolerantes Miteinander einsetzen und die gesellschaftliche Teilnahme von allen Bürgern fördern. Wir werden weiterhin gegen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft vorgehen und jegliche Diskriminierung bekämpfen.

Gesellschaftspolitik

Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken

Die DP wird den vorliegenden Gesetzesvorschlag für ein neues Jugendschutzgesetz so schnell wie möglich umsetzen. Wir wollen die Rechte der Kinder stärken und weiter in die Prävention gegen Jugenddelinquenz und in die Resozialisierung von straftätigen Jugendlichen investieren. Die DP wird nicht weiter akzeptieren, dass Minderjährige im Gefängnis inhaftiert werden und deshalb in die notwendigen Infrastrukturen investieren, um dies in Zukunft zu verhindern.

Bei Blut- und Blutplättchenspenden individuelle Risikobewertung durchführen

Die DP wird die Kriterien zum Blut- und Blutplättchenspenden ändern, da diese momentan homosexuelle Männer kategorisch ausschließen. Die DP setzt sich für das Prinzip des „*individual risk assessment*“ ein, also eine individuelle Risikobewertung eines jeden Spenders.

Benevolat stärken

Die DP ist sich der Wichtigkeit des Benevolats in unserer Gesellschaft bewusst und möchte die vielen Freiwilligen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen. Wir werden deshalb ein Rahmengesetz für die Förderung der Freiwilligen ausarbeiten, das bisherige Regelungen und staatliche Unterstützungen vereinheitlicht und neue Anreize schafft, um die Freiwilligenarbeit attraktiver zu gestalten.

Auswirkungen des Scheidungsgesetzes prüfen

Die DP wird die Auswirkungen des neuen Scheidungsgesetzes analysieren und die Wirksamkeit und Praxistauglichkeit des neuen Gesetzes überprüfen. Wir werden vor allem die Auswirkungen der Abschaffung der Scheidung wegen Fehlverhaltens kritisch begutachten.

Kampf gegen häusliche Gewalt ausbauen

Mit der sogenannten „Opferambulanz“ hat die Regierung eine wichtige Anlaufstelle für Opfer von häuslicher Gewalt geschaffen. Die DP wird weitere Gesetzesanpassungen vornehmen, um Frauen und Männer noch besser vor häuslicher Gewalt zu schützen. So werden wir unter anderem die Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt umsetzen.

Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierung dafür gesorgt, dass beide Geschlechter in der Arbeitswelt gleichbehandelt werden. Es wurde unter anderem gesetzlich verankert, dass Frau und Mann den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten müssen. Außerdem hat die Regierung sich für eine geschlechtliche Parität in Verwaltungsräten und staatlichen Gremien verpflichtet, in denen der Staat vertreten ist. Die DP wird weiterhin im Bereich der Aufklärung die nötigen Mittel zur Verfügung stellen und Sensibilisierungsinitiativen, wie „Girls’day –Boys’day“ unterstützen, um gegen die Stereotypisierung von Geschlechterrollen vorzugehen.

Rechte für Transgender und intersexuelle Menschen stärken

Luxemburg hat 2017 die IDAHOT-Erklärung gegen die Diskriminierung und für den Ausbau der Rechte von LGBTI-Menschen (lesbische, homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen) unterzeichnet. Die DP wird die Rechte von Menschen stärken, deren äußerliche Geschlechtsmerkmale nicht mit ihrem gefühlten Geschlecht übereinstimmen oder nicht eindeutig einem Geschlecht zugeordnet werden können. Die Geschlechts- und Namensänderungen von Transgender wurden in dieser Legislaturperiode bereits vereinfacht, um unnötige und belastende Prozeduren zu vermeiden. Die Kosten von notwendigen chirurgischen Eingriffen sollen von den staatlichen Krankenkassen rückerstattet werden. Die DP wird zudem prüfen, ob die Möglichkeit besteht, ein drittes Geschlecht einzuführen. Die DP verlangt, dass bei nicht einwilligungsfähigen Kindern, bei denen das Geschlecht nicht eindeutig festzustellen ist, keine chirurgischen oder sonstige körpermedizinische Eingriffe durchgeführt werden dürfen.

Gesetzlichen Rahmen für Leihmutterschaft schaffen

Um das Wohl und die Rechte der Kinder in den Vordergrund zu stellen, wird die DP Kinder, die über eine Leihmutterschaft im Ausland geboren wurden, schnellstmöglich anerkennen. Die DP fordert zudem einen klaren gesetzlichen Rahmen, damit die Menschen für eine Leihmutterschaft nicht ins Ausland flüchten müssen. Die Leihmutterschaft sollte auf einem altruistischen Modell basieren, bei dem die Leihmutterschaft ohne Entgelt durchgezogen wird.

Cannabis kontrolliert freigeben

Für die DP ist die repressive Drogengesetzgebung der letzten Jahrzehnte gescheitert. Die DP wird einen neuen Weg einschlagen und spricht sich daher für die Möglichkeit einer staatlich kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene aus. Ein solcher Schritt muss jedoch unter strengen Regeln erfolgen. So sollen beispielsweise nur in Luxemburg ansässige Erwachsene Cannabis erwerben dürfen, um so Drogentourismus vorzubeugen. Eine legale,

vom Staat überwachte Abgabe von Cannabis wäre ein bedeutender Schlag gegen den illegalen Drogenhandel, das Kerngeschäft vieler krimineller Organisationen. Die durch die kontrollierte Abgabe erzielten Einnahmen sollen integral in die Präventions- und Informationsarbeit entsprechender Initiativen und Beratungszentren im Rahmen der Drogenhilfe und -beratung fließen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der Drogenkonsum nicht verharmlost wird.

Straßenprostitution vermeiden

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode bereits ein Gesetz zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsprostitution verabschiedet wurde, wird die DP zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Prostitution von den luxemburgischen Straßen zu verdrängen. Wir werden prüfen, ob eine Teillegalisierung der Prostitution in angemeldeten und staatlich kontrollierten Einrichtungen helfen kann, dieses Ziel zu erreichen.

Verjährungsfrist für Vergewaltigungen abschaffen

Momentan verjähren Vergewaltigungsakte nach 10 Jahren, sodass die Täter nach Ablauf dieser Frist nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können. In vielen Ländern soll die Verjährungsfrist auf 20 oder gar 30 Jahre verlängert werden. Die DP wird diese Frist in Luxemburg komplett abschaffen, da manche der Vergewaltigungsoffer erst Jahrzehnte nach der Tat in der Lage sind, das an ihnen begangene Verbrechen anzuzeigen. Wir sind der Meinung, dass das mentale Leid, das die Täter ihren Opfern zugefügt haben, diesen nicht auch noch in die Karten spielen darf, wenn die Opfer sich erst spät überwinden können, den Täter anzuzeigen.

Das Prinzip der Mediation ausbauen

Die DP setzt ganz klar auf den Weg der Mediation, die eine vertrauliche, schnelle und preiswerte Beilegung von unterschiedlichsten Differenzen erlaubt. Die Mediation hat in den letzten Jahren einen starken Aufschwung erlebt, egal ob es sich um familiäre, zivilrechtliche, geschäftliche oder sogar strafrechtliche Fälle gehandelt hat. Mehrere Verwaltungen berufen sich bei ihren Entscheidungen inzwischen auf die Prinzipien der Mediation. Die DP ist von der Mediation überzeugt – zumal in punkto sozialem Zusammenhalt – und möchte die Mediation folgerichtig stärken. Deshalb soll dieses Instrument besser in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

See- und Flussbestattungen erlauben

Der Ausdruck von Naturverbundenheit und die Ortsunabhängigkeit der Ruhestätte machen See- und Flussbestattungen zu einer immer öfter angefragten Bestattungsart. Die Stille des Wassers spendet zudem vielen Hinterbliebenen Trost bei der Trauerbewältigung. Die DP wird das Bestattungsrecht, entsprechend den neuen gesellschaftlichen Realitäten, liberalisieren um somit weitere Formen der Beisetzung zu ermöglichen. Diese Bestattungen müssen jedoch dem ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen entsprechen.

Senioren

Eine moderne Seniorenpolitik: Aktives Altern unterstützen

Der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand ist eine Zäsur im Leben vieler Menschen. Die DP wird die aktive Begleitung der Menschen in diesem entscheidenden Lebensabschnitt stärker fördern. Für die DP stehen die Lebensqualität und das Wohlbefinden von älteren Menschen im Vordergrund. Um die aktive Beteiligung von älteren Menschen zu unterstützen, den Austausch zwischen Generationen zu fördern und einer sozialen Isolation entgegenzusteuern, wird die DP Programme und Vereinigungen weiterhin gezielt unterstützen

und ausbauen, um ältere Menschen an kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten zu beteiligen.

Senioren- und Pflegeheim jedem Bürger ermöglichen

Bewohner, die in ein Senioren-, in ein Pflegeheim oder in eine ähnliche Struktur aufgenommen werden, aber nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, haben Anspruch auf eine Zusatzleistung für ihren Aufenthalt. Die DP wird das Gesetz über den „*Accueil gérontologique*“ überarbeiten, um den bedürftigen Personen stärker entgegen zu kommen und den Anwendungsbereich im Sinne der Betroffenen zu überarbeiten. Auch in Zukunft soll jedem Bürger der Aufenthalt in einem Alters- oder Pflegeheim möglich sein.

Anpassung der Pflegeversicherung im Sinne der Patienten vornehmen

Die DP wird sicherstellen, dass die Pflegeversicherung eine hohe Qualität der Pflege gewährleistet. Patienten sollen durch die Möglichkeit von begleitenden Aktivitäten vor sozialem Ausschluss bewahrt werden. Zudem gilt es unnötige, administrative Prozeduren für Patienten und Träger zu vermeiden. Die DP wird daher eine Bilanz der Reform der Pflegeversicherung in Angriff nehmen und diese auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen. Im Anschluss wird die DP konkrete Anpassungen im Sinne der Patienten vornehmen.

Gratis Nutzung des öffentlichen Transports einführen

s. Kapitel Mobilität: moderne Verkehrsinfrastrukturen für heute und morgen

Inklusion

Barrierefreiheit weiter fördern

In der laufenden Legislaturperiode hat die DP bereits Anpassungen der „*Design for all*“-Regelungen vorgenommen. Die DP wird die Barrierefreiheit in allen Bereichen weiter fördern, beispielsweise im öffentlichen Transport, bei Freizeit- und Kulturangeboten sowie im Bereich der Medien und Kommunikation. Barrierefreiheit spielt auch im digitalen Raum eine tragende Rolle. Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die staatlichen Internetseiten barrierefrei zugänglich sind und auch Inhalte in der sogenannten „leichten Sprache“ anbieten.

Selbstbestimmte Lebensführung aktiv unterstützen

Für die DP muss jeder Mensch im Rahmen des Möglichen unabhängig und frei über seinen Lebensweg entscheiden können. Bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung muss die individuelle Eigenständigkeit respektiert werden. Die DP wird daher im Laufe der nächsten Legislaturperiode eine Bilanz der Prozedur der sozio-pädagogischen Begleitung (ASP) ziehen und gegebenenfalls Anpassungen im Sinne der Eigenständigkeit der betreuten Personen vornehmen.

Die DP setzt auf eine größtmögliche Selbständigkeit von Menschen mit Behinderung. Deshalb wird die DP dafür Sorge tragen, dass mehr autonome und halbautonome Wohnstrukturen geschaffen werden.

Anstrengungen in Richtung Inklusion in der Grundschule fortsetzen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Inklusion auch in der Sekundarschule ermöglichen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Inklusion am Arbeitsplatz fördern

Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieht Folgendes vor: „*das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird*“. Diesbezüglich wurden bereits mehrere Maßnahmen umgesetzt. Anfang 2017 wurde das *Centre d'orientation socio-professionnelle – Handicap et Reclassement* (COSP-HR) ins Leben gerufen, u.a. um die Inklusion von Mitmenschen mit Behinderung zu verbessern. Eine Gesetzesvorlage über die Schaffung einer Assistenz zur Inklusion am Arbeitsplatz wurde bereits auf den Instanzenweg gebracht. Infolgedessen wird die DP die Orientierungs- und Wiedereingliederungskommission reformieren, um eine bessere berufliche Orientierung zu gewährleisten. Zudem wird die DP die Arbeitswelt verstärkt für die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen sensibilisieren.

Kapazitäten der „Centres de propédeutique“ ausbauen

Die DP wird mehr Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung in den „*Centres de propédeutique*“ schaffen. Dies ermöglicht es, Menschen mit einer Behinderung auf den Arbeitsmarkt oder für eine Beschäftigung in einem „*Atelier protégé*“ vorzubereiten.

Gebärdensprache als offizielle Sprache: Praktische Umsetzung gewährleisten

Auf Initiative der DP hin hat die Regierung die deutsche Gebärdensprache offiziell anerkannt. Konkret bedeutet dies, dass in der Grund- und in der Sekundarschule beispielsweise schwerhörigen und hörgeschädigten Kindern das Recht auf Unterricht in Gebärdensprache gewährt wird. Die DP wird dafür sorgen, dass diesbezüglich ausreichend Fachpersonal ausgebildet und eingestellt wird. Auch in anderen Bereichen, sei es im Krankenhauswesen, im Rettungswesen oder im Polizeibetrieb, sind spezialisierte Fachkräfte nötig.

Barrierefrei kommunizieren mittels einfacher Sprache

s. Kapitel Staat und öffentlicher Dienst: modern und effizient

Solidarität

Obdachlosigkeit bekämpfen

Die DP wird die nationale Strategie gegen die Obdachlosigkeit konsequent umsetzen, um so Wohnungs- und Obdachlosigkeit konkret vorzubeugen. Aber auch in Notsituationen ist es wichtig, schnell und adäquat zu reagieren. Jeder Obdachlose muss während der Wintermonate über eine Übernachtungsmöglichkeit verfügen. Die „*Wanteraktioun*“ wird in der nationalen Notunterkunft auf Findel einen festen Platz erhalten.

Wohnen ist ein zentrales Element, um eine gesellschaftliche Wiedereingliederung zu erzielen und den Betroffenen ein stabiles Umfeld zu verschaffen. Das innovative Betreuungskonzept des *Housing-first* ermöglicht es Obdachlosen, nicht nur eine Wohnung zu finden, sondern auch in diesem Rahmen betreut zu werden. Das Konzept hat bereits erste Früchte getragen und unterstützt Menschen beispielsweise beim Überwinden einer Suchtproblematik. Die DP wird, in enger Zusammenarbeit mit den im Bereich tätigen Akteuren, zusätzliche Häuser zur Verfügung stellen.

Verwaltung von sozialen Mietwohnungen („*gestion locative sociale*“) weiter ausbauen

s. Kapitel Wohnungsbau und Landesplanung: Wohnraum schaffen und Luxemburg kohärent weiterentwickeln

Aufnahme und Integration

Asylbewerber menschenwürdig aufnehmen

Die DP wird weiter für eine menschenwürdige Aufnahme eintreten und das Land auf eine mögliche, weitere Flüchtlingskrise vorbereiten, indem, in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, neue Strukturen geplant werden, in etwa Strukturen für unbegleitete Minderjährige. Wir werden zudem die aktuellen Abläufe, besonders im Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen, auf den Prüfstand stellen, um auf zukünftige Flüchtlingswellen besser vorbereitet zu sein.

Kompetenzen für Flüchtlinge bündeln

Die DP wird sämtliche Kompetenzen – von der Asylprozedur bis zur Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge – im Immigrationsministerium bündeln. Der Bereich Integration von allen ausländischen Mitbürgern, sowohl Flüchtlingen wie auch allen anderen, soll im Kompetenzbereich des Integrationsministeriums bleiben. Diese Aufgabenteilung soll für mehr Effizienz sorgen. Die Betreuung eines Flüchtlings soll in Zukunft, wenn möglich während der ganzen Prozedur von demselben Betreuer gewährleistet werden. Die DP wird zudem den „*parcours d'intégration accompagné*“ (PIA) ausbauen, um eine Integration in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt stärker zu fördern.

Schnelle, aber gerechte Asylprozeduren garantieren

Luxemburg war in der Vergangenheit immer wieder mit Wellen von Asylanträgen konfrontiert. Diese starken Schwankungen werden auch in Zukunft nicht abnehmen. Um schnelle, aber gerechte Verfahren zu garantieren, muss die Verwaltung über ein flexibles Personalmanagement verfügen, das es ihnen erlaubt, kurzfristig zusätzliches Personal zu erhalten. Um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, müssen Asylbewerber, welche die Kriterien für eine Aufnahme nicht erfüllen, das Land nach Abschluss der Prozeduren wieder schnellstmöglich verlassen.

Ausländische Mitbürger integrieren

Infolge einer breit angelegten Konsultationsdebatte, hat die DP-geführte Regierung in der laufenden Legislaturperiode einen neuen nationalen Aktionsplan Integration (PAN) vorgelegt. Die DP wird diesen Aktionsplan in den nächsten Jahren Schritt für Schritt umsetzen. Die DP wird die politische Partizipation mittels Sensibilisierungskampagnen im Vorfeld von Kommunal- und Europawahlen weiter fördern. Wir werden zudem die Teilhabe von nicht-luxemburgischen Mitbürgern bei der Ausarbeitung von politischen Maßnahmen bezüglich der Integration fördern, dies vor allem mittels der beratenden Kommissionen in den Gemeinden und des nationalen Ausländerrats. Darüber hinaus sollen über das Instrument der kommunalen Integrationspläne lokale Integrationsmaßnahmen der Gemeinden gefördert und unterstützt werden. Schließlich wird die DP einen besonderen Akzent auf die schulische und sprachliche Integration legen. Das Erlernen der Landessprachen, insbesondere der luxemburgischen Sprache, ist für die DP ein zentraler Aspekt für eine gelungene Integration.

Ein wichtiges Instrument für die DP ist zudem der Aufnahme- und Eingliederungsvertrag („*contrat d'accueil et d'intégration*“ - CAI). Dieser ermöglicht es Neuankömmlingen Luxemburg kennenzulernen und sich zu integrieren. Die entsprechenden Sprach- und staatsbürgerlichen Kurse sowie Orientierungstage werden vom OLAI angeboten. Die DP möchte die Verträge ausbauen und systematisch auf regionaler Ebene anbieten. Dabei soll auch die regionale Zusammenarbeit von kleineren Gemeinden gefördert werden, um den CAI dezentral anbieten zu können.

Kulturpolitik: Gezielte Förderung der Künstler und kulturelle Teilhabe für alle

Für die DP sind die Förderung der kulturellen Vielfalt und die Wertschätzung der hiesigen Kulturschaffenden und ihrer Werke zentrale Pfeiler der Kulturpolitik.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat das DP-geführte Kulturministerium sein Budget in der laufenden Legislaturperiode auf knapp 1% des Staatshaushaltes erhöht. Darüber hinaus wurden zentrale Projekte vorangetrieben, wie das Archivgesetz und die Ausarbeitung eines neuen Denkmalschutzgesetzes. Außerdem wurden zusätzliche Künstlerateliers zur Verfügung gestellt, eine zentrale Anlaufstelle für Künstlersubsidien geschaffen und neue Subsidien, beispielsweise für Weiterbildungsmaßnahmen, eingeführt. Das Kulturministerium setzte auch verstärkt auf Dialog und Austausch. So fand eine breite Debatte mit den Kulturschaffenden anlässlich der ersten „*Assises culturelles*“ statt. Diese Diskussionen dienten als Basis für das Ausarbeiten des ersten Kulturentwicklungsplans in Luxemburg.

In den nächsten Jahren wird die DP die Menschen verstärkt über die Kultur zusammenbringen und die Kultur als tagtäglichen Bestandteil des öffentlichen Lebens fördern. Die DP wird die Professionalisierung der Kulturszene unterstützen und sich für die Verbesserung der materiellen Situation der Kulturschaffenden einsetzen. Luxemburgische Künstler sollen in allen Kunstbereichen unterstützt werden und auch international soll ihnen mehr Geltung verschafft werden. Kulturpolitik ist allerdings auch Standortpolitik, die DP wird die Position Luxemburgs auf der internationalen Landkarte mit einem breiten kulturellen Angebot stärken. Die DP sieht die Nominierung von Esch/Alzette als europäische Kulturhauptstadt 2022 als außerordentliche Gelegenheit für die Kulturentwicklung, zumal im Süden des Landes. Die Zusammenarbeit mit den anderen Südgemeinden soll dafür sorgen, dass das Kulturjahr weit über die Grenzen von Esch hinaus strahlt und der Region zu einer neuen Dynamik verhilft, sowohl auf kreativer als auch auf gesellschaftlicher Ebene.

Neues Gebäude für das Nationalarchiv schaffen

Nach dem Umzug der Nationalbibliothek auf Kirchberg soll auch das Nationalarchiv ein neues Gebäude beziehen. Unter Rückgriff auf die neuesten Technologien im Bereich der Archivierung, Konservierung und Veröffentlichung, soll das Institut seinen Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Die DP wird den in Ausarbeitung befindlichen Gesetzentwurf vorantreiben, damit das Nationalarchiv schnellstmöglich in ein dementsprechendes Gebäude umziehen kann. In allen Bereichen muss eine Archivkultur gefördert werden.

Ein modernes Denkmalschutzgesetz umsetzen

Die DP wird die in dieser Legislaturperiode begonnene Reform des Denkmalschutzgesetzes zu Ende bringen. Es geht um transparente und klare Regelungen, die den Erhalt des archäologischen, architektonischen und immateriellen Erbes unseres Landes gewährleisten. Unter Berücksichtigung internationaler Normen und Konventionen werden die Prozeduren vereinfacht und klare Regeln aufgestellt, die u.a. genau definieren, welche Bausubstanz unter Denkmalschutz gestellt wird. Dadurch wird die Planung von Bauvorhaben deutlich verbessert. Um einen besseren Überblick zu ermöglichen, möchte die DP des Weiteren eine digitale Karte mit allen geschützten Gebäuden erstellen.

Wertschätzung des kulturellen Erbes absichern

Viele Menschen sind sich des bedeutsamen Kulturerbe Luxemburgs nur wenig oder gar nicht bewusst. Aus diesem Grund, und im Sinne eines breit angelegten Kulturangebots, wird sich die DP dafür einsetzen, dass die Vermittlung und Ausstellung der Sammlungen der staatlichen Museen verstärkt wird. In Zusammenarbeit mit den Glaubensgemeinschaften sollen auch unbekannte Schätze aus luxemburgischen Gotteshäusern im Rahmen von thematischen Ausstellungen gezeigt werden.

Zum kulturellen Reichtum eines Landes gehören nicht nur Monumente und materielle Artefakte, sondern auch immaterielle Elemente, wie Traditionen und Bräuche. Auch diese verdienen studiert, dokumentiert und weitervermittelt zu werden, weshalb die DP sich für eine stärkere Wertschätzung dieses Vermächnisses in der Kulturvermittlung einsetzen wird.

Luxemburg-Haus als zentrale Begegnungsstätte schaffen

s. Kapitel Luxemburgische Sprache: Gezielt fördern und Stellenwert stärken

Galerie für zeitgenössische luxemburgische Kunst und Luxemburger Künstlerlexikon umsetzen

Die DP wird die vom Kulturminister angekündigte Schaffung einer Galerie für zeitgenössische luxemburgische Künstler im ehemaligen Gebäude der Nationalbibliothek („*Ale Kolléisch*“) in die Tat umsetzen. So soll neuen Talenten eine Ausstellungsmöglichkeit geboten werden und die Kulturszene unterstützt werden. Solche Projekte spielen eine wichtige Rolle, wie der Erfolg der Galerie „*Konschthaus beim Engel*“ zeigt. Außerdem wird die DP sich für ein Luxemburger Künstlerlexikon in digitaler und in gedruckter Form stark machen.

Offene Kreativstätte schaffen

Die *Villa Louvigny* im Herzen der Hauptstadt ist ein geschichtsträchtiges Gebäude mit vielen Facetten. Die DP ist davon überzeugt, dass dieser einmalige Standort mit dem offenen Umfeld sinnvoll als Kreativstätte für Künstler genutzt werden muss, um ihnen neue Schaffens- und Ausstellungsmöglichkeiten zu bieten. Der bestehende Konzertsaal soll für künstlerische Darbietungen aufgewertet werden.

Digitalisierung zur Kulturvermittlung nutzen

Die DP wird die Chancen der Digitalisierung auch in der Kultur nutzen. Die Anwendungsbereiche sind vielfach. Neben der digitalen Kunstschaffung in der Kreativwirtschaft, kann damit besonders die Vermittlung von Kultur und unserem kulturellen Erbe gefördert werden. Die DP wird die komplette Digitalisierung der Museums- und Archivbestände weiter vorantreiben. Eine Digitalisierung leistet nicht nur der wissenschaftlichen Grundlagenforschung Vorschub, sondern ermöglicht einen bedeutend leichteren Zugang zu den Beständen, die andernfalls nur zu besonderen Anlässen und Ausstellungen aus der Reserve geholt werden. Zudem vereinfacht dies einen besseren Austausch zwischen staatlichen kulturellen Institutionen und dem breiten Publikum.

Integration und soziale Kohäsion durch Kultur fördern

Die Multikulturalität ist eine Stärke Luxemburgs und Teil unserer Identität. Gelebte Multikulturalität drückt sich vor allem in der Begegnung von Menschen mit unterschiedlichem Background aus. Kultur hilft Brücken quer durch die Gesellschaft zu schlagen. Deshalb wird die DP Veranstaltungen und Programme fördern, die über die Kultur zum zwischenmenschlichen Dialog beitragen, wie z.B. sogenannte Kulturrallyes, bei denen

Teilnehmer unterschiedlicher Herkunft durch die Besichtigungen kultureller Sehenswürdigkeiten zusammengeführt werden.

Kooperation zwischen Bibliotheken vertiefen

Die öffentlichen Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle in der Kulturförderung. Das Kulturgut Buch muss – neben digitalen Inhalten und E-Books – weiter erhalten bleiben und die Bibliotheken müssen ihrer Aufgabe der Sammlung, aber auch der Vermittlung, gerecht werden. Es ist deshalb in den Augen der DP sinnvoll, in einem kleinen Land wie Luxemburg, die Ressourcen zu bündeln und die Zusammenarbeit zwischen den großen Bibliotheken, wie der Nationalbibliothek und der Universitätsbibliothek, zu vertiefen. Daneben soll untersucht werden, in welchen Bereichen der Dienst am Leser verbessert werden muss. Das Bibliotheksgesetz sollte zudem einer kritischen Analyse unterzogen und gegebenenfalls überarbeitet werden, besonders hinsichtlich einer administrativen Vereinfachung.

„Bicherbus“ ausbauen

Für die DP spielt der „Bicherbus“ eine tragende Rolle, um den Zugang zur Literatur und Kultur zu ermöglichen, vor allem in den Gegenden des Landes, in denen sich keine öffentliche Bibliothek in unmittelbarer Nähe befindet. Die DP möchte deswegen das Angebot des Bücherbusses ausbauen und kundenfreundlicher gestalten. Zudem soll die Kommunikation verbessert werden. So ist beispielsweise nur wenigen Menschen die Möglichkeit bekannt, sich Bücher online zu bestellen und sie sich per Bücherbus liefern zu lassen.

Kostenlosen Musikunterricht einführen

Das Gesetz über den Musikunterricht muss grundlegend überarbeitet werden. Erste Gespräche hat das DP-geführte Kulturministerium bereits mit den betroffenen Akteuren geführt. Ziel ist es, den Stellenwert der Musik als wichtigen kulturellen Träger zu erhöhen und die Zusammenarbeit zwischen Musikschulen sowie Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern. Die Finanzierungsmodalitäten sollen transparenter gestaltet und es muss sichergestellt werden, dass allen Kindern der Zugang zum Musikunterricht ermöglicht wird. Die DP wird zudem landesweit einen kostenlosen Musikunterricht einführen.

Luxemburgische Kunst im Ausland fördern

Um der luxemburgischen Kunstszene und luxemburgischen Künstlern auch über die Grenzen hinaus Geltung zu verschaffen, sollte Luxemburg auf internationalen Veranstaltungen konsequent Präsenz in den unterschiedlichen kulturellen Bereichen zeigen.

Im Buchwesen hat das DP-geführte Kulturministerium sichergestellt, dass dieses Jahr, nach langer Abwesenheit, wieder eine luxemburgische Delegation mit einem nationalen Stand an der Frankfurter Buchmesse teilnehmen wird. Diese Präsenz ist wichtig für die Luxemburger Autoren und Verlage, um Kooperationen und Kontakte im Ausland zu knüpfen. Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die Luxemburger Buchwelt wieder regelmäßig an den wichtigsten Buchmessen in Europa teilnimmt. Im Bereich der bildenden Künste sind Pavillons, wie auf der Biennale in Venedig, ebenfalls wichtige Gelegenheiten für Künstler, um sich profilieren zu können. Für die DP muss Luxemburg auch hier auf allen wichtigen Terminen Präsenz zeigen. Im Bereich der Musik hat die Exportförderstelle MusicLx in den vergangenen Jahren eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die DP wird die Musikexportförderung weiter ausbauen.

Die DP wird zudem bei internationalen Besuchen und Missionen konsequent den kulturellen Sektor einbinden, um Luxemburg auch als Kulturstandort international bekannt zu machen

und den Wirkungsradius Luxemburger Künstler im Ausland zu vergrößern. Auf diese Weise soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der kulturelle und künstlerische Austausch gefördert und die kulturelle Dimension des Nationbrandings gestärkt werden.

Ateliers für Künstler und Akteure der Kreativwirtschaft schaffen

Die hiesigen Künstler benötigen neben Ausstellungsmöglichkeiten auch mehr Arbeitsräume. Die DP wird sich deshalb verstärkt für die Schaffung von Ateliers für luxemburgische Künstler einsetzen.

Im Bereich der Kreativwirtschaft besteht ein großes Potenzial für die luxemburgische Kunstszene und die Wirtschaft. Ob Kunsthandwerker, Designer, Graphiker, Spieleentwickler oder andere Berufsprofile, die Kreativwirtschaft umfasst ein breites Spektrum an Betätigungsfeldern. Um Synergien zwischen einzelnen Akteuren zu schaffen und das Innovationspotenzial zu bündeln, wird die DP dafür Sorge tragen, dass ausreichend Begegnungsstätten und Werkstätten zur Verfügung gestellt werden, in denen sich Akteure aus der Kreativwirtschaft entfalten können. Ähnlich dem „1535°“ in Differdingen, möchte die DP weitere solche „*creative hubs*“ im ganzen Land einrichten und die entstehende dynamische Bewegung unterstützen.

Leerstehende Flächen für kulturelle Aktivitäten mobilisieren

Die DP wird Kunst und Kultur stärker in die Öffentlichkeit tragen und einem breiteren Publikum im Alltag zugänglich machen. Die DP wird eine Plattform schaffen, um Eigentümer von zeitweise leerstehenden Geschäftsflächen und Künstler miteinander in Kontakt zu bringen. So können Ausstellungen in zeitweise leerstehenden Geschäftsflächen organisiert werden. Auf diese Weise können Kunstwerke punktuell der breiten Öffentlichkeit vorgestellt und Schaufenster von leerstehenden Geschäftsräumen sinnvoll genutzt werden.

Europäische Kulturhauptstadt Esch/Alzette 2022 als Chance für die Kultur- und Kreativwirtschaft nutzen

Die DP wird sich voll und ganz für das Projekt Esch 2022 einsetzen. Die DP wird dafür sorgen, dass im Rahmen des Kulturjahres die hiesigen Künstler einen größtmöglichen Freiraum bekommen und eine inklusive Teilnahme aller Akteure möglich ist. Die DP möchte, dass das europäische Kulturjahr auch nach 2022 bleibende Spuren im Süden des Landes hinterlassen wird und die Kultur- und Kreativwirtschaft auch nach dem Kulturjahr langfristig von diesem Ereignis profitiert.

Regional ausgeglichene Kulturförderung sicherstellen

Kultur ist für alle da. Es ist wichtig, ein regional ausgeglichenes kulturelles Angebot zu gewährleisten. Die DP wird deshalb kulturelle Aktivitäten, sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum, fördern und die Entwicklung der Kulturszene in allen Gegenden des Landes vorantreiben, beispielsweise durch die gezielte Unterstützung von regionalen Kulturveranstaltungen.

Mindestens 1% des Staatshaushaltes in die Kultur investieren

Damit das Kulturministerium seiner Aufgabe, die luxemburgische Kunst- und Kulturszene adäquat zu unterstützen und zu fördern, gerecht werden kann, ist es unabdinglich, ihm die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hat das Budget des Kulturministeriums in der vergangenen Legislaturperiode regelmäßig aufgestockt. Die DP wird den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und ein jährliches Kulturbudget von mindestens 1% des Gesamthaushalts beibehalten.

Kulturentwicklungsplan umsetzen und „Assises culturelles“ weiterführen

Die Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplans in der laufenden Legislaturperiode schaffte eine grundlegende Basis für die Kulturförderung in den kommenden Jahren. Durch eine objektive Analyse der Stärken und Schwächen der Luxemburger Kulturszene, und unter Beteiligung der Kulturschaffenden, wurde eine umfassende Strategie auf die Beine gestellt, welche auf die Bedürfnisse des gesamten Sektors eingeht und seine Entwicklung in den kommenden Jahren optimal begleitet. Die DP wird den Kulturentwicklungsplan in den nächsten Jahren konsequent umsetzen.

Die ersten „*Assises culturelles*“ vor zwei Jahren haben gezeigt, wie wichtig ein regelmäßiger Austausch zwischen Ministerium und kulturellen Akteuren für die Entwicklung des Sektors ist. Aufgrund der positiven Ergebnisse und der konstruktiven Zusammenarbeit ist es von großer Bedeutung für eine koordinierte Kulturpolitik, die „*Assises culturelles*“ in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und den Kulturentwicklungsplan regelmäßig anzupassen.

Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Die DP sieht die Digitalisierung als Chance für Luxemburg und seine Bürger. Wir verstehen es als Aufgabe der Politik, den digitalen Wandel derart zu gestalten, dass alle Bürger davon profitieren. Um dies zu erreichen, muss die digitale Zukunft von morgen schon heute intensiv vorbereitet werden.

Unter der Verantwortung der DP hat die Regierung mit der Initiative „*Digital Lëtzebuerg*“ einen wichtigen Grundstein für die digitale Zukunft gelegt. Damit verfolgt Luxemburg eine globale digitale Strategie, die sämtliche Bereiche abdeckt, von der Informatisierung der Staatsverwaltungen, zur Förderung von digitalen Kompetenzen bis hin zur Entwicklung neuer Kompetenznischen. Auch im Bereich der Medien hat die DP entscheidende Projekte vorangetrieben. So wurde das Gesetz über den Informationszugang verabschiedet. Dieses gewährt Bürgern und Journalisten ein Auskunftsrecht zu Informationen der Verwaltungen. Mit der Reform der Pressehilfe wurde der Medienpluralismus insoweit gestärkt, dass jetzt auch Online-Medien finanziell vom Staat unterstützt werden. Die DP wird auch in Zukunft die Unabhängigkeit und Vielfalt der Presse garantieren.

Die DP wird in Zukunft die Digitalisierung nutzen, um die Wirtschaft breiter aufzustellen. Dank steigender Produktivität werden wir das Wachstum qualitativer ausrichten. Die Tatsache, dass Google Luxemburg als Standort für ein Datenzentrum in Betracht zieht, zeigt, dass die Bemühungen der DP-geführten Regierung unser Land zu einem digitalen Hub weiterzuentwickeln, Früchte tragen. Die DP wird den ICT-Standort Luxemburg weiter auszubauen.

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass auch die Arbeitswelt vom digitalen Wandel profitiert. Wir werden neue flexiblere Arbeitsmodelle fördern, die erst durch die Digitalisierung möglich werden. In Luxemburg sollen mehr Arbeitsplätze durch die Digitalisierung und Robotisierung entstehen, als alte wegfallen. Eine Offensive in der Weiterbildung soll zudem die Arbeitnehmer bestmöglich auf die Arbeit der Zukunft vorbereiten.

Digitalisierung

Koordinationsstelle für Digitalisierung im Staatsministerium schaffen

Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das sowohl die Gesellschaft, die Verwaltungen und die Wirtschaft unmittelbar betrifft. Um die Chancen der Digitalisierung optimal zu nutzen und die Herausforderungen der Digitalisierung gezielt anzugehen, ist eine zentrale, ministerielle Koordinationsstelle nötig. Die DP wird daher die Koordination für Digitalisierung im Staatsministerium ansiedeln.

Strengen Datenschutz gewährleisten

In einer fortwährend informationsgetriebenen Wirtschaft ist es unerlässlich, den Datenschutz von Privatinformationen zu gewährleisten. Ohne sich neuen Geschäftsmodellen, besonders im digitalen Bereich, zu verschließen und unter Berücksichtigung der europäischen und internationalen Normen im Bereich Transparenz, Steuergerechtigkeit und Geldwäsche, dürfen diese Entwicklungen jedoch nicht auf Kosten der Privatsphäre des Einzelnen stattfinden. Die DP wird die neue europäische Datenschutzregelung in allen Belangen umsetzen und Verstöße gegen geltendes Recht konsequent bestrafen.

Digitale Verwaltung umsetzen

s. Kapitel Staat und öffentlicher Dienst: modern und effizient

„Digital Learning Centers“ schaffen und einen Bildungsscheck in der Erwachsenenbildung einführen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

„Coding“ - Die Sprache der Zukunft lernen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Spezialisierte Lehrkräfte für „Compétences Numériques“ (I-CM) einstellen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Digitales Lernangebot für den Sprachenunterricht entwickeln

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Digitale Übungsplattform für Schüler aufbauen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Medienkompetenz der Schüler stärken

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Ein Tablet für jeden Schüler einführen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Informatik-Sektion ausbauen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

„Digital Learning Hub“ – ein digitales Kompetenzzentrum für Luxemburg schaffen

In Luxemburg gibt es nicht genügend spezialisierte Arbeitskräfte, die den Anforderungsprofilen im ICT-Sektor gerecht werden. Um dieses Problem zu beheben, wird die DP den „Digital Learning Hub“, also ein digitales Kompetenzzentrum für Luxemburg gründen. Dessen Aufgabe wird vor allem darin bestehen, die notwendigen Inhalte für digitale Ausbildungs- und Weiterbildungskurse auszuarbeiten, (Hoch-)Schulen und sonstige Institute zu beraten und Lehrkräfte weiterzubilden.

Qualitatives Wachstum durch digitale Wirtschaft sichern

Die Digitalisierung ermöglicht unseren Betrieben Produktivitätsgewinne, die wir benötigen, um unser Ziel eines qualitativen Wachstums zu erreichen. Die DP wird deshalb den Einsatz von Zukunftstechnologien nicht unnötig durch bürokratische oder finanzielle Hürden erschweren, sondern ganz im Gegenteil eine digitalisierungsfreundliche Gesetzgebung schaffen und die Betriebe aktiv bei der digitalen Transformation unterstützen. Damit unsere Wirtschaft Vorreiter des digitalen Wandels werden kann, müssen wir dafür sorgen, dass das nötige Knowhow vorhanden ist. Die DP wird deshalb eine Bedarfsanalyse im Hinblick auf die benötigten Berufsqualifikationen erstellen.

Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen

Die DP wird den ICT-Standort Luxemburg weiter ausbauen. Wir werden die nötigen Infrastrukturen für einen international kompetitiven ICT-Standort weiter verbessern und die Gesetzgebung auf ihre ICT-Freundlichkeit hin überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir werden außerdem weiter in die digitale Archivierung und in die Datenspeicherung investieren.

Startup-Nation Luxemburg ausbauen

Die DP will Luxemburg zunehmend als Startup-Nation positionieren. Wir werden die Gründerkultur in Luxemburg stärken, indem wir die bestehenden Sensibilisierungskampagnen ausbauen und ein bürokratiefreies Jahr für Startups einführen. Behördengänge für Gründer müssen soweit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist. Investitionen in Startups sollen steuerlich begünstigt werden. Die DP will Gründerstipendien einführen, um das Unternehmertum zu fördern.

Schnelleres Internet durch Glasfaserleitungen und 5G-Technologie anbieten

Die DP wird dafür sorgen, dass Luxemburg zu den ersten Ländern gehört, die ein flächendeckendes und schnelles mobiles Internet mit Hilfe der 5G-Technologie anbietet. Außerdem werden wir den Zeitplan für die Verlegung von Glasfaserleitungen deutlich straffen, damit alle Unternehmen und privaten Haushalte, unabhängig von ihrem Standort, über schnelles Internet verfügen.

Luxemburg zum Vorreiter für neue Technologien machen

Die DP wird neue Technologien fördern, indem wir eine technologiefreundliche Gesetzgebung schaffen und Forschungsprojekte in den Bereichen High performance computing, big data, Blockchain, autonomes Fahren und künstlicher Intelligenz staatlich fördern.

„Cyber-Security“ verstärken

Das digitale Zeitalter birgt nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren in Form von Hackerangriffen, die es oft auf persönliche Informationen abgesehen haben. Die DP wird die staatlichen Schutzmechanismen gegen Hackerattacken überprüfen und verstärken. Wir werden zudem die Privatwirtschaft dabei unterstützen, firmeneigene Informationen und Kundendaten wirksam zu schützen.

Bargeldlose Zahlungsmethoden fördern

Die DP wird bargeldlose Zahlungsmethoden vereinfachen und fördern, ohne allerdings das Bargeld abschaffen zu wollen. Wir werden weiter in die sogenannten Fintech investieren. Wir werden einen regulativen Kader für Kryptowährungen schaffen und stehen der Blockchain-Technologie prinzipiell positiv gegenüber. Rechnungen, die von öffentlichen Verwaltungen ausgestellt werden, sollen in Zukunft auch über alternative Zahlungsmethoden (z.B. Digicash) bezahlt werden können.

Einen digitalen Binnenmarkt für Europa schaffen

Die DP wird sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, endlich einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Ähnlich wie bei Produkten und Leistungen sollen nationale Regulierungen, die digitale Grenzüberschreitungen behindern, abgeschafft werden. Die DP fordert zum Beispiel das Kompletterbot des Geoblockings. Wir wollen nicht weiter akzeptieren, dass luxemburgische Nutzer beispielsweise von Streamingdiensten ausgeschlossen sind, die in unseren Nachbarländern zu beziehen sind.

Intelligente, digitalisierte Verkehrsleitsysteme einführen

s. Kapitel Mobilität: moderne Verkehrsinfrastrukturen für heute und morgen

Gesetzlichen Rahmen für autonomes Fahren schaffen

s. Kapitel Mobilität: moderne Verkehrsinfrastrukturen für heute und morgen

Unsere Ortschaften zu „Smart Cities“ entwickeln

Eine „Smart City“ macht sich digitale Technologien zunutze, um eine Stadt oder Ortschaft effizienter, fortschrittlicher, umweltfreundlicher aber auch sozial inklusiver zu gestalten. Die DP wird die Gemeinden gezielt dabei unterstützen, um alle Aspekte in ihren Ortschaften mit Hilfe der Digitalisierung bürgerfreundlicher zu gestalten. Wir werden hierfür finanzielle Anreize schaffen und innovative Projekte mitfinanzieren.

Netzneutralität sicherstellen

Netzneutralität bedeutet die Gleichbehandlung von Daten bei der Übertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang bei der Nutzung von Datennetzen. Diese wird insbesondere von Netzbetreibern weltweit immer wieder in Frage gestellt. Die DP wird am Prinzip der Netzneutralität festhalten, da wir den gleichberechtigten Internetzugang als Grundrecht für jeden Bürger ansehen.

eSanté im Interesse der Patienten nutzen

Die Digitalisierung birgt viele Chancen für den Gesundheitssektor, die es im Sinne des Patienten zu nutzen gilt. Die DP wird ein zentrales und einheitliches Informatik- und Informationssystem für Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken, Labore und Gesundheitskassen einführen, das jedoch den Datenschutz von persönlichen Patienteninformationen gewährleisten muss. Dieses System ist kostensparend, transparent und kann im Notfall Leben retten. Wir werden zudem eine digitale Gesundheitskarte einführen, die nicht nur wichtige Informationen für den Patienten speichert, sondern auch ein vereinfachtes Bezahlungssystem für Arztrechnungen ermöglicht. Schließlich wird die DP eine flächendeckende Anwendung der Telemedizin ermöglichen, um durch den Einsatz des „Skype-Doktors“, eine effizientere Versorgung von Patienten, vor allem in ländlichen Gegenden, zu gewährleisten.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft zu Nutzen machen

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Justiz digitalisieren

s. Kapitel Verfassung, Justiz und Sicherheit: Friedliches gesellschaftliches Miteinander fördern

Digitalisierung zur Kulturvermittlung nutzen

s. Kapitel Kulturpolitik: Gezielte Förderung der Künstler und kulturelle Teilhabe für alle

Medien und Medienstandort

Unabhängigkeit und Vielfalt der Presse garantieren

Die Unabhängigkeit und Vielfalt der Presse ist für die DP von hoher Bedeutung. Gerade in Zeiten in denen soziale Medien weltweit gezielt genutzt werden, um „fake news“ zu verbreiten, ist Qualitätsjournalismus umso bedeutender. Die DP wird daher auch in Zukunft die Vielfalt und Unabhängigkeit der luxemburgischen Presse garantieren. Die DP hat in der letzten Legislaturperiode den Zugang der Presse zu staatlichen Informationen verbessert. Wir werden innerhalb der nächsten 12 Monate diese neuen Regelungen auf ihre Auswirkungen in der alltäglichen Pressearbeit überprüfen.

Filmstandort Luxemburg absichern

Luxemburg hat es geschafft, sich international einen Namen als Standort für Film- und Fernsehproduktionen zu machen. Daneben ist die audiovisuelle Produktion inzwischen ein

wichtiger Bereich der luxemburgischen Kreativwirtschaft. Es ist deshalb notwendig, den Standort auch in Zukunft abzusichern und den neuen Entwicklungen anzupassen. Besonders im Zuge der Digitalisierung erlebt der audiovisuelle Bereich große Veränderungen. „*Virtual reality, augmented reality*“ und „*crossmedia*“, sind nur einige Neuerungen in der internationalen Medienlandschaft, denen es Rechnung zu tragen heißt. Die DP wird deshalb die bestehenden Förderungsmechanismen genau überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Luxemburg konnte in den letzten fünf Jahren eine wesentliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erleben. Waren vor Antritt der DP-geführten Regierung noch 17.943 Menschen auf der Suche nach Arbeit, sind es am Ende dieser Legislaturperiode nur noch 14.482 (Stand Juni 2018). Die Arbeitslosigkeit ist demnach von 7,1% auf 5,5% zurückgegangen. Auch bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat Luxemburg große Erfolge vorzuweisen und ist mittlerweile Klassenbester unter allen OECD-Ländern. Vor allem die Umsetzung der europäischen Jugendgarantie und des „Jobpakts“ gemeinsam mit den Betrieben ist ein großer Erfolg. Wir wollen diese positive Entwicklung durch eine stimulierende Arbeitsmarktpolitik weiter fördern.

Die DP ist sich der Tatsache bewusst, dass viele Menschen heute eine neue Vorstellung von Arbeit und Leben haben. Der Wunsch nach Flexibilität und Auszeiten passen nicht mehr zur Rigidität des klassischen 9 to 5, d.h. einer täglichen Arbeitszeit von 9 Uhr morgens bis 17 Uhr abends. Die DP sieht die dringendste Herausforderung für den luxemburgischen Arbeitsmarkt darin, die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Freizeit zu verbessern. Aber auch die Unternehmen benötigen mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitorganisation, um sich dem wirtschaftlichen Umfeld anzupassen.

Die Flexibilisierung und finanziell bessere Ausstattung des Elternurlaubs führte bereits dazu, dass 70% mehr Eltern den neuen Elternurlaub in Anspruch nehmen. Dabei ist insbesondere der Anteil an Vätern, die den neuen Elternurlaub beziehen, sprunghaft gestiegen. Weitere Verbesserungen betreffen die außergewöhnlichen Urlaubstage: Der Vaterschaftsurlaub wurde bei der Geburt eines Kindes von 2 auf 10 Tage erhöht, der postnatale Mutterschaftsurlaub wurde generell von 8 auf 12 Wochen verlängert und der Urlaub für Eltern von kranken Kindern wurde flexibler gestaltet. Für die DP waren dies erste wichtige Schritte, um Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern zu erlauben.

Wir werden das Arbeitsrecht so modernisieren, dass es den heutigen Vorstellungen und der Lebensrealität der berufstätigen Menschen entspricht und auch den Unternehmen mehr Freiraum gibt. Wir wollen diese Entscheidungen im Schulterschluss von Politik, Arbeitgebern und Arbeitnehmern treffen. Wir werden bereits heute die Arbeitswelt von morgen vorbereiten und dafür Sorge tragen, dass sowohl die Unternehmen als auch die Menschen Gewinner der digitalen Arbeitswelt sind.

Bestehendes Arbeitsrecht auf negative Auswirkungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber überprüfen

Im Laufe der Jahre sind eine Reihe arbeitsrechtlicher Instrumente geschaffen worden, die vor allem darauf abzielten, die Arbeitnehmer und ihre sozialen Rechte zu schützen. Teilweise haben diese Instrumente allerdings nicht den gewünschten Zweck erfüllt, blieben wirkungslos oder waren nicht im Interesse der Beschäftigten, wie beispielsweise das PAN-Gesetz über die Arbeitszeitorganisation. Für die DP bedarf es mehr Flexibilität für innerbetriebliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die DP wird das gesamte Arbeitsrecht auf seine Zielorientiertheit überprüfen und wenn nötig überarbeiten.

Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten

Die DP wird es den Menschen ermöglichen, ihre Arbeit so zu organisieren, dass sie mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Wir streben eine familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitszeit an, indem wir die aktuellen, starren Regelungen auflösen und eine

Jahresarbeitszeit einführen (z.B. 1.800 Stunden). Dabei soll die aktuelle Regelung der Höchstarbeitszeit pro Tag (10 Stunden) und Woche (48 Stunden) nicht angetastet werden. Die entsprechenden Zuschläge für Sonntags- und Feiertagsarbeit gelten selbstverständlich weiterhin. Auch die digitale Verfügbarkeit von Arbeitnehmern muss für die DP klare Grenzen haben. Eine flexiblere Regelung der Arbeitszeit soll zudem den Unternehmen erlauben, sich besser an ein sich permanent wandelndes wirtschaftliches Umfeld anzupassen und zu einer Produktivitätssteigerung beitragen. Wir werden in diesem Sinne eine Reform der aktuellen europäischen Arbeitszeitrichtlinie anstreben.

Arbeitszeiten sollen in Zukunft individuell zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehandelt werden können, ohne unnötig von einem zu unflexiblen Arbeitsrecht eingeengt zu werden. Wir wollen dabei keineswegs die traditionelle 40-Stunden-Woche abschaffen, sondern denjenigen Menschen mehr Flexibilität ermöglichen, die nicht an einem 9-bis-17-Uhr-Job interessiert sind. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die keine zusätzliche Flexibilität wünschen, sollen sich weiter auf die bestehende Regelung berufen können.

Vor allem junge Familien, die sich in der *Rush Hour des Lebens* befinden, werden die großen Gewinner unserer Flexibilisierungsinitiative sein. Viele Eltern würden ihre Arbeitszeit gerne so einteilen, dass sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Aber auch die Arbeitgeber werden von dieser Regelung profitieren, da sie ihre Arbeitskräfte effizienter und genau dann einsetzen können, wenn sie am meisten gebraucht werden. Die von uns angestrebte Flexibilisierung der Arbeitszeit soll mit der generellen Einführung der Arbeitszeitkonten und der stärkeren Nutzung von Home-Office kombiniert werden.

Arbeitszeitkonten generell einführen

Nach der Einführung des Arbeitszeitkontos für Staatsbeamten und einer Testphase in Teilen der Privatwirtschaft, wird die DP dieses Instrument für jeden Arbeitnehmer per Gesetz zugänglich machen. Die Arbeitnehmer sollen Überstunden und Resturlaub auf ein persönliches Arbeitszeitkonto übertragen können. Die in arbeitsintensiven Zeiten angesparten Stunden können beispielsweise für Familienzeit, eine längere Urlaubsreise, eine Sabbatauszeit oder eine Weiterbildung genutzt werden. Die genauen Modalitäten der Arbeitskonten sollen mit den Sozialpartnern diskutiert werden im Sinne einer ausgewogenen Entscheidung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Im Zusammenspiel mit der von der DP geplanten Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird die Einführung von Arbeitszeitkonten dem Arbeitnehmer erheblich mehr Freiheit bei der Arbeits- und Freizeiteinteilung verschaffen.

Stärkere Inanspruchnahme von „Télétravail“ fördern

Im Zuge der Digitalisierung wird die Arbeit im „Télétravail“ für viele Beschäftigte und Unternehmen zunehmend eine Alternative. Die DP will gelegentliches oder regelmäßiges Arbeiten von zuhause stärker fördern, falls die betrieblichen Möglichkeiten dies erlauben. Daher werden wir einen rechtlichen Rahmen schaffen, um die Bedingungen für „Télétravail“ klar zu regeln und mehr Rechtssicherheit in diesem Bereich zu schaffen. Die DP ist der Meinung, dass der Staat im Bereich des „Télétravail“ mit gutem Beispiel vorangehen soll und wird die Inanspruchnahme von „Télétravail“ im öffentlichen Dienst unterstützen.

Dezentrale Arbeitsplätze schaffen und „Télétravail“ in der Großregion fördern

Gerade Grenzgänger legen oft tagtäglich große Strecken zurück, um zu ihrem Arbeitsplatz in Luxemburg zu gelangen. Die DP ist der Ansicht, dass es steuerrechtlich keinen Unterschied machen darf, ob der Arbeitnehmer an seinem Arbeitssitz in Luxemburg arbeitet oder im

„Télétravail“ in der Grenzregion. Die DP wird daher Abkommen mit den Nachbarländern verhandeln, die sicherstellen, dass keine steuerlichen Nachteile für Grenzgänger im Fall von „Télétravail“ entstehen. Um verstärkt die Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen und nicht umgekehrt, wird die DP zudem die Wirtschaftszonen in Grenznähe ausbauen und Unternehmen dazu ermutigen, Filialen außerhalb von Luxemburg-Stadt zu errichten. Dies erlaubt es insbesondere Grenzgängern Fahrzeit einzusparen. Darüber hinaus wird die DP Open-Office-Strukturen in der Grenzregion errichten, in denen Unternehmen Räumlichkeiten miteinander teilen können.

„Congé parental PLUS“ einführen

s. Kapitel Familienpolitik: Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Am Indexsystem festhalten

Um sicherzustellen, dass die Gehälter regelmäßig an die Inflation angepasst werden, sorgt das luxemburgische Indexsystem für einen automatischen Ausgleich der Teuerungsrate. Die DP wird am aktuellen Indexsystem festhalten.

Überstunden von Sozialbeiträgen befreien

Momentan müssen Arbeitnehmer für geleistete Arbeitsstunden Beiträge für die Gesundheitskasse und die Pflegeversicherung entrichten. Die DP wird für Überstunden eine komplette Befreiung von Sozialbeiträgen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst einführen und so den Menschen mehr Netto vom Brutto zukommen lassen. Zudem wird die DP die Steuerbefreiung von Überstunden, wie sie in der Privatwirtschaft gilt, auch im öffentlichen Dienst einführen.

Mindestlohnempfänger gezielt unterstützen ohne Arbeitsplätze zu gefährden

Die DP steht zu der vorgesehenen gesetzlichen Anpassung des Mindestlohns. Darüberhinaus sollten die Auswirkungen jeder Mindestloohnerhöhung auf die Wirtschaft und die Arbeitslosenquote überprüft werden. Die DP wird auch in Zukunft verstärkt auf Leistungen zugunsten der Niedrigverdiener setzen, die nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe gehen, wie beispielsweise die Mietsubvention oder die gratis Kinderbetreuung.

Qualität der beruflichen Weiterbildung sicherstellen

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Weiterbildungsoffensive für schwer vermittelbare Arbeitslose starten

Die DP wird eine Weiterbildungsoffensive für schwer vermittelbare Arbeitslose starten. Innerhalb von nur einem Monat nach Meldung einer Arbeitslosigkeit muss die ADEM dem Arbeitslosen einen Weiterbildungsplan vorlegen. Wir wollen außerdem den Arbeitssuchenden selbst noch mehr in die Pflicht nehmen und die nötige Eigeninitiative einfordern. Wir werden auch die Zumutbarkeitsgrenzen neu definieren um zu verhindern, dass ein Arbeitssuchender ihm angebotene Stellen willkürlich ablehnt. Bei missbräuchlichem Verhalten wollen wir, dass die vorgesehenen finanziellen Strafen konsequent angewendet werden.

Perspektiven für motivierte Arbeitssuchende schaffen

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass Arbeitssuchende, die Aktivitäten zur Integration ins Berufsleben (AIP) während 5 Jahren beim Staat oder bei Gemeinden vorweisen können einen unbefristeten Arbeitsvertrag bei diesen erhalten.

Arbeitslosengeld für Arbeitnehmer öffnen, die gekündigt haben

Im Moment können lediglich die Arbeitnehmer vom Arbeitslosengeld profitieren, die von ihrem Arbeitgeber entlassen worden sind. Die DP ist der Meinung, dass Beschäftigte nicht bestraft werden sollten, wenn sie sich in ihrem Beruf nicht mehr wohl fühlen und aus freien Stücken kündigen. Wir werden deshalb das Arbeitslosengeld für diese Personen zugänglich machen. Um Missbräuchen vorzubeugen, darf jeder Arbeitnehmer einmal in seiner beruflichen Laufbahn von diesem neuen Recht Gebrauch machen. Außerdem wird das Arbeitslosengeld einer Person wieder entzogen, falls diese nicht die nötigen Anstrengungen unternimmt, um eine neue Arbeitsstelle zu finden.

Ladenöffnungszeiten liberalisieren

s. Kapitel Wirtschaftspolitik: Standort stärken und Mittelstand fördern

Klare Regeln für die Sozial- und Solidarwirtschaft ausarbeiten

Die DP wird für die vielen gemeinnützigen Initiativen in der Sozial- und Solidarwirtschaft klare Regeln in Zusammenarbeit mit dem gesamten Sektor ausarbeiten. Die zuständige Verwaltung innerhalb des Arbeitsministeriums wird alle benötigten Kompetenzen sowie zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen erhalten. Die DP wird auch die 2016 geschaffene Gesellschaftsform des Sozialunternehmens weiter fördern, indem wir die nötige Aufklärungsarbeit über ihre Vorteile bei allen betroffenen Akteuren intensivieren. Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die Sozialunternehmen nicht in unlautere Konkurrenz zu mittelständischen privatwirtschaftlichen Betrieben treten.

Sozialdumping konsequent bekämpfen

Die Opfer von sozialem Dumping, der auch in Luxemburg vor allem im Bau-, Putz- und Logistiksektor aufkommt, sind sowohl die betroffenen Arbeiter als auch die luxemburgischen Betriebe, die sich an das geltende Arbeitsrecht und Kollektivverträge halten. Die DP wird die soziale Ausbeutung in Luxemburg konsequent bekämpfen, indem wir die Kontrollen durch die „*Inspection du travail et des mines*“ (ITM) verstärken. Hierfür werden wir das Personal der ITM massiv aufstocken und die Zusammenarbeit zwischen ITM, Zoll, Polizei, Staatsanwaltschaft und weiteren involvierten Behörden intensivieren. Die DP wird auch die vorgesehenen Strafen für Verstöße gegen das Arbeitsrecht drastisch erhöhen. Beamte der ITM sollen für kleinere Vergehen Strafzettel selbst erstellen und die Strafe selbst einkassieren können. Auch das Phänomen der Scheinselbstständigkeit ist in Luxemburg nicht unbekannt. Die DP wird die Form der Arbeitsverhältnisse und ihre Konformität mit dem Arbeitsrecht strenger kontrollieren und Missbräuche konsequent bestrafen.

Europäische Entsenderichtlinie reformieren

Die DP begrüßt die Bemühungen der EU, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer zu stärken, die von ihrem Arbeitgeber zeitweise in ein anderes Land entsendet werden. Gleichzeitig dürfen zu starre Regeln und administrative Hürden die Tätigkeit von einzelnen Betrieben, die sich regelkonform verhalten, nicht erschweren. Die DP wird deshalb z.B. dafür sorgen, dass Busfahrer, die jeden Tag Ländergrenzen überfahren, dafür nicht jedes Mal ein Formular ausfüllen müssen.

Teilzeitkrankschreibung einführen

Menschen, die lange krank sind, möchten oft so normal wie möglich leben und haben den Wunsch am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu gehört auch der Arbeitsplatz. Oft möchten Kranke arbeiten, können es aber nicht, weil ihre Krankheit es ihnen nicht erlaubt, Vollzeit einsatzbar zu sein. Wir wollen deshalb die Möglichkeit der Teilzeitkrankschreibung einführen, die es zum Beispiel Langzeitkranken ermöglicht trotz

ihrer Krankheit Teilzeit zu arbeiten. Um Missbräuchen vorzubeugen, muss eine Teilzeitkrankschreibung gut begründet sein und von einem Arbeitsarzt bestätigt werden.

Sozialdialog in den Betrieben stärken

Der Sozialdialog gehört zum Erfolgsmodell Luxemburg. Die DP wird die Tradition des Sozialdialogs fortführen. Die DP wird die Verhandlungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene stärken und im Gegenzug allzu starre Arbeitsrechtsregeln prüfen.

Gesunde Staatsfinanzen: das Fundament des Erfolgsmodells Luxemburg

Die DP hat ihr Versprechen der Haushaltssanierung umgesetzt, ruht sich aber nicht auf ihren Lorbeeren aus. Die DP-geführte Regierung hat die Staatsfinanzen nach Amtsantritt Schritt für Schritt saniert. Dank einer verantwortungsvollen und konsequenten Haushaltspolitik konnten die öffentlichen Finanzen wieder solide aufgestellt werden.

Das Defizit im Zentralstaat lag 2012 bei über einer Milliarde Euro, und sollte laut den Planungen der vorherigen CSV/LSAP-Regierung auch die folgenden Jahre im gleichen Bereich verbleiben. Die DP-geführte Regierung konnte dieses Defizit konsequent zurückfahren, und dies trotz des Wegfalls der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf dem elektronischen Handel. Im Gesamtstaat konnte ein Defizit von über 350 Millionen im Jahr 2012 somit in einen Überschuss von über 850 Millionen im Jahr 2017 verwandelt werden.

Die Staatsverschuldung ist im Verhältnis zum Bruttoinhaltsprodukt von 23,7% im Jahr 2013 auf unter 23% im Jahr 2018 gesunken. Die Schuldenspirale ist damit gebrochen, und dies ohne auf zukunftsweisende Politik zu verzichten. In der laufenden Legislaturperiode wurden Rekordinvestitionen in Höhe von über 10 Milliarden Euro getätigt, um schnellstmöglich den von der Vorgängerregierung hinterlassenen Investitionsrückstand aufzuholen und das Land auf die Zukunft vorzubereiten.

Der Staat wurde in der laufenden Legislaturperiode effizienter und handlungsfähiger. Die DP steht auch in Zukunft für eine disziplinierte, sozial gerechte und zukunftsorientierte Haushaltspolitik.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik fortführen

Luxemburgs Schuldenstand lag mit weniger als 23% des BIPs im Jahr 2018 nicht nur ununterbrochen unter der 60-Prozent-Marke der Maastricht-Kriterien, sondern auch deutlich unter dem selbst gesteckten Ziel von 30% des BIPs. Die DP hält an diesem ehrgeizigen Ziel fest. Zudem stehen wir nach wie vor zu einem nachhaltigen Schuldenabbau, so wie er in der aktuellen Finanzplanung („*Plan de Stabilité et de Croissance*“) für die nächsten Jahre vorgesehen ist. Ebenso steht die DP weiterhin für eine strikte Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels („*objectif à moyen terme*“) ein. Bezeichnend ist, dass dieses für das Jahr 2018 bei -0,5% liegt, während Luxemburg einen soliden strukturellen Überschuss von +1,2% ausweisen kann, und somit über beachtlichen Spielraum verfügt.

Ein ambitioniertes Investitionsprogramm für Luxemburg umsetzen

Haushaltspolitik ist Zukunftsverantwortung. Die DP wird im Sinne einer generationsübergreifenden Solidarität das Land für die kommenden Generationen vorbereiten und eine hohe Lebensqualität für die jetzigen und kommenden Generationen sichern. In der Vergangenheit wurden öffentliche Investitionen oft stiefmütterlich vor sich hergeschoben. Die DP wird in den nächsten Jahren dafür Sorge tragen, dass der Investitionsbedarf des Landes gedeckt wird. Wir werden deshalb die Versäumnisse vergangener Tage schnellstens aufarbeiten und vorausschauend in Zukunftsprojekte investieren. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Bereichen Verkehrsinfrastrukturen, Bildung & Forschung, Digitalisierung, Wohnungsbau sowie dem Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen (Mobilität, Krankenhäuser, Kläranlagen).

Jährliche Dotation in den Zukunftsfonds erhöhen

2014 wurde der „*Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg*“ von der DP-geführten Regierung angelegt und jährlich mit mindestens 50 Millionen Euro gespeist. Der sogenannte Zukunftsfonds dient als Spargbüchse für die kommenden Generationen. Um das Anliegen der Zukunftsverantwortung nochmals zu bestärken, wird die DP den jährlichen Beitrag für den Zukunftsfonds erhöhen und diesen bei guter Haushaltslage zusätzlich nach oben anpassen.

Öffentlich-Private Partnerschaften fördern

Die DP wird bei kostenaufwändigen Projekten die Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP) fördern. Diese erlauben dem Steuerzahler von der Effizienz, der Schnelligkeit und der Flexibilität privatwirtschaftlicher Unternehmen zu profitieren und entlasten gleichzeitig das Staatsbudget. Besonders im Wohnungsbau und im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen können solche Partnerschaften für neue Impulse sorgen. Die DP wird zudem dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für solche Partnerschaften mittelstandsfreundlich und transparent gestaltet werden.

AAA-Bonität sichern

Die regelmäßige Bestätigung der „*Triple A*“-Bonität ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis gut fundierter politischer Entscheidungen. Die hohe Kreditwürdigkeit ist ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen Attraktivität des Landes und somit Garant für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Die DP wird alles daransetzen, um auch in Zukunft die AAA-Bonität für Luxemburg zu sichern.

Die nationale Haushaltsmethode an das europäische Berechnungssystem (SEC) anpassen

Im Augenblick bestehen zwei unterschiedliche Berechnungsmethoden des Haushalts: Die nationale Budgetmethode, gemäß dem Haushaltsgesetz von 1999 und das europäische Berechnungssystem (SEC-2010). Beide haben ihre Daseinsberechtigung, unterliegen jedoch unterschiedlichen Herangehensweisen. Auf Basis des begonnenen Austauschs mit dem Parlament, wird die DP der anhaltenden Verwirrung ein Ende setzen und die Arbeiten um beide Berechnungsmethoden zusammenzuführen, vertiefen und abschließen.

Wirtschaftspolitik: Standort stärken und Mittelstand fördern

Das Wirtschaftswachstum Luxemburgs hat nach Jahren der Krise in der laufenden Legislaturperiode wieder Fahrt aufgenommen, im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum laut aktuellen Zahlen 3,8% betragen. Dies spiegelt sich auch in der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosigkeit ist von 7,1% im Jahr 2013 auf 5,5% (Stand Juni 2018) zurückgegangen.

Die DP ist sich der Bedeutung eines starken wirtschaftlichen Europas für den Erfolg hierzulande bewusst und wird sich daher auf europäischer Ebene weiterhin für ein konkurrenzfähiges Europa einsetzen. Die DP steht für eine aktive und ganzheitliche Standort- und Wirtschaftspolitik. Neben guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft umfasst dies auch eine hohe Lebensqualität für die Bürger unseres Landes. Die DP ist der Überzeugung, dass Luxemburg eine starke Wirtschaft als Garant für ein umfangreiches Sozialsystem braucht. Es können nämlich nur die Reichtümer verteilt werden, die zuvor auch erwirtschaftet worden sind. Die DP sorgt dafür, dass die Bürger an den Wohlstandsgewinnen des Landes beteiligt werden. Seit 2013 konnte die Wirtschaft erneut ein solides Wachstum. Dieses Plus beruht zum einen auf einer guten internationalen Konjunktur, aber auch auf einer konsequenten Wirtschafts- und Standortpolitik. Die DP-geführte Regierung hat in der laufenden Legislaturperiode zu der Weiterentwicklung von zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen beigetragen, dies sind beispielsweise Logistik, nachhaltige Finanzen, Digitalindustrie, Fintech sowie Spacemining.

Die DP setzt sich für ein langfristiges und nachhaltiges Wirtschaftsmodell ein. Die DP denkt daher das Erfolgsmodell Luxemburg weiter. Der Finanzplatz, der 27% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, ist mit seiner hohen Innovationskraft ein Paradebeispiel für qualitatives Wachstum. In sämtlichen Wirtschaftsbranchen gilt es, die Innovationskraft und somit die Produktivität zu stärken. Die DP wird die Zukunftsstrategie für unser Land weiterentwickeln, die über rein wirtschaftliche Fragen hinausgeht. Der digitale Wandel und die klimaschutzbedingte Umstellung auf erneuerbare Ressourcen werden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach sich ziehen. Die Digitalisierung und Automatisierung eröffnen allerdings auch die Möglichkeit, um einen hohen wirtschaftlichen Mehrwert zu schaffen, der weniger auf dem quantitativen Zuwachs an Arbeitskräften beruht. Um sich auf neue Herausforderungen einzustellen und die Entwicklung Luxemburgs aktiv zu gestalten, hat die DP-geführte Regierung den Rifkin-Prozess initiiert. Die DP möchte im Rahmen dieses Prozesses besonders kleine und mittlere Unternehmen aktiv begleiten und fördern.

Für die DP ist der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft, der nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern auch fest in unserem Land verwurzelt ist. Deshalb misst die DP auch in Zukunft der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen eine besondere Aufmerksamkeit bei.

Wirtschaftspolitik

Aktive Standortpolitik und wirtschaftliche Diversifikation konsequent fortführen

Der Finanzplatz erwirtschaftet über ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes unseres Landes. Die DP wird die Diversifikation innerhalb der Finanzwirtschaft ausbauen, beispielsweise durch die gezielte Ansiedlung von Fintech-Unternehmen. Zudem muss die Diversifikation unserer Gesamtwirtschaft konsequent weitergeführt werden.

Die DP setzt auf die Entwicklung von Wirtschaftszweigen mit hohem Mehrwert und großer Innovationskraft. In diesem Bereich wird die DP gezielt Unternehmen nach Luxemburg anziehen. In der vergangenen Legislaturperiode zeigte dies beispielsweise in der Digitalwirtschaft erste Früchte. Diese Bemühungen gilt es fortzuführen und Luxemburg als Wissensstandort weiterzuentwickeln. Grüne Technologien sowie die Digital- und Kreativwirtschaft, beispielsweise im Bereich der Cyber-Sicherheit, wird die DP gezielt fördern.

Sozialdialog in den Betrieben stärken

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Dezentrale Arbeitsplätze schaffen

Die DP will die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen, anstatt umgekehrt. Die DP wird die Wirtschaftszonen in Grenznähe ausbauen, um Unternehmen zu ermutigen Filialen außerhalb von Luxemburg-Stadt zu errichten. Dies erlaubt es insbesondere Grenzgängern Fahrwege zur Arbeit einzusparen. Darüber hinaus wird die DP „*Open-Office*“-Strukturen in der Grenzregion errichten, die es Unternehmen erlaubt, Räumlichkeiten miteinander zu teilen.

„Zones franches“ jenseits der Grenze errichten

Für die DP ist die Großregion kein abstraktes Konzept, sondern lebendige Realität. Auch auf wirtschaftlicher Ebene soll die Kooperation mit unseren Nachbarn weiterentwickelt werden. Die DP wird sich deshalb für „*zones franches*“ im benachbarten Grenzgebiet einsetzen. Im französischen Grenzgebiet könnte beispielsweise eine Ansiedlung von französischen Forschungsinstituten Synergien mit dem Forschungsstandort Esch-Belval schaffen. Denkbar ist auch, dass luxemburgische Unternehmen Teile ihrer Aktivitäten in diese Zonen verlagern könnten. Hierfür muss ein legaler Status ausgehandelt werden. Erste Gespräche in diesem Sinne wurden bereits mit den französischen Nachbarn geführt. Ein solches Vorhaben wäre eine Win-Win-Situation sowohl für Luxemburg als auch für Frankreich. Luxemburgische Unternehmen könnten so auf weiteres Bauland zurückgreifen, während das französische Grenzgebiet einen Wirtschaftsaufschwung erleben könnte. Die DP möchte, dass der FEDER (*Fonds européen de développement rural*) dieses grenzüberschreitende Projekt mitfinanziert.

Forschung und Innovation als Standortfaktor betrachten

Luxemburg braucht eine gezielte Unterstützung der Forschung durch die öffentliche Hand. Die DP wird die öffentliche Forschung stärker mit den Zielen der Diversifikationspolitik unseres Landes in Einklang bringen. Die Reform des Gesetzes bezüglich der Innovationshilfen hat den Zugang für kleinere und mittelgroße Unternehmen zu diesen Beihilfen deutlich vereinfacht. Die DP wird den Gebrauch dieser Fördermittel durch kleine und mittlere Unternehmen bewerten und gegebenenfalls anpassen.

Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Verfahren für Arbeitsgenehmigungen und Visas beschleunigen

In einigen hochspezifischen Bereichen fehlt es Luxemburg und der Großregion an Fachkräften. Die DP will daher, dass die nötigen Arbeitsgenehmigungen und Aufenthaltsgenehmigungen schneller ausgestellt werden. Befristete Genehmigungen sollen diesen Prozess erheblich beschleunigen. Würden die gesetzlichen Bestimmungen jedoch nicht erfüllt und die erforderlichen Dokumente nicht fristgerecht eingereicht, würde dies strenge Sanktionen nach sich ziehen.

Konsequenzen Bürokratieabbau vorantreiben

Das in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedete Omnibus-Gesetz hat zu einem Bürokratieabbau beigetragen. Dies reicht allerdings nicht. Genehmigungsprozeduren für den Bau von gewerblichen Infrastrukturen sind immer noch zu schwerfällig und schleppend. Die DP wird die Prozeduren auf ihre Effizienz und Notwendigkeit hin überprüfen. Ein erweitertes Omnibus-Gesetz wird zu schnelleren Prozeduren führen. Es gilt auch konsequent neue, digitale Instrumente zu nutzen, um den Unternehmen einen gültigen Antrag zur Verfügung zu stellen und die administrativen Wege so zu verkürzen.

Europäische Entsenderichtlinie reformieren

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Modernen Rechtsrahmen für moderne Geschäftsmodelle gewährleisten

Die Politik muss eine Antwort auf neue Geschäftsmodelle geben. So benötigen viele Start-up-Unternehmen, besonders im IT-Bereich, häufig kaum Kapital, um ihr Geschäftsmodell umzusetzen. Daher hat die DP-geführte Regierung die 1-Euro-Gesellschaft („*Sàrl simplifiée*“) eingeführt. Die DP wird zudem für einen klaren Rechtsrahmen für neue Geschäftsmodelle der „*Sharing Economy*“ (beispielsweise Uber, Airbnb) sorgen, um eine unlautere Konkurrenz zu bestehenden Gesellschaften zu verhindern.

Ateliers für Künstler und Akteure der Kreativwirtschaft schaffen

s. Kapitel Kulturpolitik: Gezielte Förderung der Künstler und kulturelle Teilhabe für alle

Branchenspezifische Aktivitätszonen schaffen

Die geographische Nähe von Unternehmen aus einer Wirtschaftsbranche kann Synergien schaffen und die Innovation fördern. Die DP wird deshalb - ähnlich dem Logistik-Hub in Bettemburg - weitere, branchenspezifische Wirtschaftszonen, besonders im Digital- und Kreativbereich, schaffen.

Energieversorgung sicherstellen

Der Energiebedarf wird mit der aufkommenden Elektromobilität und den Automatisierungsprozessen im Lauf der nächsten Jahre weiter steigen. Gleichzeitig gilt es unsere Klimaschutzziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40% bis 2030 zu erreichen. Die DP wird die Energiepolitik so ausrichten, dass die Wirtschaft weiterhin zu wettbewerbsfähigen Preisen Energie beziehen kann und die Versorgungssicherheit garantieren. Die DP wird sich auch für einen Binnenmarkt im Bereich der erneuerbaren Energien einsetzen. Luxemburg soll zudem die Möglichkeit haben in Energieprojekte im europäischen Ausland zu investieren. Im Rahmen der Machbarkeit soll allerdings ein Maximum an erneuerbaren Energien im eigenen Land produziert werden.

Schnelleres Internet durch Glasfaserleitungen und 5G-Technologie anbieten

s. Kapitel Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Wirtschaft von morgen aktiv gestalten

Die DP-geführte Regierung hat sich mit dem Rifkin-Prozess erstmals in der Geschichte des Landes eine umfassende, langfristige Strategie mit einem partizipatorischen Ansatz gegeben, um das Wirtschaftsmodell nachhaltig und qualitätsorientiert weiterzuentwickeln. Die DP wird den daraus resultierenden 9-Punkte-Maßnahmenkatalog konsequent umsetzen. Dazu gehören beispielsweise der Aufbau eines Energie-Internets sowie die Förderung der Elektromobilität und der Kreislaufwirtschaft.

Kreislaufwirtschaft in Gang setzen

Die DP wird eine innovative Kreislaufwirtschaft fördern, damit Produkte und Ressourcen so lange wie möglich genutzt werden. Abfall soll in Zukunft als Ressource betrachtet werden. Die Reparatur, Wiederverwendung und das Up- oder Recycling von Produkten muss für die DP zur Regel werden. Die DP wird daher die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft verbessern. Die DP plant beispielsweise einen superreduzierten Mehrwertsteuersatz für die Reparatur von Gebrauchsgegenständen. Auch das Gesellschaftsmodell des „Prosumers“ gilt es zu fördern, d.h. von Konsumenten, die gleichzeitig auch als Produzent auftreten.

Ladenöffnungszeiten liberalisieren

Das Internet hat 7 Tage die Woche und 24 Stunden am Tag geöffnet. Die DP wird dem Handel mit seinen 50.000 Mitarbeitern die Möglichkeit geben, sich dem veränderten Kaufverhalten der Menschen anzupassen. Jedes Geschäft soll selbst entscheiden können, wann es öffnet und schließt. Damit wird auch die Ungleichbehandlung der Geschäfte, in etwa durch andere Öffnungszeiten für Tankstellen und Einkaufszentren im Grenzgebiet, abgeschafft. Die DP wird eine generelle Liberalisierung der Öffnungszeiten im Handel, im Respekt mit dem geltenden Arbeitsrecht, umsetzen.

Freie Zuliefererwahl für den Handel durchsetzen

Die DP wird sich auf europäischer Ebene für eine freie Zuliefererwahl einsetzen. Viele Produzenten verpflichten den Luxemburger Handel ihre Waren zu erhöhten Preisen über belgische Zwischenhändler zu beziehen. Dies ist gegen das Prinzip eines gut funktionierenden Binnenmarktes. Die DP wird das Thema auf die europäische Agenda setzen, um dem Handel endlich die freie Wahl zu lassen.

Sammelklagen ermöglichen

Verbraucherschutzskandale betreffen oft tausende Menschen, die ihre Rechte in Luxemburg aber bis dato einzeln einklagen müssen. Die DP wird Sammelklagen in bestimmten Fällen ermöglichen, indem wir eine einheitliche europäische Lösung anstreben. Die prozeduralen und juristischen Modalitäten werden wir sowohl mit den Verbraucherverbänden als auch mit der Privatwirtschaft erörtern, um schnellstmöglich eine ausgewogene Lösung im Interesse beider Seiten zu finden.

Finanzplatz weiter stärken

Der Luxemburger Finanzplatz ist nach wie vor das Zugpferd der luxemburgischen Wirtschaft. Mit seinen rund 45.000 Arbeitsplätzen trägt der Finanzplatz 27% zum Bruttoinlandsprodukt bei, und ist somit ein Paradebeispiel für qualitatives Wachstum. Durch die hohe Innovationskraft und das starke Knowhow der Branche spielt Luxemburg in der Championsleague der weltbesten Finanzzentren der Welt. Die DP bekennt sich klar zu einem starken, gut reglementierten Finanzplatz, der international wettbewerbsfähig ist.

Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen

s. Kapitel Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen steuerlich entlasten

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Mittelstand bürokratisch entlasten

Kleine und mittlere Unternehmen verfügen häufig nicht über die nötigen Ressourcen, um sich mit kompliziertem Regelwerk auseinanderzusetzen. Die DP ist der Ansicht, dass sich kleine Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren sollen, anstatt auf das Ausfüllen von Formularen. Deshalb wird die DP den Bürokratieabbau beschleunigen. Bei neuen Gesetzgebungen wird die DP das Prinzip „*think small first*“ anwenden. Die DP wird auch überprüfen, inwiefern bei Prozeduren Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere Unternehmen umsetzbar sind.

Platz für mittelständische Unternehmen schaffen

Gerade kleine und mittlere Betriebe, beispielsweise im Bereich des Handwerks, überlegen es sich zweimal zu expandieren, weil sie nicht über die nötigen Grundstücke verfügen und neue Flächen nicht immer erschwinglich sind. Dies hindert die Unternehmen daran, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Die DP wird dafür Sorge tragen, dass in Aktivitätszonen genügend Flächen für mittelständische Unternehmen vorhanden sind. Die DP wird den sektoriellen Plan „Aktivitätszonen“ schnell umsetzen und genügend Gewerbeflächen in den Aktivitätszonen zur Verfügung stellen. Von solchen Flächen sollen prioritär jene Unternehmen profitieren, die in Ortschaften angesiedelt sind und keine Expansionsmöglichkeiten haben.

Kleine und mittlere Betriebe auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz begleiten

Gerade in kleinen und mittleren Betrieben fehlt oft das Knowhow, um das Potenzial im Bereich der Energieeinsparungen auszuschöpfen. Die DP wird diese daher auf ihrem Weg zu mehr Energieeffizienz unterstützen. Über freiwillige Abkommen und Initiativen wird zudem der Erfahrungsaustausch zur Umsetzung von energieeffizienten Maßnahmen in Unternehmen gefördert. Die DP wird zudem spezifische Aus- und Fortbildungsangebote in diesem Bereich anbieten.

Nationalen Aktionsplan für kleine und mittlere Unternehmen umsetzen

Der von der DP-geführten Regierung und Wirtschaftsvertretern ausgearbeitete vierte Nationale Aktionsplan für kleine und mittlere Unternehmen wird die DP zeitnah und konsequent umsetzen. Zentrale Punkte sind u.a. das Fördern von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, die Bündelung von staatlichen Fördermitteln sowie die weiteren Schritte zur Vereinfachung von administrativen Prozeduren. Die DP wird die Maßnahmen des Aktionsplans umsetzen und ein Monitoring durchführen, um die Umsetzung zu begleiten.

Finanzielle Fördermittel regelmäßig anpassen

Die Förderinstrumente für Betriebe wurden in der laufenden Legislaturperiode modernisiert und an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst. Die DP wird die Auswirkungen dieser Reformen auf die Investitionen genauestens analysieren und falls nötig die Förderung verstärken. Auch private Investitionen in Forschung & Innovation sollen stärker unterstützt werden. Die Förderinstrumente (beispielsweise staatliche Garantien, SNCI-Kredite und europäische Fördermittel) müssen regelmäßig auf ihre Effizienz überprüft und den Bedürfnissen der Unternehmen gegebenenfalls besser angepasst werden.

Neue Märkte für kleine und mittlere Unternehmen erschließen

Auch kleine und mittlere Unternehmen sollen verstärkt unterstützt werden, um ausländische Märkte zu erschließen, beispielsweise über das Einbinden in Wirtschaftsmissionen im Ausland. Die Unternehmen sollen besser über die Geschäftsmöglichkeiten im Ausland informiert werden.

Startup-Unternehmen

Gründerkultur stärken

Die Gründerkultur in Luxemburg hat im internationalen Vergleich noch ein großes Entwicklungspotenzial. Für die DP gehören Mut und Leistung belohnt. Die Geschäftsideen von heute schaffen die Grundlage für Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Die DP will die Gründerkultur in Luxemburg unterstützen. Sensibilisierungskampagnen, wie HandsUp, werden in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden weiterentwickelt. Auch Schulprojekte, wie die „*Mini-Entreprises*“, werden stärker gefördert. Die DP wird zudem den administrativen Aufwand für Startups im ersten Jahr ihres Bestehens auf ein Minimum reduzieren.

Investitionen von Privatleuten in Startups steuerlich begünstigen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Digitale Verwaltung umsetzen

s. Kapitel Staat und öffentlicher Dienst: modern und effizient

Tourismus

Tourismusvermarktung professionalisieren

Die DP wird die regionalen Tourismusämter weiter professionalisieren und die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Tourismusämtern und „*Luxembourg for Tourism*“ weiter ausbauen. Eine dauerhafte Koordination soll die Abläufe optimieren.

Die DP wird zudem rechtlich überprüfen, inwieweit die regionalen Tourismusämter in Zukunft auch zum Teil kommerzielle Angebote anbieten können. Ziel ist es die Vermarktung sämtlicher Aktivitäten (Kultur, Handel und Tourismus) mittels eines kohärenten Gesamtkonzeptes im Interesse aller Akteure zu bündeln. Die DP wird zusätzlich eine „*Go-to-Market*“-Strategie entwickeln, um bei einem klar definierten Zielpublikum Luxemburg als Reiseziel zu positionieren. Dabei soll bei der Vermarktung verstärkt auf international anerkannte Labels wie z.B. das Weltkulturerbe der UNESCO, European Destination of Excellence und auch auf das Label Naturpark gesetzt werden.

Tourismus an Bedürfnisse der Gäste anpassen

Im Jahr 2012 wurde zum letzten Mal eine umfassende nationale Gästebefragung durchgeführt. Die DP wird eine derartige Meinungsumfrage erneut durchführen, um die Bedürfnisse der Touristen besser zu erschließen und darauf reagieren zu können. Zudem soll eine repräsentative Umfrage bei touristischen Entscheidungsträgern Aufschluss über Verbesserungspotenzial bezüglich der Tourismusvermarktung geben.

Investitionsprogramme in touristische Infrastrukturen optimieren

Das Instrument des Fünfjahresplanes im Tourismusbereich wird zurzeit nicht umfassend genutzt. Wirtschaftsmissionen sollen in Zukunft verstärkt genutzt werden, um Investoren im Hotel- und Kongressbereich nach Luxemburg zu holen. Der Bedarf an Business- und Ferienhotels muss gedeckt werden und der schwindenden Anzahl an verfügbaren Zimmern entgegengewirkt werden. Die DP wird auch verstärkt den barrierefreien Tourismus fördern, das heißt für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen einen ungehinderten Zugang zu Attraktionen und Informationen ermöglichen.

Standort für Aktivurlaub stärken

Die geographischen Gegebenheiten unseres Landes eignen sich hervorragend für den Fahrrad- und Wandertourismus. Der Anschluss an internationale Radwege, wie in etwa an die Vennbahn, hat die Anzahl an Radtouristen hierzulande bereits deutlich erhöht. Die DP wird die Vernetzung der Radwege als auch ihre touristische Vermarktung aktiv vorantreiben. Der Fahrradverleih sollte regional übergreifend organisiert werden und generell mit Dienstleistungen wie Gepäcktransportservice angeboten werden.

Weinbau fördern

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Klaren Rechtsrahmen für Airbnb schaffen

Die Entwicklung der „*Sharing Economy*“ bringt neue Geschäftsmodelle hervor, die enorme Chancen bieten, aber auch einer Regulierung bedürfen. Die DP wird für neue Geschäftsmodelle der „*Sharing Economy*“, wie beispielsweise Airbnb, einen klaren Rechtsrahmen schaffen, damit diese nicht in unlauterer Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen stehen.

Finanzplatz: gut reglementiert und international wettbewerbsfähig

Der Luxemburger Finanzplatz ist nach wie vor das Zugferd der luxemburgischen Wirtschaft. Mit seinen rund 45.000 Arbeitsplätzen trägt er 27% zum Bruttoinlandsprodukt bei, und ist somit ein Paradebeispiel für qualitatives Wachstum. Durch die hohe Innovationskraft und das starke Knowhow der Branche spielt Luxemburg in der Championsleague der weltbesten Finanzzentren der Welt. Die DP bekennt sich klar zu einem starken gut reglementierten Finanzplatz, der international wettbewerbsfähig ist.

Noch vor wenigen Jahren sah die Zukunft des Luxemburger Finanzplatzes alles andere als rosig aus. Luxemburg stand auf schwarzen Listen und wurde aufgrund seines Bankgeheimnisses an den Pranger gestellt. Das DP-geführte Finanzministerium ging die Herausforderungen resolut an mit dem Ergebnis, dass Luxemburg auf keinen schwarzen Listen mehr figuriert. Die mutige Entscheidung das Bankgeheimnis aufzugeben hat sich zudem als goldrichtig herausgestellt.

Nicht zuletzt darum gehört der Finanzplatz Luxemburg heute zu den Gewinnern des Brexits. Banken, Vermögensverwalter, Fondsmanager, Versicherungsgesellschaften und Fintech-Firmen haben sich neu niedergelassen oder verstärken ihre Präsenz in Luxemburg. Dies schafft neue Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven.

Der Finanzplatz Luxemburg steht heute deutlich besser da als vor Beginn der Legislaturperiode. Dennoch wird der Finanzplatz in Zukunft mit Entwicklungen, besonders im technologischen Bereich, konfrontiert werden, die eine Neuausrichtung des Finanzplatzes nötig machen. Mit dem „*Luxembourg House of Fintech*“ (LHoFT) wurde unter Führung des Finanzministeriums ein Erfolgsmodell geschaffen, das weiter ausgebaut wird. Auf dieser Basis wird die DP sich weiter konsequent für eine Weiterentwicklung und Stärkung des Finanzplatzes einsetzen.

„Haut Comité de la Place financière“ stärken

Die DP wird das „*Haut Comité de la Place financière*“ stärken, um Produkte und Dienstleistungen für die Akteure des Finanzplatzes zu entwickeln und zu verbessern.

Identische Reglementierung für alle Finanzdienstleister

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass neue Finanzdienstleister, die dieselben Dienstleistungen wie klassische Finanzdienstleister anbieten, auch die gleichen Auflagen erfüllen müssen.

Reglementierung einführen für neue Dienstleistungen und Produkte

Die DP wird eine Reglementierung einführen, die neuen Entwicklungen, wie Crowd Funding, Crowd Investing, Cloud Banking, Kryptowährungen und –fonds, Blockchain, Initial Coin Offerings einen klaren Rahmen gibt, idealerweise in europäischer Zusammenarbeit.

„Cyber-Security“ verstärken

s. Kapitel Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen

s. Kapitel Digitalisierung und Medien: Digital denken sowie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien garantieren

Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzen und „green finance“ stärken

Luxemburg hat sich unter dem Impuls des DP-geführten Finanzministeriums zum Vorreiter im Bereich der nachhaltigen Finanzen entwickelt, beispielsweise durch die Schaffung der weltweit größten Börse für umweltfreundliche Schuldscheine („green bonds“). Die DP wird die privat-öffentlichen Partnerschaften in diesem Bereich weiter stärken. Die Rolle der Luxemburger Börse (*Luxembourg Green Exchange*) und von *LuxFlag* (internationale und unabhängige Label-Agentur) sollen weiter ausgebaut werden. Zudem soll die Entwicklung der öffentlich-privaten „*Luxembourg Sustainable Development Finance Platform*“, die Anleger und Projektträger im Bereich der Nachhaltigkeit zusammenbringt, weiter vorangetrieben werden.

Um den Bereich der nachhaltigen Finanzen zusätzlich zu stärken, insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels, wird die DP einen Klima-Dachfonds ins Leben rufen, mit dem Investitionen gegen den Klimawandel in den Entwicklungsländern getätigt werden.

Nach dem Modell des Schweizer SIFEM („*Swiss Investment Fund for Emerging Markets*“) soll die öffentliche Hand das ausführliche Mandat und die Investitionskriterien erarbeiten, während spezialisierte Investmentmanager mit der Umsetzung beauftragt werden. Dieses Konzept erlaubt es, die Pariser Klimaziele in den Entwicklungsländern nachhaltig zu unterstützen, ohne auf regelmäßige Budgetzuschüsse zurückgreifen zu müssen, sowie Privatanleger an diesem Vorhaben zu beteiligen. Des Weiteren trägt die Schaffung eines solchen Fonds zur Stärkung der Fachkompetenz in dieser zukunftssträchtigen Sparte bei und wirkt sich positiv auf das Image Luxemburgs als verantwortungsvoller Partner im Kampf gegen den Klimawandel aus.

Europäische Regelwerke und internationale Abkommen zeitnah umsetzen

Eine schnelle Umsetzung europäischer Richtlinien und Verordnungen sowie internationaler Abkommen trägt zur Stabilität und Vorhersehbarkeit für den Finanzplatz Luxemburg bei. Bei EU-Direktiven soll dies, falls möglich, nach dem Prinzip „*Toute la directive et rien que la directive*“ geschehen.

Luxemburg als Brückenkopf für den europäischen Markt ausbauen

Der Finanzplatz Luxemburg soll internationalen Unternehmen ideale Bedingungen bieten, um auf den europäischen Markt zu gelangen. Besonders im Rahmen des Brexits gilt es, auf die bisherigen Erfolge aufzubauen und den Standort Luxemburg weiterhin attraktiv zu gestalten für Firmen, die ihren europäischen Sitz aus England verlagern oder einen Brückenkopf auf dem Kontinent aufbauen wollen. Zugleich soll die Strategie, den Finanzplatz auch international breiter aufzustellen, mit Promotionsreisen insbesondere in Asien, dem Nahen Osten, sowie Nord- und Südamerika konsequent weitergeführt werden.

Keine Digital- oder Finanztransaktionssteuer einführen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Gerichtsabteilung für Wirtschaftsstrafsachen schaffen

Die zunehmende Anzahl an umfangreichen Wirtschaftsstrafsachen mit internationalen Verflechtungen erfordert neue Konzepte und Strukturen. Um der gesteigerten Komplexität dieser Verfahren Rechnung zu tragen, wird die DP eine Sondergerichtsabteilung einrichten mit Experten aus dem Wirtschafts-, Finanz- und IT-Bereich. Ziel ist es derartige Verfahren konzentriert und effizient zu führen.

Personal der Finanzbehörden aufstocken

Um eine schnelle Bearbeitung der Dossiers sicherzustellen und den wachsenden Aufgaben der Aufsichts- und Finanzbehörden, beispielsweise infolge des automatischen Informationsaustausches, gerecht zu werden, wird die DP die Rekrutierungspolitik der amtierenden Regierung fortführen und das Personal zusätzlich aufstocken, um die Bearbeitungsfristen zu reduzieren.

Diversifikation vorantreiben

Luxemburg hat sich im Laufe der Geschichte schon oftmals erfolgreich an neue wirtschaftliche Gegebenheiten angepasst. Nach dem Aufbau einer prägenden Stahl- und Eisenindustrie im 20. Jahrhundert, gehört Luxemburg heute dank seiner Weltoffenheit und seines Knowhows zu den weltweit führenden Finanzplätzen. Um sich auch weiterhin in einem hart umkämpften Umfeld behaupten zu können, wird die DP die Diversifizierung unseres Standorts weiter vorantreiben. Unser Augenmerk liegt dabei insbesondere auf den sogenannten grünen, sozialen, und nachhaltigen Anleihen, sowie auf der Förderung der Kreislaufwirtschaft und der Fintech.

Rahmenbedingungen für *Blockchain*-Technologie schaffen

Die *Blockchain*-Technologie wird das Bankengeschäft maßgebend revolutionieren. Immense Datenmengen können in absehbarer Zeit schneller und sicherer verarbeitet werden. Dies wird den Zahlungsverkehr und den Wertpapierhandel zunehmend kosteneffizienter machen. Zahlreiche Geschäftsmodelle könnten dadurch entstehen, während viele andere überflüssig werden. Die DP will das enorme Potenzial dieser Technologie nutzen und fördern. Das Projekt *Infrachain* hat hier erste Akzente gesetzt. Wir werden die Entwicklung der *Blockchain*-Technologie weiter begleiten. Sollte ein rechtlicher Handlungsbedarf entstehen, insbesondere auch um Anleger zu schützen, werden wird die Gesetzgebung dementsprechend anpassen.

Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Eine moderne Land- und Ernährungswirtschaft setzt auf Qualität vor Quantität. Die Bedeutung von regionaler Produktion, fairen Preisen für Landwirt und Verbraucher, von Tierwohl und umweltbewussten Produktionsprozessen gewinnen in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung.

Die DP hat in der vergangenen Legislaturperiode die Weichen für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft gestellt, u.a. mit dem neuen Agrargesetz, dem weltweit fortschrittlichsten Tierschutzgesetz, einer im Sinne des Verbrauchers kritischeren Haltung gegenüber gesundheitlich bedenklichen Pflanzenschutzmitteln (u.a. Glyphosat und Neonikotinoiden), der Reform des Pachtrechts im Sinne von mehr Planungssicherheit für die Pächter und dem neuen Gesetz über öffentliche Ausschreibungen, das die Möglichkeit schafft, bei Lebensmitteln stärker auf qualitative und nachhaltige Kriterien zu setzen. Auch im Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung wurden durch Sensibilisierungskampagnen Akzente gesetzt.

Die DP setzt sich auch in Zukunft dafür ein, dass der Landwirtschaft die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Anforderungen der Gesellschaft und der Verbraucher gerecht zu werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass im europäischen Rahmen die Möglichkeiten zur nationalen Flexibilität optimal im Sinne der hiesigen Landwirtschaft ausgenutzt werden. Die DP weist auf den hohen Stellenwert der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft hin und wird auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Eckpfeiler in unserem Land bleibt und die Arbeitsplätze in diesem Bereich erhalten bleiben. Die DP steht für eine kompetitive, verbraucher- und umweltgerechte Landwirtschaft. Es gilt die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern nachhaltig zu stärken. Die DP setzt sich weiter für sichere Lebensmittel ein. Wir werden die Lebensmittelkontrolle in der gesamten Wertschöpfungskette reformieren und effizienter für Verbraucher, Verarbeiter und Hersteller gestalten.

Luxemburgische Landwirtschaft langfristig sichern

Die DP ist der Überzeugung, dass Luxemburg eine starke Landwirtschaft braucht und wird daher Sorge tragen, dass die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Zudem wollen wir verstärkt auf gute Ausbildungswege für angehende Landwirte setzen und das Angebot an Fortbildungen, besonders auch im Rahmen einer digitalen Strategie, ständig erweitern und den Bedürfnissen der Landwirtschaft anpassen.

Junglandwirte weiter prioritär fördern

Die DP will junge Menschen auch in Zukunft aktiv dabei unterstützen, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen oder weiterzuführen. Die Zahl der Junglandwirte nimmt europaweit ab, dem will die DP auf nationaler Ebene entgegensteuern. Das 2016 unter Federführung des DP-Landwirtschaftsministers verabschiedete neue Agrargesetz sieht vor, dass Junglandwirte bei Betriebsneugründungen besser finanziell unterstützt werden. Zudem sollen Junglandwirte (zwischen 23 bis 40 Jahren) auch weiterhin stärker von Fördermitteln profitieren können.

Landwirtschaftstisch fortführen

Der vom DP-Landwirtschaftsminister eingeführte Landwirtschaftstisch wird auch in Zukunft regelmäßig zusammentreten, um für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Landwirtschaft gemeinsame Lösungsvorschläge mit den Landwirten zu finden.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft zu Nutze machen

Die DP wird die Strategie zur Digitalisierung der Landwirtschaft weiter entwickeln. Das sogenannte „*Precision Farming*“ soll mittels Sensoren und Drohnen einen deutlich gezielteren Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Düngern ermöglichen. Dies erlaubt nicht nur eine punktgenaue, spezifische und somit umweltbewusstere Produktion, sondern wird es den Landwirten zudem erlauben, ihre Felder kosteneffizienter zu bewirtschaften nach dem Motto „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“.

Pflanzenschutz neugestalten

Ein Aktionsplan Pestizide mit dem Ziel der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln wurde vom DP-geführten Landwirtschaftsministerium im Jahr 2017 vorgestellt. Die DP wird den Aktionsplan Schritt für Schritt umsetzen, um die darin festgelegten konkreten Ziele zu erreichen. Dazu gehört beispielsweise auch der Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat. Eine deutliche Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in der Landwirtschaft ist unabdinglich, um die Artenvielfalt zu erhalten und um Oberflächenwasser und Quellen zur Gewinnung von Trinkwasser zu schützen. Wichtig ist hierbei, dass die Landwirte in einer Übergangsphase beraten und ihnen konkrete und praxisnahe Hilfestellungen und Alternativen beim Umstieg angeboten werden müssen. Auch wenn die EU gegen die Stimme der DP-Regierung die Zulassung von Glyphosat im November 2017 um fünf Jahre verlängert hat, fordert die DP einen konkreten Ausstiegsplan auf EU-Ebene.

Forschung und Innovation vorantreiben

Die DP wird eine bessere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Landwirtschaft vorantreiben, beispielsweise um den Einfluss des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auf die hiesige Bienenbevölkerung zu analysieren und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Darüber hinaus werden wir die Forschung, beispielsweise mittels Versuchsfelder, für den Anbau von Körnerleguminosen weiter fördern. Diese Pflanzen können als Futtermittel für Tiere eine echte regionale und klimaschonende Alternative zu Sojaimporten aus Übersee sein, die zur Zerstörung des Regenwalds beitragen.

Gemäß dem Vorsorgeprinzip soll Luxemburg weiterhin frei von „grüner“ Gentechnik bleiben. Die DP setzt sich konsequent für eine gentechnikfreie Saatgut- und Sortenvielfalt ein und dafür, dass die Bauern im Besitz der Rechte im Umgang mit Saatgut aus der eigenen Ernte bleiben.

Kooperativen Wasserschutz gewährleisten

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel schlechthin. Der Schutz des Trinkwassers hat für die DP höchste Priorität. Die Gewährleistung dieses Schutzes muss in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft geschehen. Aus diesem Grund müssen die Landwirte, die Flächen in Wasserschutzgebieten bewirtschaften, aktiv begleitet, beraten und gegebenenfalls unterstützt werden. Die Wasserversorger sollen über Kooperationsverträge präventive Schutzmaßnahmen (wie z.B. LAKU in der Obersauerregion) mitfinanzieren.

Entbürokratisierung vorantreiben

Die Bürokratie für landwirtschaftliche Betriebe ist, hauptsächlich aufgrund von EU-Bestimmungen, die in Zeiten der CSV-LSAP-Vorgängerregierung auf EU-Ebene beschlossen wurden, besonders aufwändig. Die DP wird die Bürokratisierung für die Landwirtschaft möglichst eindämmen, um die daraus resultierenden finanziellen Belastungen zu reduzieren. Auf EU-Ebene wird die DP sich dafür einsetzen, dass die nächste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP2020) auch wirklichen Bürokratieabbau beinhaltet. Auf nationaler Ebene will die DP die Abwicklung von Anträgen beschleunigen und eine wirkungsvolle Digitalisierung anstreben. Mit der Einführung des Landwirtschaftsportals wurde der erste Schritt zu einer übersichtlichen digitalen Informationsstelle bereits geschaffen. „Best Practices“ von anderen Agrarbehörden sollen auch in einer zukünftigen zentralen Anlaufstelle übernommen werden.

Flexibilität in Krisenjahren beibehalten

Das DP-geführte Landwirtschaftsministerium hat in der vergangenen Legislaturperiode eine sogenannte „*Année blanche*“ eingeführt, die es Landwirten erlaubt, in Krisenzeiten ihre Bankkredite für 12 Monate auszusetzen. Der Staat übernimmt in dieser Zeit Zinsen und Bankgebühren in Höhe von bis zu 15.000 Euro pro Betrieb. Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Landwirte in schlechten Erntejahren entlastet werden. Deshalb wurde auch mit der Steuerreform das Prinzip des „*Carry back, carry forward*“ eingeführt. Dies erlaubt den Bauern und Winzern Jahre mit schlechten Erträgen mit besseren Jahren zu kompensieren. Neben diesen Maßnahmen sollen die Bauern auch weiterhin im Krisenfall, im Rahmen der nationalen und gemeinschaftlichen Bestimmungen, durch außergewöhnliche Maßnahmen entlastet werden.

Landwirtschaftlichen Boden der Nahrungsmittelproduktion vorbehalten

Die DP räumt der Nahrungsmittelproduktion Priorität auf landwirtschaftlich gutem Boden ein, um dem Preisdruck für Landwirte entgegenzuwirken. Aus diesem Grund begrüßt die DP, dass im neuen Naturschutzgesetz die nötigen Strukturen geschaffen wurden, damit zukünftige Kompensationsmaßnahmen einen sinnvollen und kohärenten Umweltschutz ermöglichen und gleichzeitig den Landverbrauch verringern. Der Kaufdruck auf landwirtschaftliche Böden ist in Luxemburg extrem angewachsen und darf nicht durch Kompensationsmaßnahmen zusätzlich erhöht werden. Zum Schutz von hochwertigen Agrarflächen unterstützt die DP die Umsetzung von strukturierten und intelligenten Kompensationsmaßnahmen in Flächenpools, die langfristig abgesichert sind. Für die DP gilt es, eine enge Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern und Bewirtschafter anzustreben, um Kompensationsmaßnahmen in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus befürwortet die DP eine ökologische Aufwertung von forstwirtschaftlichen Flächen für Kompensationszwecke. Mit der DP wird es auch keine Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich gutem Boden geben.

Ländliche Flächen nachhaltig nutzen

s. Kapitel Natur- und Umweltschutz: Nachhaltigkeit als Leitfaden

Lokale Nischenprodukte fördern

Die DP setzt verstärkt auf neue qualitativ hochwertige lokale Nischenprodukte, nach dem Motto Qualität vor Quantität. Der Aufbau von Knowhow in Nischenbereichen soll zur Diversifikation und Stärkung unserer Landwirtschaft beitragen. Gute Beispiele für eine solche Diversifikation sind der Anbau von Hanf, Soja oder glutenfreien Nahrungsmitteln. Auch in der Landwirtschaft soll der Pioniergeist unterstützt werden.

Regionale Produkte fördern

Die DP wird die Rahmenbedingungen verbessern, damit der Eigenbedarf an Nahrungsmitteln künftig besser durch eine nationale Produktion abgedeckt wird, dies gilt beispielsweise für die Geflügel- und Gemüseproduktion. Im Moment deckt die luxemburgische Landwirtschaft lediglich 1,6% des landesweiten Bedarfs an Geflügelfleisch und knapp über 1% des Bedarfs an Gemüse ab. Es gilt in Zukunft die Eigenbedarfsquote in Zusammenarbeit mit den Landwirten systematisch zu verbessern.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass in Großküchen vermehrt regionale Produkte eingesetzt werden, insbesondere in Schulen, Maisons Relais, Kindertagesstätten, Spitälern sowie Alters- und Pflegeheimen. Dies soll einerseits über regionale Kriterien bei der Ausschreibung geschehen. Das neue Gesetz über öffentliche Ausschreibungen erlaubt und begünstigt diese Vorgehensweise, indem stärker Kriterien, wie Qualität, Nachhaltigkeit und soziale Bedingungen bei der Lebensmittelproduktion berücksichtigt werden. In der Vergangenheit war der Preis allein oft ausschlaggebender Faktor bei öffentlichen Ausschreibungen.

Die DP wird diejenigen Weiterverarbeitungsstrukturen verstärkt fördern, die es erlauben, regionale Produkte so aufzubereiten, dass diese den Anforderungen von Großküchen entsprechen. Zudem soll ein sogenannter „*Matcher*“ die Zusammenarbeit mehrerer Landwirtschaftsbetriebe unterstützen, damit auch kleineren Produzenten die Möglichkeit gegeben werden, sich an einem Großauftrag zu beteiligen.

Labelschungel entwirren

Momentan existieren rund 20 verschiedene Labels für luxemburgische Lebensmittel. Den Verbrauchern ist allerdings nicht immer die Bedeutung der einzelnen Labels auf den ersten Blick ersichtlich. Um den Verbrauchern einen besseren Durchblick zu verschaffen, wird die DP ein nationales Qualitätssiegel für die Labels einführen. An dieses Qualitätssiegel werden auch staatliche Hilfen geknüpft. Das neue Siegel wird für hochwertige Produkte stehen, das deren Herkunft und eine nachhaltige und tiergerechte Haltung garantiert. So wird es nicht nur das Vertrauen der Konsumenten in die regionale Lebensmittelproduktion stärken, sondern auch den öffentlichen Großküchen beim Kauf von nachhaltigen Produkten helfen.

Bei Lebensmittelskandalen konsequent vorgehen

Die DP setzt sich auf europäischer Ebene für ein konsequentes Vorgehen bei Etikettenschwindel und Lebensmittelskandalen ein. Kriminelle Machenschaften wie Lebensmittelbetrug müssen geahndet und konsequent sanktioniert werden. Diese Überwachung wollen wir auch national stärken.

Bewusstsein in der Bevölkerung für regionale Lebensmittel schärfen

Die DP wird die Promotion der hiesigen Landwirtschaft weiter fördern, um mehr Bewusstsein für regionale Lebensmittel zu schaffen und die nationale Bedeutung der Landwirtschaft hervorzuheben. Zudem werden wir eine Onlineplattform für den Verkauf einheimischer landwirtschaftlicher Produkte schaffen.

Biolandwirtschaft fördern

Die DP will den Anteil der biologischen Landwirtschaft deutlich erhöhen, um auf die steigende Nachfrage bei verschiedenen Produkten zu reagieren. Dieser Anteil beträgt im Moment lediglich knapp 5% der Betriebe oder 4% der bewirtschafteten Flächen. Durch eine substantielle Erhöhung der Bioprämie und der Kompatibilität dieser Prämie mit anderen Umweltmaßnahmen ist Luxemburg das Land, das die Biolandwirtschaft am meisten fördert.

Nun gilt es den Verbraucher auf die Vorteile nationaler Bioprodukte aufmerksam zu machen. Das Kaufverhalten der Kunden bestimmt nämlich welche Lebensmittel in den Regalen der Einkaufszentren angeboten werden. Die DP will verstärkt die wissenschaftliche Forschung in der biologischen Landwirtschaft finanziell begleiten und den Bioaktionsplan diesbezüglich neugestalten.

Ministerium für Ernährung, Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Weinbau schaffen
Ernährung und Landwirtschaft sind zwei Seiten derselben Medaille. Die DP wird die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums erweitern und um den Bereich Ernährung ergänzen. Lebensmittelsicherheit, gesunde Ernährung, Sensibilisierung gegen Lebensmittelverschwendung sowie eine klare und transparente Kennzeichnungspflicht der Produkte gehören dazu. Bezüglich der Lebensmittelsicherheit sollte in Zukunft eine einzige, modern aufgestellte Verwaltung zuständig sein, die ihre Kontrollfunktion effizient und transparent für den Verbraucher, den Verarbeiter und den Hersteller ausüben kann. Die DP wird das in der laufenden Legislaturperiode eingeführte Verbraucherschutzministerium ausbauen und dessen Kompetenzen erweitern. Die DP ist für ein eigenständiges Landwirtschaftsministerium, das in enger Partnerschaft mit dem Umweltministerium zusammenarbeitet.

Ländlichen Raum entwickeln

Die DP steht für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums und wird sich dafür einsetzen, dass die dafür zur Verfügung gestellten europäischen Mitteln auch in Anspruch genommen werden. Die DP unterstützt die Wirtschaftskraft in den ländlichen Regionen und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 gestalten

Auch nach dem Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union muss es weiterhin eine starke europäische Agrarpolitik geben. Klar ist aber ebenso, dass dieser Austritt unweigerlich Auswirkungen auf den europäischen Haushalt und damit auch auf die Finanzierung der europäischen Agrarpolitik haben wird. Sollte es zu einer Kürzung der Haushaltsmittel auf europäischem Niveau kommen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die fehlenden Mittel durch eine nationale Kofinanzierung ersetzt werden können. Dies betrifft vor allem die erste Säule und insbesondere die Direktzahlungen an die Landwirte.

Es gilt aber auch eine konsequente Ausstattung der zweiten Säule der GAP zu verteidigen. Budgetumwälzungen dürfen nicht allein auf Kosten des Agrarsektors und der GAP vollzogen werden. Der von der Kommission angedachte Weg zur Modernisierung der GAP kann in seinen Grundideen begrüßt werden. Die Politik soll demnach nach den Zielen der Nachhaltigkeit orientiert werden und den Mitgliedstaaten soll dabei mehr Freiraum überlassen werden, mit welchen Maßnahmen sie die Ziele erreichen wollen.

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass den Spezifitäten Luxemburgs Rechnung getragen wird. Dazu gehört eine reelle Vereinfachung, aufbauend auf einem vernünftigen Kostennutzenverhältnis (kleine Programme brauchen z.B. einfache Kontroll- und Verwaltungsregeln) und vor allem die Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfelds mit dem sich die einheimische Landwirtschaft messen muss. Luxemburg hat traditionell ein sehr proaktives und gut ausgestattetes Unterstützungsprogramm für den Agrarsektor, indem die seitens der GAP verfügbaren Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft werden. Die anstehenden Reformen auf EU-Ebene dürfen nicht zu einer Schwächung dieser Toolbox führen.

Weinbau fördern

Die DP wird die großen Anstrengungen im Weinbau zur Qualitäts- und Produktivitätssteigerung weiterhin unterstützen, um die Zukunft des Luxemburger Weinbaus abzusichern. Wir werden auch verstärkt Mittel zur Verfügung stellen, um die Auswirkungen des Klimawandels auf den hiesigen Weinbau zu analysieren und gegebenenfalls Lösungen zu erarbeiten.

Die DP wird die Vermarktung des hiesigen Weines durch gezielte Kampagnen weiter vorantreiben. Auch der Bereich des Oenotourismus soll besser vermarktet werden.

Weiterhin für einen starken Tierschutz einsetzen

Das DP-geführte Landwirtschaftsministerium hat das modernste und fortschrittlichste Tierschutzgesetz in Europa vorgelegt. Tiere werden fortan als Wesen mit Gefühlen und einer Würde betrachtet, denen eigene Rechte zuerkannt werden müssen. Das neue Gesetz wird es den verantwortlichen Stellen in Zukunft auch leichter machen, auf Verstöße zu reagieren. Vor allem Tierquälerei müssen in Zukunft mit deutlich strengeren Strafen rechnen. Die DP wird sich weiter für einen starken und artgerechten Tierschutz einsetzen, auch auf europäischer Ebene.

Lebensmittelverschwendung weiter bekämpfen

Bereits 2016 hat das Ministerium für Landwirtschaft und Konsumentenschutz einen nationalen Plan „Zesammen géint Liewensmëttelverschwendung“ mit konkreten Zielen und Aktionen vorgestellt und seitdem umgesetzt. Die DP wird sich weiterhin für eine nachhaltige Politik, auch in diesem Bereich, einsetzen und intensiv die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren aus dem Lebensmittelbereich und den Gemeindeverwaltungen fortführen.

Natur- und Umweltschutz: Nachhaltigkeit als Leitfaden

Für die DP ist ein effizienter Natur- und Umweltschutz unabdingbar für die Biodiversität und die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Für die DP stehen eine aktive Wirtschaftspolitik und ein konsequenter Natur- und Umweltschutz nicht im Widerspruch. Im Gegenteil, die Natur kennt keine Verschwendung, sondern ist geprägt durch zahllose, geschlossene und stabile Kreisläufe. Eine nachhaltige Wirtschaft, die auf dieser Erkenntnis aufbaut, sorgt auch für nachhaltigen Wohlstand und mehr Lebensqualität. Ökonomie und Ökologie bilden keine Gegensätze, sondern Synergien. Maßnahmen, die gut für die Umwelt sind, wirken meist regional und schaffen dadurch wohnungsnahe Arbeitsplätze.

Die DP-geführte Regierung hat in diesem Sinne den sogenannten „Rifkin-Prozess“ angestoßen, mit dem erstmals ein Konzept für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung unseres Landes geschaffen wurde. In der laufenden Legislaturperiode wurde zudem ein neues Naturschutzgesetz gestimmt, mit klaren Regeln zur Verringerung des administrativen Aufwands und der Schaffung eines Flächenpools, um Kompensierungsmaßnahmen in Zukunft einfacher und effizienter durchführen zu können. Zudem wurde ein neuer Aktionsplan Naturschutz verabschiedet.

Die DP strebt eine achtsame Nutzung unserer Ressourcen an, um ein dauerhaftes Fortbestehen unseres Planeten zu sichern und unseren Bürgern eine höchstmögliche Lebensqualität zu bieten. Die DP setzt sich für geschützte Lebensräume ein und damit auch für eine Landesplanung, die eine weitere Zersiedlung der Landschaft verhindert. Zudem wird die DP gezielt Maßnahmen ergreifen, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen, beispielsweise durch eine weitere Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Die DP achtet allerdings darauf, dass Naturschutzpolitik nicht zu einer Verhinderungspolitik ausartet und Bauvorhaben unnötig verteuert und in die Länge zieht. Die DP steht für klare, nachvollziehbare, schnelle und gerechte Prozeduren, die Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen schaffen.

Grünflächen in Ortschaften erhalten und ausbauen

Um den Flächenverbrauch zu minimieren, ist es sinnvoll die Bebauung in Siedlungsräumen zu verdichten. Die DP legt allerdings großen Wert darauf, dass es dabei nicht zu einer übermäßigen Versiegelung des Bodens kommt. Die DP wird die Gemeinden dazu ermutigen, Grünflächen in ihren Ortschaften einzuplanen und zu erhalten. Die DP wird sich zudem um den Erhalt der Biodiversität auf öffentlichen Flächen bemühen.

Effizienz der Flächenpools bewerten

Das in der laufenden Legislaturperiode verabschiedete Naturschutzgesetz sieht die Schaffung von Flächenpools vor, die zur Kompensierung der Zerstörung von natürlichem Lebensraum genutzt werden. Dies wird zu einer Vereinfachung der Prozedur und zu einer effizienteren Kompensierung beitragen. Die DP wird die Effizienz dieser Flächenpools bewerten, sowohl auf ihre Wirksamkeit hin als auch hinsichtlich des bürokratischen Aufwands für die betroffenen Akteure. Um den Landverbrauch für Kompensierungsmaßnahmen zu bremsen, wird die DP das Kompensieren in Zukunft auch für Waldumbau, Renaturierungsprojekte und produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (Lerchenfenster, Blühstreifen auf wechselnden Ackerflächen, doppelter Saatreihenabstand bei der Ansaat von Wintergetreide) auf Flächen, die nicht in öffentlicher Hand sind, erlauben.

Biologische Stationen ausweiten

Die DP wird den Ausbau eines flächendeckenden Netzes an biologischen Stationen weitertreiben und die bestehenden fortführen, mit dem Ziel das ganze Land abzudecken. Mit den betroffenen Akteuren (Einwohner, Landwirte, Gemeinden, Gemeindeförderung, Natur- und Forstverwaltung und Naturschutzorganisationen) sollen konkrete Maßnahmen zum Schutz der Natur ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Ländliche Flächen nachhaltig nutzen

Das Remembrement-/Flurbereinigungsgesetz muss der Realität angepasst werden. Die DP wird daher ein neues Gesetz einbringen, um die Flurneuordnung, in Absprache mit den betroffenen Kreisen, zu modernisieren.

Das neue Gesetz soll die Produktivität von Land- und Forstwirtschaft sowie vom Weinbau verbessern. Dabei soll die nachhaltige Nutzung der Böden im Vordergrund stehen.

Schonenden Umgang mit unseren Ressourcen sicherstellen

Die natürlichen, erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Ressourcen sind die Grundlage unseres Lebens. Zur Verbesserung des Natur-, Wasser- und Bodenschutzes wurde in der laufenden Legislaturperiode eine Reihe an Gesetzesprojekten zur Abstimmung gebracht. Für die DP ist ein schonender und verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen eine Frage der Generationengerechtigkeit und ein zentraler Aspekt für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes. Die DP wird die digitale Entwicklung nutzen, um ressourcenschonende Produktionsweisen zu fördern. Die DP vertritt zudem den Lebenszyklusansatz, der von der Rohstoffgewinnung über das Recycling bis hin zur Wiederverwertung der Rohstoffe reicht.

Abfall vermeiden

Um unnötigen Abfall zu vermeiden, setzt die DP auf eine klare Abfallhierarchie: Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung und erst als letzte Möglichkeit, eine möglichst umweltschonende Beseitigung. Bei der Abfallvermeidung gilt es besonders die Verursacher zu sensibilisieren.

Die DP wird die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislaufwirtschaft konsequent verbessern. Die DP-geführte Regierung hat bereits einige Projekte nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft geplant, wie das Wohnprojekt „*Wunne mat der Wooltz*“ oder das „*Luxembourg Automotive Campus*“ in Bissen. Die DP wird weiter dafür Sorge tragen, dass der Staat in diesem Bereich eine Vorbildfunktion übernimmt.

Nachhaltige Abfallwirtschaft fördern

Eine nachhaltige Abfallwirtschaft mit modernen und effizienten Abfallbehandlungstechniken dient dem Ressourcen- und Klimaschutz. Die DP setzt konsequent auf die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft auf europäischer und internationaler Ebene und wird nachhaltige Abfallwirtschaftskonzepte fördern, mit denen Rohstoffe oder Energie aus Abfall gewonnen werden können.

Kooperativen Wasserschutz gewährleisten

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Pflanzenschutz neugestalten

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Aktive Rolle der Jagd im Bereich des Naturschutzes stärken

Die DP ist sich der Bedeutung der Jagd, bei der Regulierung der Wildbestände und zur Vorbeugung von Wildschäden bewusst. Die DP will die Jäger deshalb aktiv in Arbeitsgruppen einbinden, in denen sie ihre Erfahrung bei der Erstellung von Aktionsplänen bezüglich des Wolf- und Fuchsbestandes einbringen können. Die DP wird mit der Jägerschaft nach möglichen Lösungen suchen, damit die gesetzlichen Abschusspläne besser eingehalten werden können. Die DP wird die Entwicklung der Fuchsbestände und der am Fuchsbandwurm erkrankten Füchse im Auge behalten, um einer zu starken Zunahme entgegensteuern zu können.

Wald schützen und nachhaltig bewirtschaften

Über ein Drittel unserer Fläche besteht aus Wäldern. Die DP wird diese erhalten, damit die Waldbestände auch in Zukunft ihre wichtigen Funktionen erfüllen können. Der Wald ist nicht nur die grüne Lunge unseres Landes, sondern bietet auch Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Zudem ist er ein wichtiger Erholungsraum für die Menschen und liefert den wichtigen Rohstoff Holz.

Die DP wird den „Code forestier“ in Zusammenarbeit mit den Privatwaldbesitzern und Umweltorganisationen vorantreiben, um die Funktionen des Waldes auch in Zukunft gewährleisten zu können. Der neue „Code forestier“ soll zu einem effizienteren Schutz des Waldes beitragen und eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung sicherstellen im Respekt der Eigentumsrechte der Privatwaldbesitzer. Die DP wird sich auch dafür einsetzen, dass einheimisches Holz vermehrt in Luxemburg eingesetzt und verwertet wird, anstatt in ferne Länder exportiert zu werden.

Ländlichen Raum entwickeln

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Reparaturarbeiten und elektrische Fahrzeuge steuerlich begünstigen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Der Vorbildfunktion des Staates in Sachen Nachhaltigkeit gerecht werden

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass der Staat in Sachen Nachhaltigkeit mit gutem Beispiel vorangeht. Deshalb fordert die DP, dass ein Dachkataster aller öffentlichen Gebäude erstellt wird, um zusätzliches Potenzial für die Installation von Solaranlagen ausfindig zu machen. Zudem wird die DP den Gebäudestand des Staates systematisch energetisch sanieren.

Die DP wird zudem eine Nachhaltigkeitsstrategie für alle Ministerien und Verwaltungen entwickeln. Die Chancen der Digitalisierung sollen genutzt werden, um Ressourcen zu sparen.

Lastenheft für umweltschonende Beschaffung ausarbeiten

Die DP wird ein modellhaftes Lastenheft für die umweltschonende und klimafreundliche Beschaffung für öffentliche Träger und Einrichtungen ausarbeiten. Dadurch können nachhaltige Kriterien besser in öffentliche Ausschreibungen einfließen.

Regionale Produkte fördern

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Biolandwirtschaft fördern

s. Kapitel Land- und Ernährungswirtschaft: im Interesse der Bauern, Verbraucher und der Umwelt

Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzen und „green finance“ stärken

s. Kapitel Finanzplatz: gut reglementiert und international wettbewerbsfähig

Klima- und Energiepolitik: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Fokus

Die DP steht für eine ehrgeizige Politik gegen die globale Klimaerwärmung. 2005 trat das Kyoto-Protokoll in Kraft, das die Industrieländer erstmalig zu verbindlichen Zielen zur Reduzierung der Treibhausgase verpflichtete. Eine zweite Phase der Reduzierung wurde 2012 in Doha festgehalten. Die ehemalige CSV-LSAP-Regierung erreichte in den Jahren 2008 bis 2012 das festgelegte Ziel einer Reduzierung um 28% im Vergleich zum Referenzjahr 1990 nicht und musste im Emissionshandel 14,2 Millionen Tonnen CO₂ für einen Gesamtbetrag von circa 110 Millionen Euro hinzukaufen.

In der aktuellen Legislaturperiode konnte die DP-geführte Regierung hingegen ihre Ziele erreichen und schaffte eine Reduzierung der Emissionen von 30% pro Einwohner. Gegenwärtig besteht die realistische Chance, dass Luxemburg seine Ziele für den gesamten Zeitraum bis 2020 erfüllen kann ohne auf externe Zertifikate zurückgreifen zu müssen.

Der erfolgreiche Abschluss des Pariser Klimaabkommens, das die Reduktionsziele nach 2020 festlegt, war ein Meilenstein in der weltweiten Klimapolitik. 195 Länder weltweit hatten das historische Abkommen mitunterzeichnet, auch wenn die USA mittlerweile ihren Austritt verkündet haben. Die DP steht klar zu den im Pariser Abkommen festgelegten Klimazielen, um die globale Erderwärmung deutlich unter 2 C° zu halten. Die EU hat sich zu einer Reduzierung um 40% verpflichtet.

Die DP-geführte Regierung hat im Laufe der letzten Jahre den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz getroffen. Seit 2013 konnte insbesondere durch die Modernisierung und Neuinstallation von Windkraftanlagen die Energiegewinnung aus Windkraft verdoppelt werden. Auch die Sonnenenergie wurde stärker unterstützt, indem Photovoltaikanlagen mit einer Stärke von über 200 kW seit 2016 auch subventioniert werden. Dies führte dazu, dass vermehrt Genossenschaften gemeinsame Photovoltaikanlagen betreiben.

Um Luxemburgs Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, wird die DP das hiesige Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausschöpfen, jedoch zugleich einen starken Fokus auf die Energieeffizienz setzen.

Nachhaltigen Energietechnologien den Vorrang geben

Die DP ist konsequent gegen Energietechnologien mit Risiken für Mensch und Umwelt. Für die DP gehört die Zukunft den sauberen und nachhaltigen Energieträgern. Deshalb lehnt sie jede Förderung von Technologien ab, die auf fossiler Energie beruhen. Diese Träger verzögern lediglich den aus Klimaschutzgründen notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien. Die DP lehnt Atomenergie kategorisch ab, genauso wie nicht nachhaltige Technologien, wie Fracking und die „*Carbon capture and storage*“-Technologie.

Die DP stellt sich auch gegen die sogenannten Biotreibstoffe, die oft aus Palmöl hergestellt werden und erheblich zur Zerstörung des Regenwaldes beitragen und deren Monokulturplantagen in Drittländern zu verheerenden Folgeschäden führen.

Für die DP gehört die Zukunft den erneuerbaren Energien. Die DP spricht sich klar für einen energetischen Übergang aus und will dazu das nationale Potenzial für erneuerbare Energien ausschöpfen. Um eine Energiewende einzuleiten, müssen zuerst die benötigten Kapazitäten

geschaffen werden. Es bedarf dazu massiver Investitionen in die entsprechenden Technologien, die auch in Zukunft konkurrenzfähig auf dem Energiemarkt sein müssen. Die DP legt großen Wert auf einen Energiemix aus Solar, Wind, Hydro, Biogas usw., um die nationale Energieversorgung sicherzustellen. In diesem Kontext spricht die DP sich für eine weitere Integration des europäischen Energiemarktes aus, um die unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten optimal für die Energieproduktion nutzen zu können und die Versorgungssicherheit zu garantieren.

Dialog mit Frankreich weiterführen, um die Atomzentrale Cattenom zu schließen

Die DP wird sich weiter dafür einsetzen, dass Frankreich endlich die Atomzentrale in Cattenom stilllegt. Für die DP ist es eine Frage der nationalen Sicherheit, das in den 1980ern errichtete Atomkraftwerk endgültig vom Netz zu holen. Die DP setzt sich im Gegenzug für ein gemeinsames Projekt zur Förderung von erneuerbaren Energien in der Grenzregion ein.

Windkraftanlagen im Dialog mit den Anwohnern fördern

Die DP wird die Windkraft verstärkt für die Energieerzeugung hierzulande nutzen. Windmühlen sollen allerdings nur an Orten entstehen, die dafür auch geeignet sind. Wir wollen eine strenge Überprüfung der Machbarkeit und des Nutzverhältnisses von Windmühlen im Vergleich zur möglichen Beeinträchtigung der Bürger. Die Bürger müssen in die Planung miteinbezogen werden, da die Akzeptanz vor Ort wichtig für die Realisierung eines Windanlagenprojektes ist.

Langsam aus dem Tanktourismus aussteigen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Energieverbrauch reduzieren

Die umweltfreundlichste Energie ist diejenige, die nicht gebraucht wird. Das DP-geführte Wohnungsbauministerium hat beispielsweise mit der Klimabank konkrete Anreize zu energiesparenden Maßnahmen im Bereich Wohnen geschaffen. Die DP wird sowohl bei Privathaushalten als auch bei Unternehmen das Thema Energieeffizienz verstärkt auf die Agenda setzen. Die DP wird dementsprechend Förderprogramme für Privatleute und Unternehmen umsetzen.

Der Vorbildfunktion des Staates in Sachen Nachhaltigkeit gerecht werden

s. Kapitel Natur- und Umweltschutz: Nachhaltigkeit als Leitfaden

Lastenheft für umweltschonende Beschaffung ausarbeiten

s. Kapitel Natur- und Umweltschutz: Nachhaltigkeit als Leitfaden

Klimabank ausbauen

s. Kapitel Wohnungsbau und Landesplanung: Wohnraum schaffen und Luxemburg kohärent weiterentwickeln

Kreislaufwirtschaft in der Bau- und Immobilienbranche fördern

Die Bau- und Immobilienbranche verbraucht nicht nur einen signifikanten Anteil an fossilen Brennstoffen, sondern auch an fossilen Baustoffen. In diesem Zusammenhang setzt sich die DP für die Förderung der Kreislaufwirtschaft in dieser Branche ein. Durch die Verwendung von wiederverwendbaren und biologisch abbaubaren Stoffen werden diese immer wieder in den Stoffkreislauf zurückgeführt. Gebäude, die mit schadstofffreien und wiederverwertbaren Materialien sowie demontierbaren Verbindungen gebaut werden, könnten als Rohstofflager genutzt werden, die dann zur Errichtung neuer Gebäude genutzt werden.

Wohnungsbau und Landesplanung: Wohnraum schaffen und Luxemburg kohärent weiterentwickeln

Der Mangel an erschwinglichem Wohnraum in Luxemburg ist seit vielen Jahren eine große Herausforderung. Die heutige Situation resultiert aus der Tatsache, dass der Wohnungsbau dem tatsächlichen Bedarf seit Jahrzehnten hinterherhinkt. Obwohl das Thema schon seit Jahren auf der politischen Tagesordnung gestanden hat, haben die vorherigen Regierungen es verpasst, die notwendigen landesplanerischen Weichen zu stellen und dem Wohnungsbau die höchste Priorität einzuräumen. Die DP-geführte Regierung hat es in dieser Legislaturperiode geschafft, den Stau in der Landesplanung aufzulösen. Durch die Veröffentlichung der sektoriellen Pläne und den Beginn des Beteiligungsprozesses wurde der Weg für klare landesplanerische Vorgaben geebnet, welche die Rahmenbedingungen zur Landesentwicklung vorgeben. Parallel dazu wurden etliche Maßnahmen getroffen, um mehr erschwinglichen Wohnraum zu schaffen und die Menschen beim Kauf eines Eigenheims oder beim Zahlen der Miete zu unterstützen.

Die Steuerreform entlastet nicht nur kleine und mittlere Einkommen, sondern die DP-geführte Regierung hat auch gezielt Bausparer und Kreditnehmer über die Erhöhung von Abschreibungsbeiträgen für das Bausparen und das Eigenheimdarlehen unterstützt. Für Mieter wurde zudem das sogenannte Wohngeld („*subvention loyer*“) eingeführt, das rund zwei Drittel aller Mieter eine finanzielle Unterstützung bietet. Andere Maßnahmen zielten auf das Schaffen von Wohnraum ab. Die zeitlich begrenzte und verringerte Viertel-Satz-Besteuerung schaffte konkrete Anreize für mehr Wohnraum beim Verkauf von Bauland oder von Immobilien. Dies gilt auch für die vergünstigte Besteuerung beim Vermieten einer Wohnung an akkreditierte Träger, wie die *Agence immobilière sociale* (AIS). Zusätzlich wurde die Effizienz der öffentlichen Bauträger deutlich erhöht; binnen zwei Jahren hat die *Société Nationale des Habitations à Bon Marché* (SNHBM) die Zahl an gebauten Wohnungen verdreifacht. Außerdem wurden zahlreiche Großprojekte in die Wege geleitet, unter anderem auf früheren Industriebrachen.

Unter der Regie der DP, hat die Regierung während der letzten fünf Jahre rigorose Anstrengungen unternommen, um das Angebot an verfügbarem Wohnraum zu erhöhen. So geht aus dem Monitoring des „*pacte logement*“ hervor, dass 2017 in Luxemburg um die 6000 Wohneinheiten gebaut wurden, im Vergleich zu nur 2300 im Jahr 2012. Wir wollen an diese Erfolge anknüpfen und unser Hauptaugenmerk in der Wohnpolitik auch künftig auf die Stärkung des Wohnungsangebots legen, um so den Druck auf den Markt zu dämpfen.

Wohnungsbau

Bauperimeter mithilfe von Baulandverträgen erweitern

Die DP wird den Gemeinden mittels Baulandvertrag das richtige Instrument zur Verfügung stellen, um sicherzustellen, dass bei der Erweiterung von Bauperimetern zusätzliches Bauland, innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens, auch tatsächlich bebaut wird. Der Baulandvertrag wird die Spekulation mit Bauland uninteressant machen und den Gemeinden die benötigte Planungssicherheit geben, um neuen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig nachhaltig zu wachsen.

Baudichte erhöhen

Die DP wird dort, wo es sinnvoll ist, die Baudichte erhöhen. Dies soll nicht in existierenden Wohnvierteln und Dörfern geschehen, sondern bei neuen, urbanen Wohnprojekten, zum

Beispiel in früheren Industriegebieten. Das Bauen in die Höhe erlaubt es zusätzlichen, erschwinglichen Wohnraum auf den Markt zu bringen und gleichzeitig den Flächenverbrauch zu bremsen.

Analyse zum Wohnbedarf erstellen

Die DP wird eine Studie in Auftrag geben, um den tatsächlichen Wohnbedarf in Luxemburg festzustellen. Aufschlussreiche Informationen wären zum Beispiel der reelle Bedarf an neuen Mietwohnungen oder die gewünschte Größe von Wohneinheiten. Die DP wird zudem auf Unternehmen zugehen, um den Wohnraumbedarf für neue Mitarbeiter herauszufinden.

Mit einer Grundsteuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Staatliche und kommunale Grundstücke sofort mobilisieren

Die DP wird sich weiter dafür einsetzen, dass kommunale und staatliche Grundstücke unmittelbar bebaut werden können. Auf diesen Grundstücken sollen vor allem Mietwohnungen entstehen. Es soll vermieden werden, dass die Gemeinden und der Staat bebaubare Grundstücke höchstbietend verkaufen und sich so an der Preisspirale am Immobilienmarkt beteiligen.

Gemeinden stärker beim Wohnungsbau unterstützen

Die DP wird die Gemeinden stärker dabei unterstützen, selbst im Wohnungsbau aktiv zu werden. Um vor allem den kleinen und mittleren Gemeinden das nötige Knowhow zur vermitteln, werden wir den Gemeinden im Rahmen der Reform des „*Pacte Logement*“ einen Pool an Wohnbauberatern zur Seite stellen. Die DP hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode eine Subvention von bis zu 75% für Gemeinden eingeführt, die sozialen Wohnungsbau schaffen. Wir werden diese finanziellen Anreize ausbauen, indem wir die Subventionierung zukünftiger Projekte an ein kontinuierliches, kommunales Engagement koppeln. Konkret stellen wir eine gestaffelte Subventionierung von bis zu 100% in Aussicht, falls die Gemeinden innerhalb von drei Jahren jährlich mindestens ein Projekt für sozialen Wohnungsbau einreichen.

Genehmigungsprozeduren beschleunigen

Die DP-geführte Regierung hat mit dem Omnibus-Gesetz und der Reform des Naturschutzgesetzes bereits wichtige Prozedurvereinfachungen beschlossen. Die DP wird in den nächsten Jahren die Genehmigungsprozeduren weiter beschleunigen. Wir werden ein systematisches Monitoring der geltenden Gesetzgebung einrichten, um so schnell auf Hemmnisse in der Praxis reagieren zu können. Da die aktuelle Gesetzgebung und ihre Ausführungsreglemente im Bereich Wohnen und Bauen lediglich für Fachanwälte zu überblicken sind, wird die DP einen übersichtlichen „*Code de la construction*“ zusammenstellen. Wir wollen außerdem der „*Cellule de facilitation urbanisme et environnement*“ sowie der „*PAP-Plattform*“, die zur Beschleunigung der Prozeduren beitragen, zusätzliche Mittel geben. Zudem wird die DP dafür sorgen, dass alle Genehmigungsprozeduren online durchlaufen werden können. Die DP wird zudem eine Vereinfachung der Prozeduren für die allgemeinen Bebauungspläne und Teilbebauungspläne vorantreiben.

Alle Kompetenzen für Wohnungsbau in einem Ministerium verankern

Die Genehmigung von Wohnprojekten unterliegt derzeit der Verantwortung von Umwelt- und Innenministerium, also von zwei Verwaltungen. Da alle Parteien den Wohnungsbau zur politischen Priorität erklärt haben, möchte die DP die Kompetenzen für den Wohnungsbau

konsequenterweise im Wohnungsbauministerium bündeln. Dieser Schritt würde eine deutliche Entbürokratisierung der langwierigen Genehmigungsprozeduren bedeuten.

Keine neuen Enteignungsinstrumente schaffen

Die DP wird keine neuen Enteignungsinstrumente einführen, wie sie von anderen Parteien gefordert werden. Die DP wird nicht zulassen, dass das Eigentum von Bürgern, die möglicherweise Bauland für ihre Kinder oder Enkelkinder im Familienbesitz halten wollen, gegen ihren Willen enteignet wird, um Wohnraum für dritte Personen zu schaffen. Die öffentliche Hand verfügt bereits über genügend Instrumente, um Wohnraum zu schaffen. Diese Instrumente gilt es aber verstärkt zu nutzen. Die DP lehnt zudem eine nationale Spekulationssteuer auf nicht bebauten Grundstücken und unbewohnten Immobilien ab, da diese die Wohnpreise nur zusätzlich anheizen würden. Positive Steueranreize, wie die Viertel-Satz-Besteuerung haben ihre Wirksamkeit hingegen schon unter Beweis gestellt.

Nationalen Bürgerfonds für Finanzierung staatlicher Immobilienprojekte schaffen

Die DP wird einen Fonds schaffen, in dem die Bürger in staatliche Immobilienprojekte investieren können. Der Fonds wird jedem Investor eine Mindestrendite garantieren. Die DP wird zudem prüfen, ob steuerliche Anreize geschaffen werden können, um diese Investitionen zu fördern.

Investitionen des Pensionsfonds in erschwinglichen Wohnraum unterstützen

Der öffentliche Pensionsfonds verfügt über große Reserven in Höhe von rund 18 Milliarden Euro. Mit diesen Reserven werden nach klaren Kriterien breit gefächerte Investitionen getätigt. Die DP tritt dafür ein, dass der Pensionsfonds zu einem gewissen Anteil in Projekte für mehr erschwinglichen Wohnraum im eigenen Land investiert.

Brachliegendes Bauland mieten

Aus unterschiedlichen Gründen wollen einige Privatbesitzer ihr Bauland nicht sofort bebauen. Die DP wird diesen Bürgern die Möglichkeit bieten, der öffentlichen Hand ihr Grundstück für einen festgelegten Zeitraum (z.B. 30 Jahre) zu vermieten, um dieses zu bebauen. Nach Ablauf der Vertragszeit kann die Konvention mit dem Staat verlängert werden oder das Grundstück an den Eigentümer zurückgegeben werden. Um dieses Modell zu fördern, sind steuerliche Anreize anzudenken, ähnlich dem Modell der Steuerbefreiung von 50% auf Mieteinnahmen von Wohnungen, die im Rahmen der „*gestion locative sociale*“ zur Verfügung gestellt werden.

Wohnraum für Studenten schaffen

Die DP wird das Angebot an bezahlbaren und campusnahen Studentenwohnungen erhöhen und private Initiativen zum Bau von Studentenwohnungen ermutigen.

Wohngemeinschaften und Wohnbaugenossenschaften fördern

Die DP wird den rechtlichen Rahmen für Wohngemeinschaften stärken, damit Mieter sowie WG-Vermieter klare Vorgaben über die jeweiligen Rechten und Pflichten haben. Damit soll vor allem ein größeres Angebot an Wohngemeinschaften für junge Menschen geschaffen werden.

Das DP-geführte Wohnungsbauministerium hat in den vergangenen Jahren Interessenten für die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Um die Entwicklung solcher neuer Wohnformen in Luxemburg stärker voranzutreiben, wird die DP in diesem Kontext die wirtschaftlichen und rechtlichen Hürden beseitigen.

Verwaltung von sozialen Mietwohnungen („gestion locative sociale“) weiter ausbauen

In der laufenden Legislaturperiode wurde zusätzlich sozialer Wohnraum geschaffen, u.a. durch die Einführung von Steuerermäßigungen bei der Immobilienvermietung an zugelassene Organisationen zur Verwaltung von Sozialwohnungen. Das Konzept der Verwaltung von sozialen Mietwohnungen soll ausgebaut werden. Die DP wird auch Gesellschaften Steuervorteile zugestehen, falls diese eine Immobilie an zugelassene Organisationen vermieten. Wir werden außerdem den zugelassenen Organisationen mehr Mittel für Personal zur Verfügung stellen, um die soziale Betreuung im Rahmen der Verwaltung von sozialen Mietwohnungen zu verbessern.

Klimabank ausbauen

Nach der Schaffung der Klimabank, wird die DP diese nun ausbauen. Um die Förderung der nachhaltigen Energiesanierung bestehender Wohnungen zu fördern, wird die DP die Kriterien des Klimadarlehens so anpassen, dass alle Eigentümer ein zinsloses Klimadarlehen erhalten können. Dieses neue Angebot der Klimabank wird dazu beitragen, die nationalen Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig können Wohnungseigentümer, bzw. die Mieter dieser Wohnungen, ihre Energiekosten erheblich verringern.

Wohnungsbeihilfen überarbeiten

Die DP wird die staatlichen Wohnungsbeihilfen an die aktuelle Lage auf dem Immobilienmarkt und an die Inflation anpassen. Sowohl die Höhe der Beihilfen als auch die Gehaltsobergrenzen für Anwärter werden nach oben angepasst. Bezüglich der Bearbeitung konnte die Bearbeitungszeit der Anfragen bereits deutlich verkürzt werden. Die DP wird die Modernisierung und Digitalisierung der verantwortlichen Verwaltung vorantreiben.

Öffentliche Bauträger besser aufstellen

Das DP-geführte Wohnungsbauministerium hat die Produktivität des Fonds du Logement und der SNHBM innerhalb von nur fünf Jahren erheblich gesteigert. Wir werden daran anknüpfen und in den nächsten Jahren die Zahl der Wohneinheiten, die von den öffentlichen Bauträgern errichtet werden, weiter steigern. Neben dem Bau von Immobilien sollen die öffentlichen Bauträger in Zukunft auch private Wohnungen mieten können, um die Wartezeiten auf eine Sozialwohnung deutlich zu verkürzen.

„Guichet unique“ für Anwärter auf eine Sozialwohnung schaffen

Bislang mussten Anwärter auf eine Sozialwohnung sich auf unterschiedlichen Listen, je nach Bauträgern, eintragen. Die DP wird diese Prozedur erheblich vereinfachen, indem wir eine zentrale Anlaufstelle für alle Anwärter schaffen.

Soziale Mixität in Wohnvierteln garantieren

Die DP wird eine soziale Mixität in sämtlichen Wohnprojekten der öffentlichen Bauträger sicherstellen. Aus diesem Grund soll ein derartiges Wohnprojekt nicht ausschließlich aus Miet- und Sozialwohnungen bestehen.

Superreduzierten TVA-Satz auf Renovierungen nach 10 Jahren anwenden

s. Kapitel Steuerpolitik: die Bürger gerecht entlasten und Unternehmertum fördern

Zusammenarbeit mit den privaten Akteuren ausbauen

Die Steigerung des Angebots an erschwinglichem Wohnraum ist nur in Zusammenarbeit mit privaten Akteuren möglich. Die DP wird weiterhin gemeinsame Modelle mit den privaten Akteuren ausarbeiten, um Angebot und Nachfrage nach Wohnraum zusammenzuführen.

Landesplanung

Unser Land nachhaltig planen

Die DP wird einer weiteren Landschaftszersiedelung mittels einer kohärenten Landesplanung entgegenwirken. Die vier sektoriellen Pläne für Wohnungsbau, Landschaften, Transport und Wirtschaftszonen dienen dabei als wichtiges Steuerungsinstrument. Die Regierung hat den Landesplanungsstau der vorherigen Regierungen aufgelöst und die sektoriellen Pläne auf den Instanzenweg gebracht. Die DP wird die geplanten Projekte so schnell wie möglich umsetzen und die Zeitpläne straffen. Wir werden vor allem die Priorität auf den Bau von Umgehungsstraßen setzen, da die Verkehrszunahme die Lebensqualität von Wohnvierteln in vielen Ortschaften mindert. Zudem wird die DP ein neues „*Programme directeur d'aménagement du territoire*“ (PDAT) ausarbeiten, das die großen Leitlinien der Landesplanung vorgibt.

„Zones franches“ jenseits der Grenze errichten

s. Kapitel Wirtschaftspolitik: Standort stärken und Mittelstand fördern

Gemeindefusionen nur auf freiwilliger Basis

Mit der DP in der Regierung wird es keine erzwungenen Gemeindefusionen geben. Wir werden es weiter den Einwohnern der jeweiligen Gemeinden überlassen, ob und mit wem sie fusionieren möchten. Wir lehnen ein nationales Referendum über Gemeindefusionen ab, da es undemokratisch ist, wenn Einwohner von großen Gemeinden das Schicksal kleinerer Gemeinden über deren Köpfe hinweg bestimmen. Die DP setzt vielmehr auf zusätzliche, finanzielle Anreize, um die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden zu fördern und Fusionsprojekte zu ermutigen.

Gemeindeautonomie stärken und Gemeinden finanziell besser ausstatten

Die Gemeinden spielen eine immer wichtigere Rolle im Alltagsleben und in Bezug auf die Lebensqualität vieler Bürger. Die DP wird die Kompetenzen der Gemeinden neu definieren und ihnen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihren Aufgaben im Dienst der Bürger nachkommen können. Die DP-geführte Regierung hat die dringend notwendige Gemeindefinanzreform auf den Weg gebracht und für eine gerechtere Verteilung der finanziellen Mittel gesorgt. Die DP ist der Meinung, dass der Staat den Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen muss, damit diese ihre zunehmenden Verpflichtungen gegenüber dem Bürger erfüllen können. Wir werden deshalb sowohl den urbanen als auch den ländlichen Gemeinden mehr finanziellen Spielraum zugestehen. Außerdem soll die aktuelle Subventionspolitik für kommunale Projekte reformiert werden. Kostenintensive Infrastrukturen sollen nicht automatisch höhere staatliche Zuschüsse mit sich bringen, sondern die Subventionen sollen an den Mehrwert für die Bürger gekoppelt werden.

Mobilität: moderne Verkehrsinfrastrukturen für heute und morgen

Luxemburg braucht eine moderne Verkehrsinfrastruktur, die es den Bürgern ermöglicht bequem und möglichst schnell von A nach B zu kommen. Rund eineinhalb Stunden benötigt jeder Bürger im Schnitt pro Tag um sich fortzubewegen. Die DP will diese Zeit deutlich verringern.

In der aktuellen Legislaturperiode hat die DP-geführte Regierung begonnen, den chronischen Nachholbedarf im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen aufzuholen. Das Tram-Gesetz wurde gestimmt und der Bau des Tramnetzes schreitet planmäßig voran. Der neue Bahnhof im Pfaffenthal mit der Seilbahnverbindung nach Kirchberg wurde fertiggestellt, was deutliche Zeitgewinne für die Zugreisenden Richtung Kirchberg mit sich bringt. Der dringend benötigte Ausbau des Hauptbahnhofs in Luxemburg-Stadt wurde begonnen und wird zusätzliche Zugkapazitäten schaffen. Der Ausbau von zwei auf drei Spuren der Autobahn A3 in Richtung Süden wird demnächst anfangen und mittelfristig zu Entlastungen auf dieser stark befahrenen Strecke sorgen. Aber auch das Gesetz zum Ausbau des landesweiten Radwegnetzes wurde verabschiedet, um die Lücken im Netz zu schließen und die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten.

Trotz Rekordinvestitionen in die Verkehrsinfrastrukturen während der vergangenen 5 Jahren, behält Luxemburg einen chronischen Nachholbedarf an Verkehrsinfrastrukturen. Weil die Mobilitätsplanung allerdings mit der Entwicklung des Landes Schritt halten muss, wird die DP die Investitionen in die Mobilität deutlich erhöhen.

Für die DP soll im Endeffekt der einzelne Bürger selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel er nutzen möchte. Der öffentliche Transport soll in dem Maße gestärkt werden, dass er größtenteils eine gleichwertige oder gar bessere Alternative zum Individualtransport bietet. Im Moment fallen beispielsweise immer noch zu viele Züge aus, vermehren Verspätungen oder sind zu Spitzenzeiten überfüllt. Rund zwei Prozent der Verkehrsteilnehmer sind Fahrradfahrer. Besonders auf kurzen Distanzen ist das Fahrrad eine reelle Alternative. Deshalb werden wir massiv in das Angebot und in die Sicherheit von Fahrradwegen investieren. Die DP wird auch konsequent Straßenbauprojekte vorantreiben, insbesondere den Bau von Umgehungsstraßen, die zu einer Verkehrsberuhigung in vielbefahrenen Ortschaften führen und die Lebensqualität der Einwohner deutlich erhöhen.

Die DP wird die Herausforderungen in der Mobilität ganzheitlich angehen: das geht von der grundsätzlichen Vermeidung von unnötigem Verkehrsaufkommen – etwa durch dezentrale Arbeitsplätze und Télétravail – bis zu massiven Investitionen in den öffentlichen Transport und in die Verkehrsinfrastruktur. Wir werden das von der DP-geführten Regierung ausgearbeitete Mobilitätskonzept MoDU 2.0. und den sektoriellen Plan „Transport“ umsetzen. Die DP wird zusätzlich dafür sorgen, dass die geplanten Maßnahmen mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet und damit spürbar schneller realisiert werden. Sie wird zudem die Prioritätenliste der großen Verkehrsinfrastrukturprojekte überarbeiten und wichtige Projekte vorziehen. Dieses konzentrierte Vorgehen im Sinne eines nationalen Mobilitätsplans wird dafür sorgen, dass die Bürger vom Ausbau der Verkehrsinfrastruktur deutlich früher profitieren als ursprünglich geplant.

Verkehrsinfrastrukturprojekte schneller umsetzen und Investitionen deutlich erhöhen

Die DP wird das Mobilitätskonzept und den sektoriellen Plan „Transport“ schneller und konsequenter umsetzen als bisher geplant. Wir werden zudem die Prioritätenliste der geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekte überarbeiten und zeitlich vorziehen. Wichtige Projekte, wie die multimodalen Plattformen, eine Tramanbindung Richtung Esch-Belval und der Ausbau des hauptstädtischen Bahnhofs genießen höchste Priorität. Straßenbauprojekte und Umgehungsstraßen werden einzeln geprüft und ihre Priorität, falls nötig, angepasst. Die DP wird in den kommenden Jahren die Infrastrukturausgaben gegenüber der vorherigen Periode deutlich steigern. Die DP wird sämtliche Investitionen in das Straßen-, Schienen- und Radwegnetz überprüfen und die jährlichen Investitionen erhöhen, um Projekte schneller zu realisieren.

Neue Finanzierungsmodelle für Verkehrsinfrastrukturen erschließen

Der Bedarf an neuen Verkehrsinfrastrukturen ist nach wie vor riesig. Die DP wird ein ambitioniertes Investitionsprogramm realisieren und Infrastrukturprojekte im Sinne einer besseren Mobilität deutlich schneller umsetzen als ursprünglich geplant. Um diese Projekte solider und wirksamer zu finanzieren, werden wir – zusätzlich zu den geplanten Haushaltsmitteln – alternative Finanzierungsmodelle in Kooperation mit der europäischen Investitionsbank sowie privaten Partnern in Betracht ziehen.

Mobilitätsberater für Gemeinden einführen

Gerade kleineren Gemeinden fehlt oft das Knowhow für die Erstellung eines eigenen Mobilitätskonzeptes. Die DP wird den Gemeinden im Rahmen des Klimapakts Mobilitätsberater zur Seite stellen, damit diese gemeinsam mit der Gemeinde ein kommunales Mobilitätskonzept ausarbeiten.

Betriebliche Mobilitätskonzepte fördern

Die Unternehmen haben eine hohe Verantwortung für das Mobilitätsmanagement ihrer Mitarbeiter. Die DP wird jene Unternehmen fördern, die Mobilitätskonzepte für ihre Mitarbeiter umsetzen. Sogenannte „*Mobility Manager*“ sollen die Unternehmen dabei unterstützen, Mobilitätskonzepte auszuarbeiten und umzusetzen.

Neue innovative Verkehrsmittel studieren

Eine gute und effiziente Organisation der Mobilität ist nicht nur wichtig für die Wirtschaft, sondern ist auch ein bedeutender Faktor für die Lebensqualität der Menschen. Angesichts der großen Herausforderungen in der Mobilität wird die DP sich auch neuen innovativen Verkehrsmitteln nicht verschließen.

Qualität des Straßennetzes und Lebensqualität für Einwohner erhöhen

Die DP wird das Straßennetz qualitativ verbessern und konsequent die bereits geplanten Umgehungsstraßen vorantreiben. Die DP wird zusammenhängende Umgehungsstraßenprojekte, wie beispielsweise Niederkerschen und Dippach oder Ettelbrück und Feulen, zeitnah durchführen. Dies um sicherzustellen, dass durch Verkehrsberuhigungen in einer Ortschaft keine Bürger in einer anderen Ortschaft benachteiligt werden.

Kapazität von Straßen durch flexible Nutzung von Fahrbahnen und des Seitenstreifens ausbauen

Die DP möchte intelligente Systeme einsetzen, die die Anzahl an Fahrbahnen, je nach Verkehrsaufkommen, in eine Richtung erhöhen und in die andere reduzieren. Vorstellbar wäre es z.B., wenn mehr Fahrbahnen morgens in Richtung Luxemburg-Stadt zur Verfügung ständen und abends stadtauswärts. Die DP wird prüfen, inwiefern ein mobil versetzbares

Leitplankensystem auf luxemburgischen Autobahnen und Nationalstraßen machbar ist, um so die Straßenkapazität in den Spitzenstunden in eine Richtung zu erhöhen.

Die DP wird zudem die Möglichkeit prüfen, in der Verkehrsrushhour den Seitenstreifen auf Autobahnen als zusätzliche Fahrbahn zu nutzen. So kann der Seitenstreifen bei starker Belastung zur Fahrbahn erklärt werden. Dieses Prinzip funktioniert bereits in den Niederlanden und in Bayern.

Intelligente, digitalisierte Verkehrsleitsysteme einführen

Die DP wird intelligente Verkehrsinformations- und -leitsysteme auf Autobahnen und auf viel befahrenen Nationalstraßen einsetzen. Diese Technik wird die Straßenkapazität durch eine intelligente Systemtechnik und ein Verkehrsmanagement erhöhen. In Echtzeit können so Daten über die Auslastung von Straßen gesammelt und in Verbindung mit den Daten von Verkehrsteilnehmern einem effizienten Verkehrsmanagement dienen.

Zudem wird die DP vermehrt Ampeln – je nach Verkehrslage – intelligent steuern und das Prinzip der grünen Wellen soweit wie möglich erweitern.

Gratis Nutzung des öffentlichen Transports einführen

Um mehr Menschen zu ermutigen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, wird die DP landesweit den gratis öffentlichen Transport einführen. Bereits heute sind die öffentlichen Verkehrsmittel zu einem Großteil durch die öffentliche Hand subventioniert. 2018 beliefen die öffentlichen Ausgaben für den öffentlichen Transport sich auf knapp 900 Millionen Euro. Der Verkauf von Fahrkarten und Abonnements deckt derzeit nur einen geringen Teil des Kostenpunkts, nämlich rund 30 Millionen Euro. Durch die Einführung des gratis öffentlichen Transports kann ein Teil dieser Einnahmen durch den Wegfall von Kontrollen und Ticketverkäufen eingespart werden. Die DP wird zudem das Sicherheitspersonal im öffentlichen Transport aufstocken.

Grenzüberschreitende Mobilität mitdenken

Die DP wird die Großregion bei der Mobilitätsplanung miteinbeziehen. Es genügt nicht Auffangparkings nur in Luxemburg anzusiedeln, sondern diese müssen auch in der Grenzregion ausgebaut werden. Dafür muss es weitere Bemühungen geben, um die Preisgestaltung des öffentlichen Transports in der Grenzregion an die Preisgestaltung in Luxemburg anzunähern. Die DP will einen MPass für die Großregion anbieten. Zudem setzt die DP sich dafür ein, die Zuganbindungen im Ausland zu verbessern (beispielsweise Richtung Brüssel).

Tram ausbauen

Die DP wird die bereits angekündigte Tramverbindungen, beispielsweise Richtung Esch, Leudelingen, Strassen und Mamer schnell vorantreiben. Für die DP muss die Schienenanbindung mittels schneller Tram allerdings auch in Richtung Echternach, über den Waldhaff und Junglinster, führen. Insbesondere beim Ausbau des Tramnetzes wird die DP neue Strecken deutlich schneller und mit mehr finanziellen Mitteln umsetzen, damit die Bürger nicht erst in zehn Jahren von zusätzlichen Verbindungen profitieren.

Expressbuslinien und Verbindungen zwischen Ortschaften stärken

Die DP wird auf den Hauptverkehrsachsen zusätzlich Expresslinien einsetzen, die nur sehr wenige zentrale Haltestellen bedienen. Regionale und kommunale Buslinien sollen die Verbindung zwischen kleineren Ortschaften und den Expresslinien herstellen. Wir

versprechen uns von dieser Neuordnung der Busverbindungen deutliche Effizienzsteigerungen und Zeitersparnisse für die Nutzer.

Veraltete Züge konsequent ersetzen

Die DP wird eine Materialoffensive im Schienenverkehr starten. Es ist nicht zeitgemäß, dass besonders in Richtung Norden immer noch Züge eingesetzt werden, die für Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder quasi unbenutzbar sind. Die DP wird flächendeckend moderne und gut zugängliche Züge mit Wifi-Ausstattung einführen.

Fahrpläne von Bus und Zug besser abstimmen

Die DP wird die Fahrpläne im öffentlichen Transport überarbeiten, um eine bessere Abstimmung zwischen Bus und Zug zu erzielen. Besonders die regionale Busanbindung an die Bahnhöfe wird verbessert.

Sanfte Mobilität fördern

Ob Fahrrad, Roller oder zu Fuß: sanfte Mobilität ist nicht nur umweltschonend, sondern entlastet auch das Straßennetz. Deshalb wollen wir diese Mobilität konsequent fördern und in Fußgänger- und Fahrradwege investieren, mit dem Ziel diese Fortbewegung attraktiver im Vergleich zu Auto und Bus zu gestalten.

Verkehrs- und Fußgängersicherheit verbessern

Die DP wird verstärkt in die Verkehrssicherheit investieren, um Unfälle auf ein Minimum zu reduzieren. Wir werden die Strategie „*Vision 0*“ weiterführen, die das ambitionierte Ziel verfolgt, die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu reduzieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Sicherheit der Fußgänger, als schwächste Verkehrsteilnehmer. Wir wollen ein umfassendes Konzept ausarbeiten, das die Sicherheit und Sichtbarkeit der Fußgänger, besonders in der kalten Jahreszeit, garantiert. Das bedeutet z.B. eine konsequente und effektive Beleuchtung von Zebrastreifen und von viel benutzten Bürgersteigen.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sicherstellen

Menschen mit Einschränkungen sowie ältere Bürger müssen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb wird die DP sich konsequent für eine Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im Verkehrsnetz einsetzen.

Radschnellwege einführen und Radwegenetz konsequent ausbauen

Die DP wird einen Radschnellweg von Luxemburg-Stadt nach Esch bauen. Ein solcher Weg würde eine sichere, schnelle und möglichst flache Verbindung zwischen beiden Städten für Rad- und Pedelec-Fahrer herstellen. Sonstige, geeignete Streckenführungen werden einer Bewertung unterzogen.

Die DP wird das in dieser Legislaturperiode gestimmte Gesetz über das nationale Radwegenetz konsequent umsetzen und einen schnellen Ausbau des Radwegenetzes und des Parkraums für Fahrräder umsetzen. Die dafür benötigten Ressourcen werden zur Verfügung gestellt.

Elektromobilität fördern

Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektroautos ist die Grundvoraussetzung für den Erfolg der Elektromobilität. Die DP wird daher den landesweiten Ausbau von Ladestationen fördern. Darüber hinaus wird die DP den superreduzierten Mehrwertsteuersatz von 3% für elektrische Fortbewegungsmittel (E-Auto, E-Bike, Pedelec, elektrische Tretroller etc.) einführen, sobald der europäische Rahmen dies ermöglicht.

Mitfahrzentralen fördern

Viele Autofahrer sitzen zu den Spitzenzeiten allein im Auto. Eine gemeinsame Nutzung würde die Straßen deutlich entlasten. Die DP wird Fahrgemeinschaften auch auf ausgewählten Busspuren zulassen. Die DP-geführte Regierung hat eine Mitfahrer-App eingeführt, um die Nutzer unkompliziert in Verbindung zu setzen. Die DP wird die Vernetzung zur Bildung von Fahrgemeinschaften weiter fördern.

Car-Sharing-Angebot miteinander vernetzen

Momentan gibt es mehrere Car-Sharing-Systeme im Land, die Menschen ermöglichen ein Auto für begrenzte Zeit auszuleihen. Um das Car-Sharing in Luxemburg noch attraktiver zu gestalten, wird die DP die Betreiber zu einer Zusammenarbeit ermutigen. Denkbar wäre es z.B. alle Dienste in einer Car-Sharing-App zusammenzufassen oder spezifisch vorgesehene Parkplätze zu teilen.

Günstigere Taxifahrten durch komplette Öffnung des Marktes erzielen

Die 2016 beschlossene Taxireform hat ihr Ziel, die Preise für Taxifahrten zu senken, verfehlt. Die DP hat bereits damals im Parlament gefordert, den Sektor komplett zu öffnen und die Taxilizenzen nicht mehr zu begrenzen. Deshalb werden wir die Reform in diesem Punkt nachbessern und jedem Anwärter, der die gesetzlichen Kriterien erfüllt, eine Lizenz ausstellen. Außerdem wird die DP die Einteilung in Regionen abschaffen, sodass jeder Taxifahrer Kunden in ganz Luxemburg bedienen kann. Wir versprechen uns von dieser Öffnung ein höheres Angebot und somit einen verstärkten Druck auf die Fahrpreise.

Gesetzlichen Rahmen für autonomes Fahren schaffen

Autonome Autos klingen nach Zukunftsmusik, doch sind sie vielerorts bereits in der Testphase. Die DP wird den gesetzlichen Rahmen schaffen, um autonomes Fahren auf unseren Straßen zu reglementieren und somit bereit zu sein, wenn die technologische Entwicklung den Einsatz dieser Fahrzeuge zulässt. Auch der Einsatz von Drohnen, beispielsweise im Zusammenhang mit Rettungseinsätzen, muss reglementiert werden.

Sport und Bewegung: Ein gesundes Leben fördern

Die DP misst dem Sport eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung bei. Sport ist gesundheitsfördernd, vermittelt Toleranz und Teamgeist, hilft soziale Gegensätze zu überwinden und ist zudem ein wichtiger Integrationsfaktor. Wir wollen diese Bedeutung im Bewusstsein der Gesellschaft stärken und den Breiten-, Leistungs-, und Behindertensport in diesem Sinne fördern.

Die finanzielle Unterstützung für die Jugendarbeit der Vereine stieg in der laufenden Legislaturperiode um ein Vielfaches. Mit der Einführung des „*Subside Qualité Plus*“ wurde der Betrag der Zuschüsse zudem an klare Ausbildungskriterien der Trainer geknüpft. Dies schafft zusätzliche Anreize für die lokalen Vereine, in eine qualitativ hochwertige Betreuung ihrer jungen Sportler zu investieren.

Neben den Vereinen sind unsere Sportverbände die Stützen des luxemburgischen Sports. Dieses hohe Maß an Verantwortung ruht allerdings tagtäglich auf den Schultern einiger weniger Freiwilliger, deren lobenswerter Einsatz in den vielen Sportarten unabdingbar geworden ist. Besonders die administrativen Ansprüche lassen viele Sportverbände an ihre Grenzen stoßen. Wir werden deshalb die Sportverbände unterstützen, sich professioneller aufzustellen und somit die Professionalisierung des Verbandsports vorantrieben.

Die DP will zudem dem Bewegungsmangel im Kleinkindalter entschieden entgegenwirken. Der Mangel an körperlicher Aktivität ist zu einem ernsten Problem der Familien und unserer Gesellschaft geworden. Die Folgen reichen von mangelnder körperlicher Fitness über Haltungsschäden bis hin zu geringerer Leistungsfähigkeit. Wir werden der Bewegungserziehung in und außerhalb der Schule deshalb einen höheren Stellenwert einräumen.

Sportsbudget langfristig auf 1% des Staatshaushaltes erhöhen

Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention haben ihren Preis. Deshalb wird sich die DP in den kommenden Jahren dafür einsetzen, das Budget des Sportsministeriums langfristig auf 1% des Staatshaushalts zu erhöhen. Das Wohlbefinden der Gesellschaft ist uns das wert. Dabei sollen die zusätzlichen Mittel vornehmlich für Maßnahmen gegen den Bewegungsmangel und den Breitensport eingesetzt werden.

Dem Bewegungsmangel im Kleinkindalter entgegenwirken

Kleinkinder bewegen sich von sich aus gerne, man muss ihnen aber die Möglichkeit dazu geben. Die DP wird dafür sorgen, dass die unterschiedlichen Bildungsstrukturen (Schule, Maison Relais, Kinderbetreuungsstätte) über genügend und angemessene Räumlichkeiten verfügen, damit die Kinder sich gerne und frei bewegen können.

Mit Bewegung lernen: Projekt „*Bewegte Schule*“ ausweiten

s. Kapitel Bildung: Faire Zukunftschancen für unsere Kinder

Bei der Trainerausbildung auf Qualität setzen

Bewegungserziehung findet nicht nur in der Schule statt. Auch Trainer tragen in den Sportvereinen eine Mitverantwortung für die gezielte Förderung des Bewegungsapparats. Aus diesem Grund wird die DP sich für eine verlässliche Förderung der Trainerausbildung einsetzen. Die Vereine sollen weiter durch Zuschüsse belohnt werden, wenn sie qualifizierte Trainer für die Betreuung ihrer jungen Sportler einstellen.

Sportverbände administrativ entlasten und Professionalisierung vorantreiben

Die Sportverbände bilden die Basis des Luxemburger Sportwesens. Die administrativen Ansprüche und Aufgaben, die an die Sportverbände gestellt werden, sind mit der Zeit gewachsen. Die Sportverbände stoßen schon länger an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Damit die ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht die einzige Stütze vieler Verbände bleiben, will die DP die Sportverbände konsequent administrativ entlasten und die Professionalisierung der Verbände unterstützen.

Leistungs- und Spitzensport fördern

Leistungs- und Spitzensport ist ein hervorragender Botschafter und ein Aushängeschild im Ausland. Er ist gleichzeitig Anreiz und Herausforderung für den Einzelnen, Ausdruck von Leistungswillen und -fähigkeit einer Gesellschaft. Die DP befürwortet das Konzept der sogenannten Doppelkarriere („*Dual Career*“), durch die ein Sportler Hochleistungssport und Ausbildung miteinander vereinbaren kann. Zudem sollen Anreize geschaffen werden, um Privatunternehmen in die Förderung von Hochleistungssportlern miteinzubinden.

Die Unterstützung des Behindertensports steht ebenfalls im Fokus unserer Bemühungen. Herausragende Leistungen in diesem Bereich sind ebenfalls die Triebfeder für alle Menschen mit einer Behinderung und den gesamten Behindertensport. Die DP wird solche Sportler weiterhin unterstützen, damit sie ihrer sportlichen Tätigkeit barrierefrei nachkommen können.

Sportförderkonzept des COSL umsetzen

Die DP sieht im „*Concept Intégré pour le sport au Grand-Duché du Luxembourg*“ des luxemburgischen Olympia-Komitees COSL eine bedeutungsvolle und richtungsweisende Gesamtstrategie für die Förderung der luxemburgischen Sportlandschaft. So finden unter anderem die Entstehung des Olympiastützpunktes, die Förderung der dualen Karriere oder die professionellere Unterstützung der Sportverbände, ihren Ursprung im globalen Förderkonzept. Die DP wird die angeführten Verbesserungsvorschläge in Zusammenarbeit mit den betroffenen Institutionen, Partnern und Verbänden in die Tat umzusetzen.

„Congé sportif“ bilanzieren

Der sogenannte „*Congé sportif*“ kann Spitzensportlern, unverzichtbaren Betreuern sowie Schieds- und Linienrichtern gewährt werden, um ihnen eine bessere Beteiligung an internationalen Wettbewerben zu erlauben. Die DP wird diesen Sporturlaub bilanzieren und gegebenenfalls die Dauer, das Verfahren, sowie die Liste der berechtigten Nutznießer nach transparenten Kriterien anpassen.

Sport hat eine gesellschaftliche Vorbildfunktion

Die DP bekennt sich zu einem „sauberen“, dopingfreien Spitzen- und Breitensport. Wir werden den Kampf gegen das Doping in allen Bereichen des Sports kategorisch weiterführen. Gleichmaßen zeigen wir auch Rassismus, Hass, und Homophobie im Sport die rote Karte und setzen in allen Fällen auf eine Null-Toleranz-Politik.

Gesundheit und Sozialversicherung: schnellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Medizin und Systeme langfristig sichern

In der Gesundheitspolitik legt die DP den Fokus auf einen schnellen Zugang der Patienten zu einer qualitativ hochwertigen Medizin. Gleichzeitig misst die DP der langfristigen Absicherung des Gesundheits- und Rentensystems höchste Priorität bei.

In der laufenden Legislaturperiode hat die DP sich für weitreichende Verbesserungen im Gesundheitssystem eingesetzt. Im Rahmen der Verabschiedung des neuen Spitalplans sorgte die DP beispielsweise maßgebend für eine regional flächendeckende Versorgung in unseren Krankenhäusern. Das Angebot an basismedizinischen Diensten wurde ausgebaut. Darüber hinaus haben wir uns für ein stärkeres Mitspracherecht der Ärzteschaft und der Personaldelegation in den Verwaltungsräten der Krankenhäuser eingesetzt. Aufgrund hoher Überschüsse in der Gesundheitskasse konnten zudem die Leistungen für die Patienten, beispielsweise im Bereich der Zahnmedizin, ausgebaut werden.

Die Leistungen des luxemburgischen Gesundheitssystems zählen zu den großzügigsten weltweit und brauchen keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Die DP gibt sich damit jedoch nicht zufrieden und wird das Gesundheitssystem weiter verbessern. Besonders bei der Effizienz und Transparenz ist im Gesundheitswesen noch viel Luft nach oben. Fehlende Daten zu Qualitätsstandards, mittelmäßige Qualitätsdaten, sowie ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand erschweren gegenwärtig den Weg zu neuen, innovativen und bedarfsorientierten Betreuungskonzepten der Medizin und Pflege. Die DP wird sich dafür stark machen, dass vollbesetzte Warteräume in den Notaufnahmen und monatelange Wartezeiten auf eine IRM-Untersuchung oder ein CT-Scan der Vergangenheit angehören.

Aufgrund der demographischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung warten neue Herausforderungen auf das Gesundheitswesen in den kommenden Jahren. Das Gesundheitswesen wird in Zukunft sicherlich stärker beansprucht und demnach auch kostspieliger. Um eine flächendeckend erstklassige Patientenversorgung anzubieten, werden wir in Zukunft gezielter und effizienter in unser Gesundheitssystem investieren. Die DP wird hierzu besonders auf die Möglichkeiten der Digitalisierung zurückgreifen. Getreu dem Motto „Vorbeugung ist die beste Medizin“, werden wir zudem erhebliche Mittel in die Gesundheitsprävention und -förderung investieren.

Das Gesundheits- und Rentensystem betreffend steht die DP zum Prinzip der Generationengerechtigkeit. Die aktuelle Lage der Sozialversicherungssysteme ist gesund, so verfügt Luxemburg gegenwärtig über Rentenreserven in Höhe von fast dem 4,5-fachen der jährlichen Ausgaben. Die DP wird regelmäßig eine Evaluation der Situation vornehmen, um zeitnah auf eventuelle Schwankungen reagieren zu können.

Gesundheit

Digitale Gesundheitskarte einführen

Die DP spricht sich für die Einführung einer digitalen Gesundheitskarte aus. Diese wird in Zukunft nicht nur wichtige Informationen für den Patienten speichern, sondern auch ein vereinfachtes Bezahlssystem für Arztrechnungen mit sich bringen, sowie eine Transparenz der Medikation des Patienten durch die Möglichkeit der Ausstellung von elektronischen Rezepten. Somit kann gefährlichen Wechselwirkungen und Medikamentenmissbrauch auf diese Art und Weise besser vorgebeugt werden.

Prävention und Früherkennung fördern

Die DP will die medizinische Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten im Rahmen einer nationalen Gesamtstrategie fördern. Einerseits wollen wir durch Sensibilisierungskampagnen ein gesundheitsbewusstes Leben und Arbeiten sowie andererseits die Frühdiagnostik und -behandlung weiter fördern. Wir legen in diesem Zusammenhang auch sehr viel Wert auf die schulmedizinischen Dienste, die Gesundheitsschäden oder psychische Probleme bei Kindern durch kinderärztliche Voruntersuchungen frühzeitig erkennen sollen.

Luxemburgisch-Kurse im Gesundheitswesen fördern und ausbauen

Gerade bei einem Krankenhausaufenthalt, der eh schon belastend für den Patienten ist, ist es für manche Bürger schwierig sich in einer Fremdsprache auszudrücken. Besonders die vielen medizinischen Begriffe können zu Verständigungsproblemen zwischen dem Patienten und dem Pflegepersonal führen. Die DP wird deshalb das Angebot an Luxemburgisch-Kursen im Gesundheitswesen vorantreiben, um die Kommunikation zwischen Patient und Personal zu verbessern. Darüber hinaus sollte auch eine luxemburgisch sprechende Person zur Verfügung stehen, um eventuelle Verständigungsprobleme überwinden zu können. Wir werden auch das vom DP-geführten Kulturministerium zusammengestellte Online-Wörterbuch für medizinische Begriffe „*med.lod.lu*“ weiter fördern.

Wartezeit für eine IRM-Untersuchung verkürzen

Eine vier-bis sechsmonatige Wartezeit für eine IRM-Untersuchung sind keine Seltenheit in Luxemburg. Patienten lassen sich sogar stationär behandeln oder weichen auf Krankenhäuser in der Grenzregion aus, um schneller zu einem Termin zu kommen. Die DP-geführte Regierung hat kürzlich dem Erwerb von vier neuen IRM-Geräten zugestimmt. Diese neuen Geräte sollen den neuesten technischen Normen entsprechen und vielseitig einsetzbar sein. Wir werden zudem prüfen, inwieweit eine Verlängerung der täglichen Betriebsdauer der Apparate die Wartezeiten in den Krankenhäusern zusätzlich verkürzen könnte.

Telemedizin ausbauen

Die Telemedizin wird in Zukunft eine tragende Rolle im gesundheitlichen Versorgungssystem spielen. Übertragung medizinischer Bilder zwecks Ferndiagnostik (Telepathologie), Home-Monitoring von Patienten, Tele-Ausbildung: die Einsatzgebiete der Telemedizin sind vielfältig. Wir wollen eine flächendeckende Anwendung dieser Technologie ermöglichen und somit eine bessere, effizientere und flexiblere Versorgung der Patienten garantieren.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die Niederlassung der Haus- und Fachärzte in einer eigenen Praxis an Attraktivität gewinnen. Besonders im ländlichen Raum bilden Arztpraxen die Basis einer flächendeckenden, wohnortsnahen und hochwertigen ambulanten Versorgung. Auch die demografische Entwicklung und die Zunahme des Anteils älterer Patienten erfordert ein gutes Angebot in diesem Bereich. Wir werden in diesem Sinn die Funktionsweise und die geographische Lage der Maisons médicales auf ihre Nützlichkeit hin prüfen und gegebenenfalls anpassen. Darüber hinaus wollen wir die Gründung von Gemeinschaftspraxen durch finanzielle Anreize zusätzlich fördern. Diese werden durch flexiblere Öffnungszeiten eine bessere Versorgung der Patienten gewährleisten.

Gesundheitsversorgung zuhause fördern

Zuhause fühlt man sich am wohlsten. Das trifft auch auf die Gesundheitsversorgung zu. Immer mehr Menschen im hohen Alter, mit chronischen Krankheiten oder dauerhaften Behinderungen wollen heutzutage zuhause wohnen bleiben. Wir werden die Gesundheitsversorgung in diesem Sinn anpassen und einen entsprechenden „*Out-of-hospital*“-Aktionsplan ausarbeiten, um den Patienten zu ermöglichen in vertrauter Umgebung wohnen zu bleiben und dennoch unter ärztlicher, pflegerischer Aufsicht zu stehen.

Rückerstattungen im Fall von Lebensmittelallergien überprüfen

Glutenfrei, laktosefrei, fructosearm – Der Gang in den Supermarkt ist für viele Lebensmittelallergiker nicht leicht. Ihr Körper reagiert auf bestimmte Nahrungsmittel überempfindlich, was im schlimmsten Fall lebensgefährliche Reaktionen hervorrufen kann. Da viele herkömmliche Lebensmittel durch Spezialprodukte ersetzt werden müssen, fallen neben einer sorgfältigen Auswahl der Lebensmittel, auch erhebliche Mehrkosten an. Die DP wird prüfen, inwieweit die Rückerstattung solcher Mehrkosten durch die Gesundheitskasse den tatsächlichen Bedürfnissen der Allergiker angepasst ist und wird die Beträge der Rückerstattung gegebenenfalls erhöhen. Des Weiteren wird die DP die administrative Prozedur für eine Rückerstattung prüfen und gegebenenfalls vereinfachen.

Klarheit bei Patientenverfügungen und Organspenden schaffen

Der Mensch hat das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen, zu denen gehört auch der Entscheid über sein eigenes Lebensende. Der Wille des Patienten ist in solchen Fällen unser höchstes Gebot. Etwaige Verfügungen oder die Einwilligung zu einer Organspende sollten zwingend auf der persönlichen digitalen Gesundheitskarte gespeichert werden. Dies führt zu Klarheit im Falle des Ablebens eines Patienten, und bringt die Angehörigen in ihrer traurigen Lage nicht in eine noch misslichere Situation. Die DP steht zum Prinzip, dass jeder Bürger potentieller Organspender ist, es sei denn, er hat sich zu Lebzeiten schriftlich dagegen ausgesprochen. Zudem werden wir mit gezielten Informationskampagnen versuchen, mögliche Bedenken der Bevölkerung gegenüber Organspenden zu mindern.

Fonds zur Entschädigung des „*aléa thérapeutique*“ einführen

Die DP wird unverzüglich einen öffentlichen Fonds für die Entschädigung jener unverhofften Zwischenfälle schaffen, die ohne Fehlverhalten eines Gesundheitsdienstleisters entstehen („*aléa thérapeutique*“). Die Rechte des Patienten werden somit gestärkt. Der Fonds soll ermöglichen Patienten zu entschädigen, bei deren Behandlung ein Unfall geschah, den ein Gericht nicht auf einen zivilrechtlichen Fehler zurückführt.

Ausbau der Medizinstudien hierzulande bewerten

s. Kapitel Hochschule und Forschung: den Innovationsstandort Luxemburg ausbauen

Ausbildung und Beruf des Krankenpflegepersonals aufwerten

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung wird sich die Anzahl an älteren und pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren erheblich erhöhen. Um einem zukünftigen Mangel an Pflegefachkräften entgegenzuwirken, wird die DP den Berufsstand aufwerten und die Ausbildung für angehende Krankenpfleger attraktiver gestalten. Wir werden Bachelor- und Masterstudiengänge fördern und die Kompetenzen der Pflegefachkräfte dementsprechend erweitern.

Ärzte und Pflegepersonal fortbilden

Fortbildung ist ein integraler Bestandteil der ärztlichen und pflegerischen Berufsausübung und eine wichtige Säule der Qualitätssicherung. Die DP spricht sich für eine obligatorische

und kontinuierliche Weiterbildung der Ärzte und des Pflegepersonals aus. Die genauen Rahmenbedingungen werden mit den betroffenen Berufsständen verhandelt.

Zeitaufwand für bürokratische Aufgaben reduzieren

In Pflegeberufen muss der Mensch im Mittelpunkt stehen, nicht die Bürokratie. Die DP wird den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation in Pflegeberufen vermindern, sowohl in der stationären, wie auch in der ambulanten Versorgung. Somit steht dem Pflegepersonal wieder mehr Zeit für die Zuwendung pflegebedürftiger Patienten zur Verfügung. Ein Lösungsansatz bietet hierbei die konsequente Nutzung digitaler Hilfsmittel.

„Programme de recherche en nursing“ (PRN) abschaffen

Die DP wird das sogenannte „Programme de recherche en nursing“ abschaffen. Durch die ständige Berechnung der Personalkosten und dem damit verbundenen bürokratischen Aufwand, bleiben den Krankenpflegern immer weniger Zeit für einen menschlichen Kontakt zum Patienten. Zudem sind die Krankenhäuser heute eh schon in punkto Pflegepersonal chronisch unterbesetzt. Aufgrund der demographischen Entwicklung, sowie der steigenden Lebenserwartung wird sich die Lage in den kommenden Jahren zuspitzen. Um weiterhin die bestmögliche Patientenversorgung zu garantieren, brauchen wir jeden einzelnen Krankenpfleger dort, wo er am meisten gebraucht wird: Auf Station beim Patienten.

Konzept des Referenzarztes bewerten

Der Referenzarzt sollte den Patienten am besten kennen und bei gesundheitlichen Problemen ihr erster Ansprechpartner sein. Das Modell des Referenzarztes hat sich jedoch knapp sechs Jahre nach seiner Einführung nicht durchsetzen können. Sowohl die Anzahl der Versicherten, als auch die der teilnehmenden Ärzte, ist eher enttäuschend. Die DP wird das Konzept des Referenzarztes („*médecin référent*“) bilanzieren, auf seinen Nutzen hin überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Budgetierung nach Qualität anstatt nach Quantität einführen

Die DP wird eine leistungsabhängige Budgetierung der Krankenhäuser nach klaren, transparenten Qualitätskriterien einführen. Anstatt den Krankenhäusern ein Globalbudget auszustellen, werden wir das Budget nach erbrachter Leistung und nach sonstigen klar definierten Kriterien berechnen. Dies erlaubt in allen Krankenhäusern eine kosteneffizientere medizinische Qualität sicherzustellen.

Ausgaben, die nicht diesen Kriterien entsprechen, sollen künftig nicht mehr von der Gesundheitskasse übernommen werden.

Zentrales Informatik- und Informationssystem einführen

Zurzeit gibt es in Luxemburg kein einheitliches Datenverarbeitungssystem im Gesundheitswesen. Kliniken, Arztpraxen, Apotheken und Labore sind weder untereinander, noch mit der Gesundheitskasse vernetzt. Das ist weder kosteneffizient, noch transparent und kann, im schlimmsten Fall, sogar Menschenleben kosten.

Die DP wird dafür sorgen, dass das medizinische Personal landesweit über ein einheitliches Informationssystem verfügt, auf dem alle relevanten Daten und Befunde der Patienten vorhanden sind. Die Kosten- und Zeiteffizienz wird verbessert. Dies bietet zudem den Vorteil, dass nicht nur Missbräuche eingedämmt, sondern auch versorgungswissenschaftliche Daten effizient aufgearbeitet werden können. Datenschutz und Datensicherheit genießen dabei höchste Priorität und werden durch gesetzliche und technische Maßnahmen sichergestellt.

Qualitäts- und Kosteneffizienz der Krankenhäuser durch Synergien fördern

Krankenhäuser gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten Pfeilern unseres Gesundheitswesens. Bei der aktuellen Entwicklung der Krankenhauskosten müssen jedoch neue Wege gefunden werden, um deren Finanzierung zu gewährleisten und somit eine hochwertige Patientenversorgung fortsetzen zu können.

Um eine bessere Qualitäts- und Kosteneffizienz zu erzielen, wird die DP bestimmte Krankenhausdienste zentral organisieren, und gegebenenfalls zusammenführen. Dazu gehören auf jeden Fall die gesamte Informatik, die Hygiene- und Sterilisationsabteilungen, die Qualitätskontrolle, die Aus- und Weiterbildung, sowie die Labore. Es soll zudem zu einer Standardisierung aller medizinischen Prozeduren kommen, die sich an international anerkannten Kriterien ausrichten.

Spezialisierung vorantreiben

Nicht jedes Krankenhaus kann alle möglichen Operationen und Therapien anbieten. Die DP wird deshalb die Spezialisierung der Krankenhäuser unterstützen. Daher werden wir die Bildung von Kompetenznetzwerken zwischen den Krankenhäusern bzw. Expertenteams fördern. Dazu gehört auch die Überlegung über die Einrichtung eines nationalen Onkologiezentrums, sowie die Behandlung und Betreuung seltener Krankheiten.

Ferner werden wir die Patientenbetreuung bei ärztlich verordneten Rehabilitations-, Erholungs- und sonstigen Kuren verbessern und somit die Aufenthalte der Patienten in den Spitälern verkürzen.

Allen Fachärzten Zugang zur Infrastruktur der nationalen Kompetenzzentren ermöglichen

Die DP wird allen dazu qualifizierten Fachärzten Zugang zur Infrastruktur der nationalen Kompetenzzentren bieten. Dies ist im Sinne einer besseren Auslastung der medizinischen Geräte und einer besseren Patientenversorgung im ganzen Land.

Standorte der regionalen Notfall-Kliniken absichern und ausbauen

In lebensbedrohlichen Situationen sollten Patienten keine weiten Anfahrtswege auf sich nehmen müssen. Die DP wird die Standorte der regionalen Notfall-Kliniken in Wiltz, Niederkorn, sowie der traditionsreichen Zitha deshalb langfristig absichern. Wir werden zudem die Akutversorgung um eine weitere Notfall-Klinik im Osten des Landes erweitern. Dies wird die größeren Notfallaufnahmen entlasten und gleichzeitig zu einer Verbesserung der städtischen und ländlichen Notfallversorgung beitragen.

Notfall- und Bereitschaftsdienste reformieren

Nach der rezenten Studie über die Notdienste, welche erhebliche Mängel aufgezeigt hat, wird die DP die Notdienste schleunigst personell, finanziell und materiell ausbauen. Dies wird nicht nur dazu beitragen, die Wartezeiten zu verkürzen, sondern vor allem den Notfallpatienten zu jeder Zeit eine medizinisch hochwertige Versorgung garantieren. Wir können uns darüber hinaus vorstellen, die Notfalldienste für das ärztliche und pflegerische Personal besser zu vergüten und die Dienste somit attraktiver zu gestalten.

In den Notaufnahmen werden wir außerdem Betten für eine Tagesbeobachtung schaffen. Dies ermöglicht den Patienten in den Notaufnahmen unter Beobachtung zu bleiben, ohne gleich stationiert werden zu müssen.

SAMU-Rettungsdienst auf den Prüfstand stellen

Der kürzlich gegründete CGDIS („*Corps grand-ducal d'incendie et de secours*“) hat den Notarztdienst SAMU an die Rettungsdienstverwaltung angegliedert. Es bleibt jedoch nach wie vor bei drei SAMU-Einheiten für das ganze Land. Dies birgt besonders nachts in ländlichen Gebieten Risiken für Notfallpatienten. Wir wollen deshalb die SAMU-Einheiten nicht nur bei den diensthabenden Kliniken belassen, sondern auch überprüfen, inwieweit weitere SAMU-Einheiten im Zentrum und in den ländlichen Gebieten Sinn machen.

Altersmedizin (Geriatric) stärken

Damit aus der längeren Lebenserwartung auch ein Mehr an erfüllten und aktiven Lebensjahren wird, kommt es für die DP vor allem darauf an, gesund zu bleiben oder im Krankheitsfall möglichst schnell wieder zu genesen. Die DP setzt in diesem Zusammenhang auf eine Stärkung der altersspezifischen Diagnose- und Behandlungsangebote. Darüber hinaus wollen wir Fachkrankenpfleger für die klinische Geriatric ausbilden.

Aufnahme von Menschen mit mehreren Krankheiten gleichzeitig verbessern

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die Krankenhausstruktur und -infrastruktur sich in Zukunft besser anpasst an die Bedürfnisse von Menschen mit mehreren Krankheiten gleichzeitig. Demenzkranke, die einen Hüftbruch erlitten haben, benötigen beispielsweise nicht nur eine Behandlung des Hüftbruchs, sondern auch eine demenzspezifische Betreuung. Die DP wird daher bei der Notaufnahme systematisch multidisziplinäre Teams einsetzen. Wir werden zudem angemessene Strukturen und Abläufe in den Krankenhäusern fördern, so z.B. schnellere Aufnahmen und weitere „*Rooming-in*“-Möglichkeiten für Angehörige schaffen. Im Rahmen einer Reform der Vormundschaft („*Tutelle*“) wollen wir den bevormundeten Patienten zudem einen unbürokratischen und schnelleren Zugang zu den notwendigen Behandlungen gewährleisten.

Freiheitsentziehungen bei Demenzkranken strikt reglementieren

Freiheitsentziehende Maßnahmen bei der Betreuung und Behandlung von demenzkranken Patienten sind hochsensibel. Ärzte, Angehörige und Betreuer stehen immer wieder vor dem ethischen und juristischen Dilemma zwischen den Freiheitsrechten und Schutzinteressen demenzkranker Menschen (z.B. Bettgitter bei einem erhöhten Sturzrisiko). Die DP wird in diesem Bereich für Rechtssicherheit sorgen und klare Leitlinien im Interesse aller Beteiligten ausarbeiten.

Schmerzklinik eröffnen

Die DP verpflichtet sich, den Kampf gegen die chronischen Schmerzen wirksam anzugehen. Deshalb müssen die bestehenden Schmerzprogramme schnellstens angepasst und anschließend in die Tat umgesetzt werden. Wir werden außerdem wieder eine Schmerzklinik eröffnen, wo die Schmerzpatienten eine fachgerechte und multidisziplinäre Schmerztherapie angeboten bekommen.

Cannabis für medizinische Zwecke nutzen

Die Verwendung von Cannabis zu medizinischen Zwecken hat eine jahrtausendalte Tradition. Die Regierung hat kürzlich beschlossen, die Nutzung von Cannabis unter bestimmten Umständen in der Schmerztherapie zu erlauben. In einer ersten Testphase sollen Cannabis-Präparate vorerst Patienten mit chronischen und schmerzhaften Erkrankungen vorbehalten sein, bei denen herkömmliche Mittel nicht wirken. Die DP wird die zweijährige Testphase abwarten, um mehr über die Einsatzmöglichkeiten und Wirkungen vom „medizinischen Cannabis“ in Erfahrung zu bringen. Grundsätzlich stehen wir einem zukünftigen Ausbau der Einsatzmöglichkeiten von medizinischem Cannabis positiv gegenüber.

Darüber hinaus, spricht sich die DP auch für die Möglichkeit einer allgemeinen, staatlich kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene aus. Es muss darauf geachtet werden, dass dadurch der Konsum von Rauschmitteln, auch von Alkohol, nicht verharmlost wird.

Palliative Strukturen für Kinder schaffen

Um den letzten Lebensweg schwerkranker Kinder so liebevoll wie möglich zu gestalten, will die DP prüfen inwieweit eine Anpassung der bestehenden palliativen Strukturen an die Bedürfnisse der Kinder möglich ist. Wir werden zudem entsprechende Aus- und Fortbildungen fördern.

Transparente Kontrollkriterien und klare Qualitätsnormen einführen

Wir werden eine unabhängige, externe Prüfinstanz damit beauftragen, die medizinische Qualität aller Dienstanbieter systematisch zu kontrollieren. Die Maßnahme soll die Qualität und die Transparenz in der Pflege verbessern und bestehende Mängel beseitigen.

Sowohl die CNS, als auch das Gesundheitsministerium, sollen Programme zur systematischen Qualitätskontrolle einführen und deren Resultate veröffentlichen. Auch Statistiken über die Anzahl der durchgeführten Behandlungen pro Spital sollen veröffentlicht werden.

Effizienz der Gesundheitskasse verbessern

Die DP wird die Verwaltung der Gesundheitskasse grundlegend reformieren und ein Audit über die Funktionsweise der CNS in Auftrag geben. Wir wollen die Effizienz der CNS verbessern. In diesem Bereich kann die Digitalisierung große Fortschritte ermöglichen. Eine wahrhaftige, zielorientierte und wirksame Kontrolle vonseiten des „*Contrôle médical*“ der Sozialkasse und der CNS wird die Qualität der Dienstleistungen steigern, für erhebliche Einsparungen sorgen und zudem erlauben etwaige Missbräuche einzudämmen.

Nomenklatur grundlegend überarbeiten

Die schwerfälligen Prozeduren sind schnellstens zu vereinfachen. Die DP will die Nomenklatur der medizinischen und zahnmedizinischen Behandlungen, sowie die Nomenklaturen der technisch-medizinischen Berufe, in Anbetracht der heutigen Entwicklung der Medizin, grundsätzlich überarbeiten und danach häufiger anpassen. Wir werden zudem die geltenden Antikumulierungsregeln der Behandlungen prüfen und gegebenenfalls entschärfen.

Darüber hinaus spricht sich die DP für eine bessere Entlohnung der basismedizinischen Tätigkeiten, sowie der Bereitschafts- und Nachtdienste aus. Im Gegenzug wollen wir, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Interessensgruppen, den sogenannten „1.Klasse-Zuschlag“ abschaffen.

Anpassung der Pflegeversicherung im Sinne der Patienten vornehmen

s. Kapitel Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv

Freiberufliche Krankenpfleger unterstützen

Die DP wird den freiberuflichen Krankenpflegern die Möglichkeit geben, ihre Dienste stärker in der Betreuung zu Hause anzubieten, indem die Pflegebedürftigen bei Inanspruchnahme einer Haushaltshilfe nicht automatisch verpflichtet werden auch die Krankenpflege über ein Pflegenetzwerk in Anspruch zu nehmen.

„Tiers payant“ überdenken und flexibler gestalten

Die DP ist der Ansicht, dass das aktuelle System des „Tiers payant“ ergebnisoffen auf den Prüfstand gestellt werden muss. Oberstes Ziel muss es sein, die Kostenbelastung der Patienten zu reduzieren und die Rückerstattungsprozeduren durch die Gesundheitskasse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die genauen Modalitäten gilt es mit allen betroffenen Akteuren, d.h. der Ärzteschaft, der Gesundheitskasse und der Patientenvertretung zu verhandeln.

Zusammenarbeit der Forschungsinstitute im Gesundheitsbereich fördern

Die DP wird die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Forschungsinstitute (*Luxembourg Institute of Health (LIH)*, *Luxembourg Centre for Systems Biomedicine (LCSB)*, *Integrated Biobank of Luxembourg (IBBL)*) und der Universität fördern. Dies ermöglicht nicht nur ein effizienteres Nutzen der öffentlichen Gelder, sondern erhöht vor allem die Qualität und den Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Rahmenbedingungen für bioethische Forschung schaffen

Die DP wird ein Rahmengesetz ausarbeiten, um eine fortschrittliche bioethische Forschung zu reglementieren. Die medizinisch-technischen Bedingungen der Forschung, die Qualifikation der Mediziner, die Rechtslage der Fortpflanzungszellen- und Embryodaten, sowie die Nutzung überzähliger Embryos zu wissenschaftlichen Zwecken, erfordern eine adäquate Gesetzgebung.

Soziale Sicherheit

Rentensituation im Drei-Jahres-Rhythmus überprüfen

Im Vergleich mit unseren Nachbarländern ist Altersarmut relativ wenig verbreitet in Luxemburg. Darauf können wir stolz sein und damit das so bleibt werden die Renten mit der DP in der Regierung weiterhin auf hohem Niveau bleiben. Unserem Rentensystem geht es finanziell gut und die Rentenreserven befinden sich auf einem Rekordniveau, sodass wir keinen Bedarf für Rentenkürzungen sehen. Die Regierung hat eine Überprüfung der Situation der Renten im Drei-Jahres-Rhythmus vorgesehen, die wir beibehalten werden, um im Fall einer veränderten Situation schnell reagieren zu können.

Generationengerechtigkeit aufrechterhalten

Die DP will, dass auch die kommenden Generationen von einer sicheren Rente ausgehen können. Aktuell sehen wir keine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit unseres Systems. Während den letzten fünf Jahren sind die Reserven der Rentenkasse weiter angestiegen. Die DP wird die Entwicklung der Beitragszahlungen auf der einen Seite und die der Rentenauszahlungen auf der anderen Seite genau im Auge behalten und bei Bedarf wichtige Stellschrauben anpassen, damit unser Rentensystem auch für die nächsten Generationen gewährt bleibt.

Flexibleres Arbeiten im Alter ermöglichen

Die DP wird das legale Rentenalter von 65 Jahren nicht erhöhen. Wir wollen allerdings denjenigen Menschen, die noch arbeiten können und wollen, die Möglichkeit geben, später oder nur teilweise in Rente zu gehen. Die DP wird deshalb die arbeits- und steuerrechtlichen Regelungen in diesem Bereich überprüfen und überarbeiten und sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte dabei unterstützen, gemeinsame Lösungen für die Arbeit im Alter zu finden. Wir versprechen uns von diesen Maßnahmen eine Annäherung des tatsächlichen an das gesetzliche Renteneintrittsalter.

Betriebs- und Privatrente fördern

Die Altersabsicherung fußt in Luxemburg auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Die DP wird dafür sorgen, dass die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Altersvorsorge bleibt. Um die Abhängigkeit vom generationsübergreifenden Rentensystem zu verringern, müssen die zweite und die dritte Säule künftig stärker in Anspruch genommen werden. Die DP wird daher die zweite und die dritte Säule weiter fördern und gegebenenfalls stärkere Anreize dafür schaffen.

Rechtliche Hürden für das Rentensplitting beseitigen

Die DP-geführte Regierung wollte das Rentensplitting bereits in der vergangenen Legislaturperiode einführen. Dieses Vorhaben ist allerdings an rechtlichen Hürden gescheitert. Die DP wird diese rechtlichen Hürden aus der Welt schaffen und dafür sorgen, dass Ehepaare in Zukunft auf das Rentensplitting zurückgreifen können. Wir werden auch die Individualisierung des Rentensystems und die Einführung einer Pflichtversicherung, auch während Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn, prüfen.

Staat und öffentlicher Dienst: modern und effizient

Eine moderne und effiziente öffentliche Verwaltung der kurzen Wege ist wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells Luxemburg und trägt zur Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität unseres Landes bei. Im Laufe der Legislaturperiode wurde der öffentliche Dienst gestärkt, indem zahlreiche neue Posten geschaffen wurden, um der teils chronischen Unterbesetzung verschiedener Verwaltungen entgegenzuwirken. Die rezente Einführung von Zeitsparkonten hat zudem die Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes gestärkt.

Für die DP ist es von nationaler Bedeutung, dass Luxemburg auch in Zukunft auf kompetente, gut ausgebildete und motivierte Beamte im öffentlichen Dienst zurückgreifen kann. Die DP wird die Modernisierung und Digitalisierung des Staates weiter vorantreiben. Dabei sind für die DP der Dialog mit dem Bürger, Transparenz und Effizienz wichtige Grundpfeiler eines modernen Staates. Ziel der DP ist es, dass Luxemburg über die modernste, bürgerfreundlichste und digitalste Verwaltung in Europa verfügt.

Eine Offensive im öffentlichen Dienst starten

Die DP hat das Ziel die berufliche Karriere im öffentlichen Dienst attraktiver und abwechslungsreicher zu gestalten. Die Reform der CSV-LSAP-Vorgängerregierung hat sich in Teilen als kontraproduktiv erwiesen, vor allem im Bereich der Ausbildung und Praktikumsdauer. Die DP-geführte Regierung hat daher die Praktikumszeit für angehende Beamte von drei auf zwei Jahre reduziert. Für die DP soll das verkürzte Praktikum in Zukunft für eine persönliche, auf den Kandidaten abgestimmte, Ausbildung genutzt werden. Dabei sollen die in der Grundausbildung bereits erworbenen Kompetenzen stärker berücksichtigt werden. Für die DP setzt dies eine Reform des INAPs (*Institut national d'administration publique*) voraus, um das Bildungsangebot zu erweitern und zu vertiefen. Die DP setzt sich auch für eine „*Ecole d'Administration*“ ein, die als weiterführende Schule in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Bildungseinrichtungen ein Diplom anbieten soll, um Beamtenanwärter auf ihre Karriere im öffentlichen Dienst vorzubereiten.

Überstunden von Sozialbeiträgen befreien

s. Kapitel Arbeit: Beruf und Privatleben miteinander verbinden

Sozialdialog im öffentlichen Dienst pflegen

Die DP wird alle Maßnahmen, die größere Auswirkungen auf das Beamtenstatut und die Verwaltungsorganisation haben, mit der zuständigen national repräsentativen Berufsorganisation aushandeln. Die DP ist der Ansicht, dass eine gut funktionierende Verwaltung nur auf ständigem Dialog mit den Beamten basieren kann.

Wechsel zwischen Privatsektor und öffentlichem Dienst attraktiver gestalten

Die DP ist der Ansicht, dass Beamte, die aus dem Privatsektor in den öffentlichen Dienst wechseln, die Berufsjahre bei einem privaten Arbeitgeber, in Zukunft in ihrer Beamtenkarriere integral angerechnet bekommen müssen.

Mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst schaffen

Der Staat stellt eine Vielzahl an Beschäftigten mit Berufsausbildung ein. Die DP ist der Ansicht, dass die öffentliche Hand als Arbeitgeber eine Verantwortung hat zur Berufsausbildung von jungen Menschen beizutragen. Die DP wird deshalb sicherstellen, dass im öffentlichen Dienst die Anzahl an Ausbildungsplätzen dem tatsächlichen Bedarf an Fachkräften entspricht.

Verwaltungsprozeduren vereinfachen

Die DP wird die Initiative „*Einfach Lëtzebuerg*“ weiterentwickeln, um die Verwaltungsprozeduren bürgernaher zu gestalten. Niemand kann besser die Effizienz der Prozeduren beurteilen als die betroffenen Bürger selbst. Mittels eines breit angelegten Bürgerpartizipationsprozesses wird die DP daher die Verwaltungsprozeduren grundlegend auf den Prüfstand stellen und im Sinne der Bürger adaptieren. Sämtliche Verwaltungsverfahren werden auf ihre Effizienz und Komplexität überprüft und gegebenenfalls vereinfacht. Dabei wird überprüft, inwieweit das Prinzip „*le silence de l'administration vaut accord*“ eingeführt werden kann. Zudem sollen zukünftig Redundanzen verhindert werden und das Prinzip des „*Tell-us-once*“ eingeführt werden, d.h. sämtliche Informationen, wenn möglich nur einmal angefragt werden, auch wenn mehrere Verwaltungen beteiligt sind.

Digitale Verwaltung umsetzen

Die DP wird alle Arbeitsschritte der öffentlichen Verwaltungen sowohl untereinander als auch im Kontakt mit den Bürgern und Unternehmen bis 2023 digitalisieren. Jeder Kontakt zwischen Staat und Dritten muss online möglich sein. Um unnötige Behördengänge zu vermeiden, tritt die DP dafür ein, dass der Austausch von bereits eingereichten Unterlagen funktioniert. Behördengänge für Gründer müssen soweit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist. Bürger und Unternehmen sollen jederzeit über ein Tracking-System darüber informiert werden, wie weit ihr Antrag fortgeschritten ist und in wessen Zuständigkeitsbereich die Bearbeitung fällt.

Das DP-geführte Konsumentenschutzministerium hat zudem ein Pilotprojekt gestartet, um Fragen rund um den Konsumentenschutz online, über sogenannte „*Chatbots*“, zu beantworten. Die DP wird den Anwendungsbereich in Zusammenarbeit mit „*Guichet.lu*“ ausweiten, um so den Informationszugang für die Bürger zu erleichtern.

Barrierefrei kommunizieren mittels leichter Sprache

Die Bürger sollen das Recht haben wichtige Informationen, die Ihnen von Verwaltungen mitgeteilt werden, auch zu verstehen. Darum wird die DP sich dafür einsetzen, dass diese Mitteilungen nicht nur in mehreren Sprachen erfolgen, sondern auch auf Nachfrage hin in einer leichten Sprache mitgeteilt werden können.

Verfassung, Justiz und Sicherheit: Friedliches gesellschaftliches Miteinander fördern

Die Demokratie braucht starke Institutionen und ein klares Regelwerk im Interesse aller Bürger und zum Schutz des Einzelnen. Der Geheimdienstskandal hatte 2013 das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen grundlegend erschüttert und führte schließlich zu parlamentarischen Neuwahlen. Die DP hat in Regierungsverantwortung die nötigen Impulse gesetzt, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Der Geheimdienst wurde grundlegend reformiert und die Kontrollvorgänge bezüglich der Aktivitäten des Geheimdienstes deutlich verstärkt.

Klare Verhaltens- und Transparenzregeln haben sich in der laufenden Legislaturperiode das Parlament, die Regierung und der Staatsrat auferlegt. Ein Deontologiekodex verpflichtet beispielsweise zur Offenlegung von Beteiligungen und beruflichen Aktivitäten, um so Interessenskonflikten vorzubeugen. Das Parlament hat in den vergangenen fünf Jahren zudem die Arbeiten an der Verfassung in der zuständigen parlamentarischen Kommission beendet, sodass ein Referendum über den Verfassungstext zeitnah nach den Nationalwahlen im Herbst stattfinden kann.

Im Kampf gegen den Terrorismus hat die DP-geführte Regierung ein Gesetz zur effizienteren Terrorbekämpfung eingebracht und umgesetzt. Dieses erweitert die Kompetenzen der Polizei- und Justizbehörden im Fall einer Terrorbekämpfung und einer Gefährdung der nationalen Sicherheit, um so mögliche Attentate zu vereiteln.

Im Bereich der inneren Sicherheit wurde die Polizei neu organisiert, um effizienter und näher am Bürger agieren zu können. Eine neue Ära wurde zudem in der Geschichte des Luxemburger Rettungswesens eingeläutet. Eine grundlegende Professionalisierung der Strukturen wurde vorgenommen, um landesweit einen leistungsstarken Rettungsdienst zu gewährleisten.

Die DP wird in Zukunft weitere Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit im Land zu garantieren und ein friedliches Miteinander zu fördern.

Verfassung

Referendum über Verfassung durchführen

Über ein Jahrzehnt wurde im Parlament an einer Verfassungsrevision gearbeitet. In der laufenden Legislaturperiode konnten die Arbeiten am neuen Verfassungstext beendet werden. Die vier größten im Parlament vertretenen Parteien tragen diesen Text mit und haben sich für ein Referendum während der nächsten Legislaturperiode ausgesprochen. Da die Verfassung die eigentliche Rechtsgrundlage unseres Landes ist, muss im Vorfeld das Referendum mit weitgehendster und objektiver Information sowie mit weitmöglichster Bürgerbeteiligung begleitet werden.

Vollzeitbürgermeister einführen

Die DP wird die gesetzliche Basis für einen Vollzeitbürgermeister in den großen Gemeinden schaffen. Der politische Urlaub und die finanziellen Rahmenbedingungen werden überarbeitet werden. Erst im Anschluss kann eine Entscheidung mit den anderen Parteien über eine Regelung der Doppelmandate getroffen werden.

Justiz

Straftaten konsequent verfolgen und bestrafen

Die DP ist der Meinung, dass grundsätzlich jede kriminelle Handlung verfolgt werden muss. Das Prinzip des Ermessensspielraums („*opportunité des poursuites*“) ermöglicht es jedoch der Staatsanwaltschaft eigenständig zu entscheiden, ob Verfahren weiterverfolgt oder beigelegt werden. Wir wollen dieses Prinzip begrenzen, indem wir für eine Reihe von Straftaten verlangen, dass die Staatsanwaltschaft jedes Einstellen einer Ermittlung öffentlich begründen muss.

„Comparution immédiate“ einführen

Nachdem bereits eine „*procédure accélérée*“ eingeführt worden ist, fordert die DP zusätzlich die Möglichkeit der „*comparution immédiate*“ für Täter, die auf frischer Tat ertappt werden oder gegen die erdrückende Beweise vorliegen, um sie schnellstmöglich vor Gericht zu stellen und somit eine wesentliche Entlastung der Gerichte zu erreichen. Selbstverständlich müssen bei einer „*comparution immédiate*“ alle üblich geltenden Rechte des Angeklagten respektiert werden.

Verjährungsfrist für Vergewaltigungen abschaffen

s. Kapitel Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv

Alternative Strafformen einführen

Die DP wird den aktuellen Strafkatalog überprüfen und wenn nötig den heutigen Gegebenheiten anpassen. Wir werden außerdem die Einführung alternativer Strafen, wie zum Beispiel pädagogischer Strafen bei Verkehrsdelikten oder Arbeiten im öffentlichen Interesse überprüfen und in Pilotprojekten testen. Wir setzen uns auch für einen differenzierten Strafvollzug ein, durch den Kleinkriminelle wieder schneller in die Gesellschaft eingegliedert werden können.

Mediation in zivilrechtlichen Fragen fördern

Viele zivilrechtliche Prozesse könnten durch eine Mediation vermieden werden. Die DP wird deshalb diese Form der Konfliktlösung weiter fördern.

Vormundchaftsgesetz reformieren

Die DP wird eine Reform der Vormundschaft („*Tutelle*“) durchführen, um insbesondere Menschen mit Behinderungen stärker darin zu unterstützen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Das Instrument der Entmündigung schneidet im Moment die Rechte vieler Betroffener zu stark ein, beispielsweise durch den automatischen Entzug des Wahlrechtes. Auch für ältere und kranke Menschen, ist eine Reform des Vormundchaftsgesetzes dringend nötig. Die DP zielt darauf ab, das starre System der Vormundschaft durch ein System des Beistandes zu ersetzen. Zentral ist zudem eine regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen.

Personal der Justiz massiv aufstocken

Die DP wird die Verfahrensdauer an den luxemburgischen Gerichten deutlich verkürzen, indem wir der Justiz die nötigen personellen und finanziellen Mittel geben, um so effizient wie möglich arbeiten zu können. Den Personalmangel der Justiz wollen wir unter anderem durch eine weitere Vereinfachung der Einstellungsprozedur für Magistrate beheben.

Justiz digitalisieren

Die DP wird die Prozeduren im Justizapparat digitalisieren und dadurch die durchschnittliche Prozessdauer deutlich verkürzen. Zudem werden wir die Justiz transparenter gestalten, indem alle Gerichtsurteile online veröffentlicht werden.

Kompetenzen der „Agents municipaux“ ausweiten

Die DP wird das Gesetzprojekt bezüglich der Regelung der Kompetenzen der „Agents municipaux“ schnellstmöglich umsetzen, dies auch um die Polizei zu entlasten. Nach einer ersten Phase wird die DP überprüfen, ob die neuen Kompetenzen und die Ausbildung auch den Bedürfnissen in der Praxis entsprechen. Die DP wird anschließend die Kompetenzen der „Agents municipaux“ weiter ausweiten, beispielsweise durch die Befugnis zum Abschleppen lassen von Fahrzeugen.

Straßenprostitution vermeiden

s. Kapitel Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv

Polizei

Polizeireform: territoriale Organisation evaluieren

Fast 20 Jahre nach der Fusion von Polizei und Gendarmerie wurde die großherzogliche Polizei in der laufenden Legislaturperiode einer größeren Reform unterzogen. So wurden die Einsatzgebiete über die territoriale Neuorganisation in vier Regionen aufgeteilt. Ziel der Reform ist eine effizientere und bürgernahe Organisation der Polizei. Die DP wird eine Bilanz der territorialen Neuorganisation ziehen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.

Polizisten entlasten

Im Rahmen der Polizeireform wurden die Möglichkeiten ausgebaut, rein administrative Stellen mit Zivilpersonal anstatt mit Polizisten zu besetzen. Um Polizisten effizienter und vor allen Dingen verstärkt vor Ort einzusetzen, wird die DP prüfen, inwiefern das Einsetzen von Zivilpersonal die Polizisten administrativ entlasten kann. Zudem wird die DP prüfen, ob der Gefangenentransport – ähnlich wie in Deutschland – in Zukunft von Justizvollzugsbeamten durchgeführt werden kann anstatt von Polizisten.

Mehr Mittel für die Polizei bereitstellen

Die Polizei kann ihre wichtigen Aufgaben im Dienst der Bürger nur mit ausreichend Personal erfüllen. Die DP wird daher den Polizeiberuf für junge Menschen attraktiver gestalten. Darüber hinaus sollen die Weiterbildungsangebote verbessert werden.

Die DP wird auch die Informationstechnologie der Polizei auf den neuesten Stand bringen. Die DP wird moderne digitale Techniken einführen, um die alltägliche Polizeiarbeit deutlich zu erleichtern.

Platzverweis einführen

Die DP wird der Polizei die rechtliche Möglichkeit geben, einen zeitlich begrenzten Platzverweis für Personen auszusprechen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung darstellen. Die Einführung des Platzverweises wird es Polizisten ermöglichen, unübersichtliche Situationen auf öffentlichen Plätzen schneller und effizienter aufzulösen, ohne dass dabei unschuldige Menschen zu Schaden kommen.

Einführung von Körperkameras („Body-Cams“) und „Dashcams“ in Polizeifahrzeugen überprüfen

Die DP wird nach einer Testphase die Einführung von Körperkameras und „Dashcams“ überprüfen. Der Einsatz dieser Geräte dient zur Dokumentation der Geschehnisse bei polizeilichen Einsätzen. Die DP wird die genauen Modalitäten des Einsatzes dieser Kameras mit Vertretern der Polizeigewerkschaft diskutieren.

Cannabis kontrolliert freigeben

s. Kapitel Gesellschaftliches Zusammenleben: offen, tolerant, solidarisch und inklusiv

Rettungswesen

Reform des Rettungswesens in der Praxis begleiten und das Ehrenamt fördern

In der laufenden Legislaturperiode wurde die dringend erforderliche Reform des Rettungswesens verabschiedet. Wichtige Eckpfeiler sind eine neue Organisation der Dienste, eine bessere Unterstützung für die freiwilligen Helfer und die Schaffung von neuen Räumlichkeiten. Die DP wird dafür sorgen, dass diese weitreichende Reform bestmöglich in die Praxis umgesetzt wird. Für die DP sind sowohl die hauptamtlichen Rettungshelfer, als auch die Freiwilligen zentrale Pfeiler des Rettungswesens. Deshalb werden wir den haupt- und ehrenamtlichen Einsatz im Rettungsdienst weiter fördern und stärken.

SAMU-Rettungsdienst auf den Prüfstand stellen

s. Kapitel Gesundheit und Sozialversicherung: schnellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Medizin und Systeme langfristig sichern

Armee

Modernisierung der Armee vorantreiben

Die Luxemburger Armee hat die letzten Jahrzehnte über bewiesen, dass sie sich den internationalen Erfordernissen der Militärverteidigung anpassen kann. Es handelt sich um eine permanente Entwicklung, der sich die Armee immer wieder stellen muss. Die DP unterstützt die „*Lignes directrices de la défense luxembourgeoise à l'horizon 2015 et au-delà*“, in denen die kommende Ausrichtung der Verteidigung festgelegt sind. Das Hauptaugenmerk unserer Armee liegt auch in Zukunft auf der Überwachung und auf der Aufklärung. Deshalb wird weiter in die Modernisierung der Leistungsfähigkeit investiert, z.B. in moderne Technologien. Die DP unterstützt Investitionen in die Militärmedizin oder in die militärische Satellitenkommunikation, von denen die ganze Gesellschaft und die Luxemburger Wirtschaft profitieren.

Sicherheit und Verteidigung der EU gewährleisten

s. Kapitel Europa und internationale Politik: Luxemburg als verlässlicher Partner

Armeelaufbahn attraktiv gestalten

Die Personalrekrutierung bleibt eine der großen Herausforderungen der Luxemburger Armee. Durch das Schaffen von neuen Laufbahnen und zusätzlichen Ausbildungen sollen mehr Menschen, mit den verschiedensten Fähigkeiten und Profilen, angesprochen werden. Die DP möchte die Berufslaufbahnen in der Armee attraktiver gestalten, indem das Berufs- und das Familienleben in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden können. Die DP möchte die Rekrutierungspolitik der Armee insofern abändern, dass verschiedene Laufbahnen punktuell auch für Nicht-Luxemburger zugänglich werden.

Europa und internationale Politik: Luxemburg als verlässlicher Partner

Als vollwertiges UN-Mitglied ist Luxemburg Teil einer großen Staatengemeinschaft. Zudem verleiht die EU-Mitgliedschaft unserem Land eine Stimme, die auch in der Welt Gehör findet. Nur so kann sich Luxemburg auf Augenhöhe mit anderen Staaten bewegen. Das Weltgeschehen ist in stetigem Wandel begriffen. Vermeintliche Nebensächlichkeiten entwickeln sich in Windeseile zu Herausforderungen, mit denen wir uns auch in Luxemburg befassen müssen. Internationale Krisen zeigen ihre Auswirkungen also auch auf nationaler Ebene. Schnell wird klar, dass diese Probleme, einer grenzüberschreitenden, also gemeinsamen Lösung bedürfen. Leider sind sich manche EU-Staaten dessen nicht bewusst und suchen ihr Heil verstärkt in Nationalismus, Populismus und Protektionismus. Wir müssen die Wurzeln dieses Übels ausmachen und ihnen entschlossen entgegenwirken.

Genauso wichtig ist jedoch der Verweis auf die Tatsache, dass die Welt noch nie soviel Wohlstand, Sicherheit, Frieden und internationale Zusammenarbeit gekannt hat. Dies ist zu einem großen Teil das Verdienst der Europäischen Union. Die EU hat ein ganzes Arsenal an Instrumenten, die eine Zusammenarbeit erlauben, wo es Sinn macht und wo Alleingänge zwecklos wären. Das Regelwerk der Union bietet viele Möglichkeiten, die eine solche Kooperation erlauben.

Als Gründungsmitglied und Vermittler zwischen seinen Nachbarländern hat Luxemburg in der EU traditionell weit mehr Gewicht, als seine Größe vermuten lässt. Die erfolgreiche Ratspräsidentschaft unter Premierminister Xavier Bettel im Jahr 2015 ist hierfür das beste Beispiel. Mit der DP wird Luxemburg auch in Zukunft eine herausragende Rolle in der Europäischen Union spielen und das europäische Projekt weiter vorantreiben. Luxemburg wird dabei darauf achten, dass die EU in Wirtschaftsfragen weiter weltoffen und international wettbewerbsfähig bleibt, und dass das Prinzip des „*Level Playing Field*“ gewahrt wird.

Die DP unterstützt eine aktive Europapolitik, die sich neuen Aufgaben nicht verschließt. Nur wer sich bei der Lösungsfindung einbringt, kann die Zukunft mitgestalten. Die Europäische Union soll weiter an ihrer Vertiefung arbeiten und so den Integrationsprozess vorantreiben, um ihr Potenzial voll ausschöpfen zu können. Jene Mitglieder, die eine solche Entwicklung unterstützen, sollten diesen Weg deshalb konsequent verfolgen können. Dies gilt beispielsweise für die Bereiche der Verteidigungs- oder der Energiepolitik, aus denen der Mehrwert einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit klar hervorgeht.

Die EU kann allerdings nur dann effizient arbeiten, wenn sie sich auf die großen Herausforderungen konzentriert und auf eine überflüssige Regulierung verzichtet, die dem Bürger das Leben unnötig erschwert. Es gilt auszumachen, welche Aufgaben auch oder besser auf nationaler Ebene verwaltet werden können. Nur ein starkes und geeintes Europa kann seine Bürger schützen, indem es sich um eine globale Zusammenarbeit bemüht, wo dies zur Lösung der Probleme absolut erforderlich ist. Die EU muss sich in den Dienst der Bürger stellen. Dies ist die unabdingbare Prämisse der DP.

Europäischen Nachrichtendienst schaffen

Die Sicherheit ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ein Mehr an Sicherheit für den Bürger bedeutet. Die Nachrichtendienste sind ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Anschläge von Paris und Brüssel haben belegt, dass der Informationsaustausch zwischen den Ländern ausbaufähig ist.

Im Sinne einer EU-weiten Strafverfolgung müssten deshalb kurzfristig mehr Kompetenzen an EUROPOL und EUROJUST übertragen werden, da beide Organe europaweit auf polizeilicher und juristischer Ebene ermitteln und Informationen zusammentragen und somit auf effiziente Weise für mehr Sicherheit sorgen. Längerfristig fordert die DP die Schaffung einer europäischen Sicherheitsbehörde. Nur ein permanenter Informationsaustausch garantiert nämlich einen größtmöglichen Schutz vor potentiellen Terroristen und weiteren Attentaten.

Kohärente außenpolitische Vertretung der EU sicherstellen

Die Außendarstellung der wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union ist im Prinzip kohärent, auch wenn es beispielsweise beim Abschluss des CETA-Abkommens zu Anlaufschwierigkeiten gekommen war. Luxemburg profitiert in jedem Fall von der EU, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen. Das hat sich auch bei der Ankündigung Washingtons gezeigt, Handelszölle auf Stahl- und Aluminiumimporte zu erheben. Unser Land – wie alle anderen Mitgliedsstaaten auch – kann sich in diesem Fall nur durch ein gemeinsames Vorgehen mit seinen europäischen Partnerländern zur Wehr setzen. Die aktuelle EU-Außenpolitik ist allerdings ungenügend bis nicht existent. Dies lässt sich am Beispiel der Ukraine festmachen, wo zwei gewichtige Staats- und Regierungschefs (aus Deutschland und aus Frankreich) das Ruder in die Hand nahmen und der europäischen Außenbeauftragten keinen Spielraum mehr ließen. Dies hat sich auch im Syrienkonflikt gezeigt, auf den Europa möglicherweise durch ein sofortiges und energisches Einschreiten seiner Diplomatie hätte einwirken können. Um sich Respekt, Glaubwürdigkeit und Gehör in der Welt zu verschaffen, muss die EU mit einer Stimme sprechen: sei es im Rahmen der UNO oder von anderen internationalen Organisationen, beziehungsweise bei Verhandlungen in Konfliktsituationen.

Sicherheit und Verteidigung der EU gewährleisten

Die EU muss in ihrem Auftrag gestärkt werden, ihre eigene Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten. Im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der NATO könnte eine europäische Verteidigungs-Union autonom im Ausland operieren und beispielsweise für Sicherheit und Stabilität in den EU-Anrainerstaaten sorgen. Dabei geht es nicht um die Schaffung neuer Strukturen, sondern um eine wirksamere und effizientere Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU.

Reguläre Migrationskanäle ausbauen

Im Kontext der Migration sieht das europäische Regelwerk einen dienstlichen und einen präventiven Flügel vor. Der dienstliche Aspekt sieht einen nachhaltigen Schutz der europäischen Außengrenzen vor. Für die DP ist dies eine solidarische Herausforderung, für die alle Mitgliedsstaaten einstehen müssen. Die Grenzen sollen sich allerdings für jene Menschen öffnen, die dazu ein Recht haben. Dies gilt ohne Wenn und Aber für Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen zu uns kommen. Ansonsten muss einzeln erörtert werden, ob die betroffenen Personen in unserem Arbeitsmarkt integriert werden können. Die EU wird präventiv dabei helfen, die Lebensbedingungen und Perspektiven in den Herkunftsländern so zu verbessern, dass die Menschen sich überhaupt nicht auf den Weg in die Immigration aufmachen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die europäische Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik, zusammen mit den Empfängern der Entwicklungsgelder, effiziente Partnerschaften abschließen.

Eine gemeinsame europäische Entwicklungszusammenarbeit und eine europäische Entwicklungshilfe stärken

Die EU-Vertretungen in den Entwicklungsländern sind die erste Anlaufstelle für Anträge auf Hilfestellung. Deshalb müssen diese politischen Schnittstellen gut aufeinander abgestimmt sein, um eine nachhaltige und effiziente Arbeit zu gewährleisten. Die europäische

Entwicklungshilfe sorgt nur dann für dauerhafte Verbesserungen vor Ort, wenn sie nicht durch andere Bereiche, wie den Handel, die Umwelt oder die Landwirtschaft beeinträchtigt wird. Eine Abstimmung der verschiedenen Politiken ist unabdingbar für ein kohärentes und nachhaltiges Handeln seitens der EU. Im Mittelpunkt der europäischen Entwicklungspolitik steht die Menschenwürde, getreu dem Motto des europäischen Jahres der europäischen Entwicklung von 2015: „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“.

Die internationalen Strukturen stärken

Internationale Organisationen, wie UNO, Weltbank, Weltgesundheitsorganisation oder die internationale Arbeitsorganisation sind zentral für den internationalen Austausch und die Lösungsfindung bei länderübergreifenden Herausforderungen. Die DP wird sich dafür einsetzen, die internationalen Strukturen weiter zu stärken und so den Dialog zwischen den Ländern zu fördern.

Neue Mechanismen einführen bei der Verletzung europäischer Werte durch ein EU-Mitglied

Die Werte und das Regelwerk der EU, wie sie in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union festgeschrieben sind, müssen durch die Hüterin der Verträge, also die EU-Kommission, gewährleistet werden. Einige der jüngeren Mitgliedsstaaten haben diese Werte aber offensichtlich rasch nach ihrem EU-Beitritt vergessen. Eine Ursache für diesen Umstand ist die Tatsache, dass es sehr langatmige Prozeduren braucht, ehe solche Verstöße geahndet werden. Die Prozedur bis zum Verlust des Stimmrechts z.B. im EU-Rat ist dermaßen schwerfällig, dass solch eine Maßregelung eher unwahrscheinlich ist. Die DP verlangt deshalb mehr Mittel für die EU-Kommission, um gegen solche Verstöße vorzugehen. Die Kommission sollte gegen Mitgliedsstaaten vorgehen können, falls diese die EU-Werte wiederholt missachten.

Beziehungen mit EU-Partnern regeln

Es muss ein für alle Mal klar unterstrichen werden, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet. Die DP vertritt die Ansicht, dass die EU ihre Funktionsweise stärken, beziehungsweise verbessern muss. Erst dann ist sie bereit neue Mitglieder in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Partnern kann aber weiterhin stattfinden, indem Letztere in den Genuss aller Vorteile kommen, die die EU mit sich bringt. Allerdings wird ihnen das Mitbestimmungsrecht sowie eine Vertretung in den Institutionen vorenthalten.

Nationale Interessen in Europa vertreten

Europapolitik und Nationalpolitik sind nicht voneinander zu trennen. Ein Großteil der nationalen Gesetzgebung geht auf EU-Beschlüsse zurück. Die DP wird deshalb dafür Sorge tragen, dass Luxemburgs Interessen in der EU optimal vertreten werden. Dazu gehört auch eine weitere personelle Verstärkung der ständigen Vertretung in Brüssel, sowie der Schlüssel-Ministerien, die Luxemburg am Verhandlungstisch vertreten. Zudem wird die DP Luxemburg als Sitz der europäischen Institutionen konsequent verteidigen und stärken.

Europäischen Binnenmarkt stärken

Die DP bekennt sich klar zur Europäischen Union und zum Euro. Ohne den Europäischen Binnenmarkt hätte Luxemburgs Wirtschaft und der Finanzplatz sich nicht so stark entwickeln können, wie dies heute der Fall ist. Auch auf der internationalen Ebene ist ein kleines Land wie Luxemburg darauf angewiesen, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein, um seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die DP setzt sich deshalb konsequent für ein weiteres

Zusammenwachsen der EU ein, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. In Steuerfragen steht die DP weiterhin zum Prinzip der Einstimmigkeit.

Kohäsions- und Solidaritätspolitik unterstützen

Eine kohärente EU kann Partner auf bilateraler, multilateraler, sowie europäischer Ebene (UNO, OSZE, G8, G20, u.ä.) davon überzeugen, eine soziale Politik zu fördern. Die Alternative zu diesem Weg ist sozialer Dumping und damit eine Zunahme der Ungleichheiten in unserer Gesellschaft.

Luxemburg muss sich gegen ein Ausweiten der Gehälterschere einsetzen. Dies gilt auch und besonders für das Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle in der EU. Europa muss an seiner Kohäsionspolitik festhalten, eine Art Solidaritätspolitik, wie sie von der DP unterstützt wird. Allerdings muss die Auszahlung von Geldern aus dem Kohäsionsfonds an die strukturell schwach aufgestellten Mitgliedsstaaten an die Einhaltung der europäischen Grundwerte gekoppelt sein.

Transatlantische Beziehungen pflegen

Die NATO ist das Fundament einer sicheren EU. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA müssen verbessert werden, da eine brüchige Allianz eine schwache Allianz ist. Die EU kann sich bis heute nicht selbst verteidigen. Wir brauchen jedoch kein Wettrüsten, sondern mehr Solidarität und mehr Interoperabilität. Europa muss sich um berechenbarere Beziehungen mit den USA bemühen.

Mobilität von Studenten fördern

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Auswirkungen des Brexits wird die DP die Mobilität der Studenten stärken. Zentral dafür ist die Fortführung von Programmen wie Erasmus (+).

Europa als Wertegemeinschaft stärken

Die DP versteht Europa nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem als Wertegemeinschaft. Die DP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die 47 Länder, die im Europarat vertreten sind, die Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates aufrechterhalten. Dies um die Grundfreiheiten von 820 Millionen Bürgern zu garantieren, während einige Länder ebendiese Werte mit Füßen treten.